



In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt, Helmut Böhme
Rudolf Hillebrecht, Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Wilhelm Ribhegge, Münster
Eine preußische Stadt in Westfalen

Harald Pohl, Frankfurt
Weimarer Kommunalpolitik

Dirk Schubert, Hamburg
Gottfried Feder und die NS-Stadtplanung

Norbert Ohler, Freiburg i. Br.
Demographie und Stadtgeschichte

Hans-Reinhard Rieß, Ravensburg
Altstadtsanierung: zum Beispiel Ravensburg



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt,
Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht,
Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Band 3/1986. Dreizehnter Jahrgang

Redaktionskollegium: Professor Dr. Otto Borst, Lehrstuhl für Landesgeschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettlingerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Johannes Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711 / 282683 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, Lipperheidestraße 27C, 8000 München 60.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 390 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 116,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 92,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 30,- einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Graphischer Großbetrieb, Stuttgart. Printed in Germany.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie fotomechanische und andere Vervielfältigungen bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Verlages.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln Mainz

Wilhelm Ribhegge

Eine preußische Stadt in Westfalen: Hamm

Historische Aspekte einer modernen Großstadt

»Noch nie zuvor in der Geschichte hat eine so bedenkenlose und vorerst noch keineswegs abgeschlossene Traditionsvernichtung stattgefunden«, schrieb 1965 Alexander Mitscherlich in seiner Streitschrift über »Die Unwirtlichkeit unserer Städte«. ¹ Zwar hat die Forschung der letzten zwanzig Jahre zur Urbanisierung ² die Stadt als Studienobjekt wieder interessanter gemacht, aber die Beschreibung der »longue durée« der Städte wird selten gewagt. Man überläßt diese Aufgabe weithin den städtischen Kulturämtern, die dazu neigen, identitätsstiftende Publikationen herauszubringen. Dieser Beitrag will versuchen, am Beispiel der Stadt Hamm die Komplexität einer über acht Jahrhunderte durchlaufenden Stadtgeschichte knapp zusammenfassend zu skizzieren und Akzente zu setzen. ³

Eine preußische Stadt in Westfalen, das klingt etwas ungewöhnlich. Gemeint ist zunächst etwas Äußerliches: Die Stadt Hamm, der Hauptsitz der mittelalterlichen Grafschaft Mark, war seit 1609 brandenburgisch, d. h. preußisch, bis 1945, dem Ende Preußens, das förmlich durch ein Kontrollratsgesetz der Alliierten 1947 aufgelöst wurde. Darüber hinaus entwickelte die preußische Politik und Bürokratie in Berlin seit dem 18. Jahrhundert ein besonderes Interesse an dieser Stadt, die als Verbindungsort zu den westdeutschen Landesteilen Preußens eine Schlüsselrolle spielte.

Die Gründung der Stadt im Jahre 1226 hängt unmittelbar mit einem Drama zusammen, das sich etwa 50 km von Hamm entfernt, in Gevelsberg, abspielte: Der Ermordung des

¹ A. Mitscherlich, Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt 1965, S. 47.

² Vgl. die neueste Studie von J. Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland (Neue Historische Bibliothek), Frankfurt 1985.

³ Der Beitrag entstand aus einem Vortrag zur Eröffnung der Ausstellung »Hamm im Wandel der Zeit« am 3. Mai 1986. – Generell zur Geschichte der Stadt Hamm: H. J. Berges, Hamm. So wie es war (Bildband), Düsseldorf 1975; H. Fortmann u. I. von Scheven, Hamm. So wie es war 2 (Bildband), Düsseldorf 1977; H. Zink (Hg.), 750 Jahre Stadt Hamm, Hamm 1976; I. Bauert-Keetmann u. a., Hamm. Chronik einer Stadt, Köln 1965; 700 Jahre Stadt Hamm (Westf.). Festschrift zur Erinnerung an das 700jährige Bestehen der Stadt, hg. vom Magistrat der Stadt Hamm, Hamm 1927 (Nachdruck 1973); Heimatbuch Kreis und Stadt Hamm, Hamm 1922. – Die für diesen Beitrag herangezogene Literatur ist naturgemäß etwas disparat.

Kölner Erzbischofs Engelbert von Berg⁴ durch seinen Vetter Friedrich von Isenberg im Jahre 1225. Es war eine adelige Familientragödie mit politischen Implikationen. Isenberg wurde zum Tode verurteilt und in Köln hingerichtet.⁵ Ein Vetter Isenbergs, Graf Adolf von Altena, besaß bereits die Burg Mark, etwa 1½ km von dem heutigen Gebäude des Oberlandesgerichts entfernt. Eine andere Ortschaft, einige Meilen westlich von Mark an der Lippe, Nienbrügge, hatte Isenberg gehört. Nienbrügge wurde jetzt von dem Grafen erobert und zerstört. Der Ort blieb in seinem Besitz. Er gründete eine neue Stadt zwischen Mark und Nienbrügge an der Landspitze zwischen Lippe und Ahse, von daher vermutlich die Bezeichnung »tom Hamme«. Diese künstlich, gleichsam vom Reißbrett geschaffene Stadt wurde der Hauptsitz der Grafschaft Mark, hatte also von der Gründung an eine zentrale Funktion, zugleich eine politisch-administrative.⁶ Die Grafen errichteten später in Hamm ein Franziskanerkloster, dessen Kirche St. Agnes auch als Grabstätte der Familie gedacht war.⁷ Der Grundriß der ellipsenförmig angelegten, mit Mauern und einigen Türmen befestigten Stadt, ihre vier Tore, die einander kreuzenden zwei Hauptstraßen und die entsprechenden Parallelstraßen sind noch heute vorhanden und wurden nicht einmal

⁴ Über die Beziehungen Kölns zu Westfalen im Mittelalter: W. Janssen, Das Erzstift Köln in Westfalen, in: Köln Westfalen 1180–1980. Landesgeschichte zwischen Rhein und Weser, Bd. 1: Beiträge, Münster 1980, S. 136–142. – Zur Politik der Städtegründung: W. Ehbrecht, Ziele kölnischer Städtepolitik bis zum Tod Erzbischof Engelberts von Berg, in: Köln Westfalen, Bd. 1, S. 226–232. Ferner: C. Haase, Die Entstehung der westfälischen Städte, Münster 1976.

⁵ Es war ein politischer Mord. Er hing mit den Bestrebungen Engelberts von Berg zusammen, durch gezielte Städtepolitik seine Herrschaft im Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen auszubauen. Dabei stieß er auf den Widerstand seiner eigenen Verwandtschaft. Friedrich von Isenberg, Bischof von Münster, dem vorgeworfen wurde, den Mordanschlag begünstigt zu haben, wurde seines Amtes enthoben. So endete der erste Versuch, so etwas wie ein Land »Nordrhein-Westfalen« bereits im Mittelalter zu begründen, in Mord, Hinrichtung und Amtsenthebung. – Das Geschehen um die Ermordung des Erzbischofs verdichtete sich später in Legenden: Vgl. J. Greven, Die Entstehung der Vita Engelberti des Cäsarius von Heisterbach, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 102 (1918), S. 1–39. Im 19. Jh. verfaßte Annette von Droste-Hülshoff die Ballade »Der Tod des Erzbischofs Engelbert von Köln«, dessen erste Strophe lautet:

»Der Anger dampft, es kocht die Ruhr,
Im scharfen Ost die Halme pfeifen.
Da trabt es sachte durch die Flur,
Da tauchte es auf wie Nebelstreifen,
Da nieder rauscht es in den Fluß,
Und stemmend gen der Wellen Guß
Es fliegt der Bug, die Hufe greifen.«
(Rüschhauser-Balladen 1840/41)

⁶ U. Vahrenhold-Huland, Grundlagen und Entstehung des Territoriums der Grafschaft Mark, Dortmund 1968; Dies., Die Grafschaft Mark, in: Köln Westfalen, Bd. 1, S. 180–184.

⁷ Die Rolle der Franziskaner im innerstädtischen Leben der deutschen Stadt des Mittelalters, die erheblich war, ist bisher kaum untersucht worden. Vgl. das Kapitel »Die Bettelorden«, in: A. Schröer, Die Kirche in Westfalen vor der Reformation. Verfassung und geistliche Kultur, Münster 1967; D. Henniges OFM, Eine Friedensinsel von brandenden Wogen fortgespült. Das

bei der Zerstörung der Hammer Innenstadt im Zweiten Weltkrieg ausgelöscht.⁸ Städte haben einen langen Atem.

1337 erhielt die Stadt eine eigene Pfarrei. Bis dahin war sie noch von dem Pfarrer von Mark betreut worden. Aber der Weg über die zwei Meilen, so verfügte der Kölner Erzbischof, sei doch zu gefährlich und, in Latein, »in ipso Opido Hamme sit multitudo populi copiosa«: die Bevölkerung sei so zahlreich geworden. Vor der Stadt, auf dem Hof Kentrop, gab es bereits ein Zisterzienserinnenkloster und im Norden, jenseits der Lippe, das Nordenhospital, ein Damenstift für Töchter der reichsten Familien Hamms, das von dem Rat der Stadt versorgt wurde. Das mittelalterliche Hamm war eine fromme Stadt. Politische Gemeinde und kirchliche Gemeinde deckten sich nahezu.

Seit 1298 gab es in Hamm, wie in vielen westfälischen Städten, eine Lateinschule. Wer gebildet war, sprach damals Latein. 1507 verfaßte der Münsteraner Lehrer Murrellius bei einem Besuch in Hamm ein Gedicht auf die Stadt. Es trägt den Titel: »In Praeonium Oppidi Hammonensis Marcanae gentis clarissimi Ode Sapphica«, »Ode an die berühmte Stadt Hamm in der Mark«. Es hat 43 Strophen. Über den Anblick der Stadt heißt es dort:

Zwei fischreiche Flüsse umfließen die Stadt
Die Ahse teilt sich und umspült sie in zweifachem Bogen
An der vierten Seite fließt die Lippe
an der Stadt vorbei.

In dem Fluß werden Mühlen betrieben.
Hier schleppen die Menschen vom Ufer Mengen
an Korn heran, damit es der harte
Mühlstein zermalmt.

Franziskanerkloster zu Hamm, Hamm 1924. – Es existiert ein ausführlicher zeitgenössischer Bericht über die Gründung des Franziskanerklosters (Observanten) 1455, den der Dechant der Patrocli-Kirche von Soest anfertigte. Er enthält auch die Gründungsbulle, die man eigens von Papst Nikolaus V. 1453 erwirkt hatte. Darin hieß es, etwas ausschweifend: »De bonis sibi a Deo collatis unam domum dicti ordinis in quodam suo opido Hamme nuncupato magno et populo Comitatu et Diocesi prefatis consistente in loco ad hoc congruo et fratrum dicti ordinis inibi pro tempore altissimo pro sua et progenitorum ac heredum et consanguineorum suorum animarum salute famulaturorum cum Ecclesia, Ortis, Ortalicis, Campanis, Campanis et aliis necessariis officinis fundare, construere, erigere et edificare seu fundari, construi et edificari facere serventer exoptat dummodo sibi super hoc Sedis Apostolice suffragetur auctoritas.« – Der langen und (hier nicht wiedergegebenen) längeren Rede kurzer Sinn: Papst Nikolaus gewährt dem Grafen Gerhard von der Mark sowie seinen Nachkommen für deren Seelenheil die Gründung eines Franziskaner-(Observanten-)Klosters in Hamm mit allem, was dazu gehört: Kirche, Gärten, Garteneinrichtungen, Kirchturm, Feldern und den nötigen Werkstätten. (Abdruck in: Johann Diederich von Steinen, Westphälische Geschichte, T. 4, Lemgo 1760 (Nachdruck Münster 1964) Anhang Nr. 20, S. 677ff.).

⁸ H. Stooß, Grundrißbild und Entwicklung der Altstadt in Hamm bis 1830, in: 750 Jahre Stadt Hamm, S. 13–21.

Breite Bohlen und ausgebreitete Zweige
bieten bequeme Sitze an den Ufern des Flusses
von denen aus eine Gruppe von Menschen
den weiten Ausblick genießt.

Hier sitzt man, erzählt und scherzt
fröhlich mit deftig gewürzten Geschichten
und offenherzig erzählen die Freunde einander
von ihren Liebesabenteuern.

Auf dem Wachturm bläst der Wächter ins Horn
Mit jedem Ton zählt er die Tore der Stadt
Von den ankommenden Reitern
erhält er ein Trinkgeld

Zum Abschluß heißt es in dieser Stadtlyrik, die übrigens allgemein beliebt war, von den Bewohnern Hamms:

Sie sind in den Künsten des Krieges wie
in denen des Friedens gleichermaßen berühmt
Ich bekenne, sie verdienen dieses Lied,
das ich nun den gelehrten Musen zur ständigen
Erinnerung überlasse.⁹

Die Stadt wird in diesem Gedicht als »patria«, als Vaterland bezeichnet. Dies unterstreicht die Aussage des französischen Historikers Fernand Braudel: »Die Städte sind die ersten

⁹ Abdruck des Gedichts bei *Steinen* (s. A 7), S. 684–688. Die erste der hier zitierten Strophen lautet im Original:

»Confluunt amnes bene pisculenti
Asa se findit, geminoque cornu
Oppidum cingit, fluitat quaterno Luppia cursu.«

Murmellius aus Roermond verfaßte auch ein Gedicht auf die Stadt Münster. Zur humanistischen Stadtlyrik, damals sehr en vogue, vgl. *O. Borst*, *Babel oder Jerusalem? Sechs Kapitel Stadtgeschichte*, Stuttgart 1984, S. 60ff. – Johannes Murmellius (1480–1517) stammte aus dem heute holländischen Roermond. Er besuchte wie der 16 Jahre ältere Erasmus von Rotterdam zuvor die Schule von Alexander Hegius in Deventer, damals ein Zentrum des nordwestdeutschen Humanismus, anschließend die Universität Köln, wo er 1500 das Lizentiat erwarb und später zum Magister promovierte. Er wurde Konrektor an der Domschule in Münster unter Rudolf von Langen, der sich bemühte, Münster zu einer modernen humanistischen Hochschule auszubauen. Als 1506 die Pest in Münster ausbrach, siedelte Murmellius vorübergehend nach Hamm über. Er wohnte im Haus des Pfarrers der Stadtkirche Hermann Gockelen. Aus den Gesprächen und Kontakten mit den Freunden in Hamm entstand 1507 das Gedicht auf die Stadt Hamm, das einige konkrete historische Details einfängt, in anderen Strophen die Stadt bewußt typologisiert und lediglich als Topos verwendet. Aber auch die Typologisierung hat eine Funktion. Sie belegt, wie wichtig die Humanisten die Städte nahmen, die ja das Umfeld ihrer eigenen Tätigkeit bildeten.

»Vaterländer« des Abendlandes, der Patriotismus der Städter ist viel intensiver, weil bewußter als der sich nur langsam entwickelnde Patriotismus der ersten Territorialstaaten.¹⁰ Überhaupt zählten die deutschen Städte am Ausgang des Mittelalters zu den Schmuckstücken des damaligen Reiches und wurden überall bewundert. Doch das Bild des innerstädtischen Lebens änderte sich bald. Die Erregung, die die Reformation in Deutschland auslöste, schlug sich vor allem in den deutschen Städten nieder, vom Norden bis zum Süden. Hamm wurde lutherisch, später unter dem calvinistischen Pfarrer Gallus aus Deventer, der 1561 nach Hamm kam, reformiert. Es blieb seitdem ein Zentrum der Reformierten in der Mark. Nachbarorte wie Rhynern, Herringen und Uentrop schlossen sich im 17. Jahrhundert dem reformierten Bekenntnis an. Nur Mark blieb lutherisch.¹¹

1609 ging die Grafschaft Mark an den Kurfürsten von Brandenburg über, damit auch die Stadt Hamm. Es begann die preußische Zeit. An die Stelle der markgräflichen »Burgmannen« trat eine brandenburgische Besatzung, an deren Spitze ein Offizier als Kommandant stand. Ein neuer Zug kam in die Stadt. 1655/57 wurde das »Gymnasium illustre« errichtet, an dem auch wissenschaftliche Fächer wie reformierte Theologie, Philosophie und Jura von den neuen Professoren gelehrt wurden.¹² Gleichzeitig wurde eine Druckerei eingerichtet. Das kulturelle Niveau der Stadt hob sich. Man hatte es auch nötig. Denn in den letzten vierzig Jahren war die Stadt arg mitgenommen worden. Während des Dreißigjährigen Krieges war sie verteidigt und erobert worden, die Besatzungen hatten ständig gewechselt. 1634 klagte der Rat: »Wir sind mit einmal garaus gemacht und gleichsam zu einem dünnen Halm geworden.«¹³ Der Glanz der früheren Hansestadt war vorbei.¹⁴ Die Städte am Hellweg sanken damals zu unbedeutenden Ackerbürgerstädten herab. In den kurfürstlichen Erlassen wurde man jetzt als »Untertanen« bezeichnet. Der

¹⁰ *F. Braudel*, *Die Geschichte der Zivilisation*. 15. bis 18. Jahrhundert, München 1971, S. 599.

¹¹ *A. Schröer*, *Die Reformation in Westfalen. Der Glaubenskampf einer Landschaft*, 2 Bde., Münster 1979 ff. – Cleve-Mark verfolgte eine eher ausgleichende Politik zwischen den Konfessionen im 16. Jahrhundert (Albrecht Stenger, *Quellen zur westfälischen Kirchengeschichte: Westfälische Kirchenordnungen des 16. Jahrhunderts*, Bd. 1 (Soest 1532, Cleve-Mark-Ravensberg 1533, Neuenrade 1564), Dortmund 1942. – Der älteste Bericht über die Reformationsgeschichte Hamms ist eine Denkschrift des reformierten Predigers Johann Hoffmann vom Anfang des 17. Jahrhunderts, der in sich bereits eine authentische Quelle ist und anschaulich die Enge und Ängstlichkeit des innerstädtischen Konfessionalismus belegt, der nach der anfänglichen Aufbruchstimmung der Reformation zu Beginn des 16. Jahrhunderts bald den religiösen Alltag der Städte bildete. Im Kern ging es in diesem Bericht um die Abwehr einer zweiten (lutherischen) Kirche in Hamm, die der Kurfürst von Brandenburg für seine lutherischen Soldaten in der Stadt errichten wollte. Die Reformierten wehrten ab, da sie ihre eigene Position gefährdet sahen.

¹² *A. Hartlieb von Wallthor*, *Höhere Schulen in Westfalen vom Ende des 15. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts*, in: *Westfälische Zeitschrift* 107 (1957), S. 1–105.

¹³ *H. Rothert*, *Westfälische Geschichte* Bd. 2, Münster 1951, S. 167.

¹⁴ Hamm hatte in der Hanse allerdings nicht eine so zentrale Rolle gespielt wie die nahegelegene Stadt Soest. Einen guten Überblick über die Hanse in Nordwestdeutschland gibt: *Ph. Dollinger*, *Die Hanse*, Stuttgart 1976.

Stolz des mittelalterlichen Bürgertums war dahin.¹⁵ Es gibt einen bekannten Kupferstich von Hamm von Matthäus Merian aus dem Jahre 1647. Die Stadt wirkt dort ungewöhnlich schmuck und geordnet. Ein Reiter mit einem Knecht zu Fuß nähert sich im Vordergrund des Stiches der Stadt, die von einer mächtigen Befestigungsanlage eingefasst ist. Aber das Bild ist trügerisch. Es waren nicht mehr der Rat, sondern die jeweiligen Besatzungstruppen, die diese Anlagen erstellt hatten. Informativer ist schon der Begleittext, der die Stadt dem deutschen Publikum vorstellte. Hamm habe, so heißt es dort mitleidvoll, seit dem Tod des letzten märkischen Landesherren und den Erbfolgekriegen »viel ausstehen und von solcher Zeit an eine Besatzung unterhalten müssen.«¹⁶

18. Jahrhundert

Inzwischen war aus dem Kurfürstentum Brandenburg 1701 das Königreich Preußen geworden, zwar anfangs noch in Europa belächelt. Unter Friedrich Wilhelm I. entwickelte sich der preußische Militärstaat, und die Macht der Zentralbehörden wurde von Jahrzehnt zu Jahrzehnt stärker.¹⁷ Vor allem brauchte der junge Staat Geld. Diesem Anspruch fiel die Steuerhoheit der Gemeinden weitgehend zum Opfer und bald auch der Kern der städtischen Freiheiten, die Selbstverwaltung. Von Berlin aus begann man die Städte der Mark zu »reformieren«, wie es hieß. Der Magistrat wurde fortan vom König bestellt, nicht mehr von der Bürgerschaft und den Fürsten gewählt. Die Ratsmitglieder wurden auf Lebenszeit mit festumschriebenen Aufgaben bestellt. Die Reform hatte aber nicht nur negative Aspekte. Sie beendete zugleich den Klügel alteingesessener Familien, die den deutschen Städten seit dem 17. Jahrhundert einen fast inzüchtigen Charakter verliehen, wie ihn der englische Historiker Mack Walker in seinem Buch über die »German Home Towns« (1971) beschrieben hat.¹⁸

Der Verwaltungsreform der Städte folgte die Reform der ländlichen Verwaltung. 1753 wurde die Mark in vier Landkreise aufgeteilt. Hamm wurde Sitz eines der vier neuen

¹⁵ Zur preußischen Verwaltung in der Grafschaft Kleve-Mark im 18. Jahrhundert: *Rothert* (s. A 13), Bd. 3, S. 295–303.

¹⁶ *Topographia Westphalia 1647* (Nachdruck Münster 1961). Über das Hammer Stadtleben während des Dreißigjährigen Krieges wird dort berichtet: »Anno 1622 war diese Statt von den Ligisten erobert. Anno 1633 im Decembri hat die hessische Besatzung eingenommen. Folgens haben die Kaiserlichen in ihren Gewalt gebracht. Daher im Mayen deß 34 Jahrs die Lüneburg- und Hessische wider darvor kommen und die Statt in der Nacht mit stürmender Hand erstiegen. Anno 1636 bekam solche der keyserisch Feld-Marshal Götz in seinen Gewalt. Anno 41 litten die Hessischen vor Hamm Schaden, als sie solche Ort in Octobri zu erobern versuchten.«

¹⁷ Zur inneren Entwicklung in Preußen: *F. L. Carsten*, *Die Entstehung Preußens*, Frankfurt 1981; *H. Boldt*, *Deutsche Verfassungsgeschichte* Bd. 1, München 1984, S. 208–246. Generell: *G. Barudio*, *Das Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung 1648–1779* (Fischer Weltgeschichte Bd. 25), Frankfurt 1981.

¹⁸ Über die eigenartige innerstädtische Kultur der deutschen Klein- und Mittelstädte schreibt *Mack Walker* in seiner zusammenfassenden Analyse über »German Home Towns. Community, State,

Landratsämter. Die Landräte wurden dem König von den Ständen vorgeschlagen. Es kamen aber nur Adelige in Frage. Ihnen wurde ein bürgerlicher Kreisschreiber beigegeben, der sich nicht selten als der Überlegene von beiden erwies. Auch die Justiz wurde gänzlich von den Städten gelöst. Im Zuge der Justizreform wurde 1749 in Unna, Hagen, Altena, Lüdenscheid, Bochum und Hamm jeweils ein Landgericht für Zivilsachen eingerichtet, das kollegial und nicht mehr von Einzelrichtern geführt wurde. Der Reformers Cocceji hatte in einer Untersuchung für den König die damaligen Richter als »privilegierte Räuber« bezeichnet.¹⁹

Hamm entwickelte sich im 18. Jahrhundert zu einer Festungsstadt als Sitz des 9. Regiments, das lange Zeit im Stadttinnern untergebracht war. Das Garnisonsleben prägte auch den Alltag.²⁰ Vorübergehend kam Hamm im 18. Jahrhundert mit, wenn man so will, weltpolitischen Vorgängen in Berührung: 1761 spielte sich nicht allzuweit von den Toren Hamms entfernt am 15. und 16. Juli die Schlacht bei Vellinghausen ab, bei der sich ein französisches Heer und eine Armee preußischer, braunschweigischer und englischer Truppen gegenüberstanden.²¹ Es war der Siebenjährige Krieg, bei dem es auch um britisch-französische koloniale Auseinandersetzungen in Nordamerika und Indien ging. Von

and General Estate 1648–1871« (Ithaca u. London 1971, S. 5): »Aber die deutsche »Heimatstadt« konnte nicht in einem Zustand der Bewegung und des Wandels leben; Stabilität und Abgeschlossenheit waren die Bedingungen ihrer Existenz.« Walker weist darauf hin, daß die Unterschiede zwischen den (freien) Reichsstädten und den (abhängigen) Landstädten faktisch nicht so groß waren, wie es dem Unterschied in dem verfassungsrechtlichen Status entsprach. »Hometowns« gab es überall in Deutschland. Die innere Atmosphäre dieser Städte, ihr Lebens- und Konversationsstil wird einprägsam in der kleinen Verserzählung »Hermann und Dorothea« (1798) von Goethe eingefangen, insbesondere in dem dritten Gesang, überschrieben »Die Bürger«. Auch in Hamm pflegten bürgerliche Kaufleute, Geistliche, Offiziere und Lehrer des Gymnasiums im 18. Jahrhundert den Kontakt miteinander. Später im 19. Jahrhundert traten an die Stelle der Offiziere die Anwälte und Richter des Oberlandesgerichts. Die auf Behaglichkeit eingerichtete innerstädtische Kultur blieb dabei erhalten.

¹⁹ *Cocceji* berichtete 1749 über die Gerichtsverhältnisse in Kleve-Mark an Friedrich den Großen: »Die meisten Richter sind unvernünftige und hungrige Leute, die in ihrem Distrikt allein regieren, keine Assessores haben, folglich niemand ist, der ihnen auf die Hände Achtung geben kann. Sie sind privilegierte Räuber, welche von keiner Ordnung wissen, die Prozesse in der äußersten Konfusion traktieren und die Untertanen durch die schweren Prozeßkosten bis aufs Blut aussaugen.« Vgl. *Rothert* (s. A 15), S. 303.

²⁰ Zum preußischen Militäralltag: *K. Schwieger*, *Militär und Bürgertum. Zur gesellschaftlichen Prägekraft des preußischen Militärsystems im 18. Jahrhundert*, in: *D. Blasius* (Hrsg.), *Preußen in der Deutschen Geschichte* (Neue Wissenschaftliche Bibliothek Bd. 111), Königstein/Ts. 1980, S. 179–200. (Der Beitrag geht auch detailliert auf die Verhältnisse in der Mark ein.)

²¹ Es existiert ein rührender Augenzeugenbericht, der deutlich macht, wie distanziert das städtische Bürgertum dem gesamten militärischen Geschehen gegenüberstand. Man hatte nur Mitleid mit den verwundeten und gefallenen Soldaten gleich welcher Partei. Es gab keinen Kriegsausbruch im 18. Jahrhundert (*J. A. Möller*, *Spezial-Geschichte von Lippstadt, Lippstadt 1788*, S. 215 ff.).

Hamm aus konnte man das Donnern und die Rauchwolken der abgefeuerten Kanonen beobachten. Die Stadt selbst blieb unberührt. Zivil und Militär lebten im 18. Jahrhundert in zwei voneinander getrennten Welten nebeneinander. Es waren Kabinetts-, keine Volkskriege. Reste dieser Begegnung Hamms mit der Weltgeschichte werden heute noch gelegentlich auf den Äckern zwischen Hamm-Ost und Vellinghausen gefunden: Gewehr-kugeln, Uniformknöpfe und ähnliches. Die zweite Begegnung mit der Weltpolitik hing gleichfalls mit dem preußischen Status der Stadt zusammen. König Friedrich Wilhelm II. erlaubte in den 1790er Jahren adeligen französischen Emigranten, sich vorübergehend in Hamm niederzulassen, bis die Revolution in Frankreich beendet sei. Unter ihnen befanden sich zwei spätere Könige der Restaurationszeit von 1815–1830: Ludwig XVIII. und Karl X. Anfangs profitierte man von dem Besuch und staunte über das ungewohnt freie Leben des französischen Adels. Doch nahm das Interesse bald ab. Die Einwohnerzahl 1722 betrug 3250, 1763, zum Ende des Siebenjährigen Krieges, 1694. Sie ging bis 1800 nicht über 4000 hinaus. Es gab viele Städte in Deutschland von dieser Größenordnung.²²

Seit dem 15. Jahrhundert lag der Schwerpunkt der städtischen Wirtschaft auf der Herstellung von Leinen. Nach einem Steuerbericht von 1722 gab es 234 Gewerbetreibende, davon 51 Leinenweber und 7 Wollentuchmacher. An zweiter Stelle der Häufigkeit folgten 41 Kuchen- und Brotbäcker. Es gab 21 Fleischhauer, 10 Gastwirte, 9 Keut- und Bierbrauer, 4 Wein- und Branntweinschenken, 20 Branntweinbrenner. Ferner 28 Schneider, ebensoviele Schuster, 18 Hufschmiede, 15 Maurer, 10 Faßbinder, 8 Schlosser, 10 Lohgerber, 8 Wollspinner, 8 Bandwirker, 6 Sattler, 8 Schreiner, 5 Apotheker und 5 Buchbinder, 4 Glasmacher, 7 Barbieri und 3 Perückenmacher, dazu noch einige andere Berufe.²³ Man produzierte also primär für den lokalen Bedarf, nicht zuletzt für den Magen. Nur das Leinengewerbe war exportorientiert. Die Waren gingen über Holland bis nach Westindien. Zweimal in der Woche kamen die Bauern zum Markttag. An der Lippe und Ahse befanden sich weiterhin mehrere Mühlen. Im übrigen bemühten sich die Zünfte, neue Gewerbe, wie sie Friedrich der Große wünschte, zu verhindern. So wurde Hamm im 18. Jahrhundert eine typische deutsche Mittelstadt mit einer gehobenen Mittelschicht aus Offizieren, Beamten, Geistlichen und Gymnasiallehrern, einer breiteren Schicht von Handwerkern, Gewerbetreibenden und kleineren Kaufleuten und einer namenlosen, aber sicherlich vorhandenen Schicht von Bediensteten. Lediglich zwei erhalten gebliebene Bürgerhäuser erinnern noch heute an diese Zeit.²⁴ Der Charakter der Leinenweberstadt wurde bereits sichtbar, wenn man sich der Stadt näherte. Ringsum wurde Flachs angebaut,

²² Hamm. Chronik einer Stadt, S. 80 und 194.

²³ Die Angaben beruhen auf einem Bericht des Steuerrats Motzfeld aus dem Jahre 1722 (s. A 22), S. 195.

²⁴ G. Kaldewei, Stuniken und Vorschulze. Zwei Hamm's Bürgerhäuser. Eine hausgeschichtliche Studie, Hamm 1982. – Die erste Stadtgeschichte: J. A. Möller, Kurze historisch-genealogisch-statistische Geschichte der Hauptstadt Hamm und der ursprünglichen Entstehung der Grafschaft Mark, Hamm 1803 (Nachdruck: Osnabrück 1975).

die Wiesen an der Lippe und Ahse und zwischen den Stadtwällen wurden als Bleichen benutzt.

1763 ließ Friedrich der Große die Festungsringe schleifen. Auf den Wällen, die man einst verteidigt hatte, ging man jetzt spazieren. Die Stadt wurde offener. Zu dieser Zeit wurde General Friedrich von Wolffersdorff als Kommandant von Hamm bestellt, ein geborener Haudegen mit jovialen Umgangsformen. Er schaltete und waltete in der Stadt wie ein Präfekt, ließ Straßen pflastern, sorgte für Sauberkeit und Ordnung und kümmerte sich um die städtischen Anlagen. Bürgermeister, Magistrat und Zünfte behandelte er wie Lakaien. Ein bis heute erhalten gebliebenes Denkmal schuf er sich mit dem vierspurigen Ausbau der Ostentallee, der Anlage des Exerzierplatzes am Ostentor und einer 88 Meter langen Kaserne am Westentor, für deren Bau er die Steine der alten Burg Mark verwendete.²⁵ Das war militärischer Städtebau im Zeitalter des Barock. In dieser Zeit entstand auch die dritte städtische Kirche, die Luther-Kirche.

19. Jahrhundert

Dem Ziel der preußischen Politik, die Mark wirtschaftlich stärker auszubauen, diente die Errichtung der Kriegs- und Domänenkammer – eine typisch barocke Bezeichnung – 1787 in Hamm. Ihr Direktor wurde Karl Freiherr vom Stein.²⁶ Stein sammelte seine ersten Erfahrungen in Politik und Verwaltung in Westfalen. Über die Besuche Steins in Hamm berichtet der Prediger und spätere Bischof Eylert in seinen Erinnerungen: »Die Sitzungen der Kollegien waren dann kürzer als gewöhnlich und alles auf die Sache selbst gerichtet, mußte schneller gehen... Anregen, wecken, neue Zustände... herbeiführen, Hindernisse niedertreten, treiben und jagen, war die Seele seiner Tätigkeit.«²⁷ Das war etwas ungewohnt.

²⁵ Etwas verharmlosend: H. H. Klein, Karl Friedrich von Wolffersdorff. Ein streitbarer Sachse im Dienste Friedrichs des Großen, Osnabrück 1984. – Kritisch über die militärisch-politische Funktion des Städtebaus in Garnisons- und Residenzstädten: L. Mumford, Die Stadt. Geschichte und Ausblick, Bd. 1, München 1979, S. 430f. – Eine anschauliche Beschreibung der selbstherrlichen Aktivitäten Wolffersdorffs, der gelegentlich in der Nacht Bürgermeister und Magistrat der Stadt in Nachtgewand und Zipfelmütze zu sich zitieren ließ, um sie auf hygienische oder bauliche Mißstände in der Stadt aufmerksam zu machen, liefern die Erinnerungen Eylerts (R. F. Eylert, Charakterzüge und historische Fragmente aus dem Leben des Königs von Preußen Friedrich Wilhelm II., Dritter Theil, 1. Abt, Magdeburg 1846).

²⁶ Am informativsten, wenngleich in der historisch-politischen Zuordnung nicht mehr haltbar, ist nach wie vor die Biographie von G. Ritter, Freiherr vom Stein. Eine politische Biographie, ¹1931, (Nachdruck als Fischer-Taschenbuch) Frankfurt 1983.

²⁷ Über seine eigene Begegnung als junger Prediger mit Stein in Hamm berichtet Eylert: »Von dem reichen Geiste des Mannes, seiner Lebendigkeit und Wärme, fühlte ich mich (damals 27 Jahre alt) mächtig angezogen, und um ihn öfter zu sprechen, ging ich Abends in die Ostentallee, wo er

Stein war eine energische und schwierige Persönlichkeit, zielbewußt und gradlinig. Als späterer Minister scheute er sich nicht, sich mit der Berliner Hofkamarilla anzulegen – und wurde im Januar 1807 entlassen. Damals konzipierte er, vorübergehend im Ruhestand, seine berühmte »Nassauer Denkschrift«, in der er eine Reform der preußischen Politik und Verwaltung vorschlug.²⁸ Zwei Maßnahmen, die Bauernbefreiung und die Städteordnung von 1808, konnte er – erneut Minister, aber nur für ein Jahr – noch selbst einleiten. Die Tradition der modernen kommunalen Selbstverwaltung, die Stein begründete, ist die älteste politische Tradition, die die deutsche Geschichte heute vorzuweisen hat. Sie hat alle Umbrüche von 1815, 1871, 1918, 1933 und 1945 überdauert und diente den Verfassungsberatungen der Weimarer Nationalversammlung 1919 als Anregung für eine demokratische Neuordnung der deutschen Politik. Das Neue an der Städteordnung vom 19. November 1808 war der § 73, der besagte:

»Die Wahl der Stadtverordneten nach Ordnungen, Zünften und Korporationen in den Bürgerschaften wird hierdurch völlig aufgehoben. Es nehmen an den Wahlen alle stimmfähigen Bürger Anteil, und es wählt jeder lediglich als Mitglied der Stadtgemeinde ohne alle Beziehungen auf Zünfte, Stand, Korporation und Sekte.«

Der neue Begriff des Bürgers dieser Städteordnung war der des »Staatsbürgers«, jedenfalls im Prinzip, unabhängig von ständischen oder sonstigen Bindungen.²⁹ Die aus

gewöhnlich in der Dämmerung zu spazieren pflegte, und wo er dann mich anredete, so daß ich mit ihm gehen durfte. Mir war das immer ein Fest; denn jedesmal wurde ich von dem seltenen Manne angeregt, belebt und begeistert. ... Bald darauf wurde ich sein Amanuensis [Sekretär], der vorzüglich nach der Jenaer Literatur-Zeitung, nach der allgemeinen Deutschen Bibliothek und nach den Rintel'schen Annalen dem vielbeschäftigten Manne kurze Vorträge über die neu erschienenen Bücher halten mußte. Gewöhnlich wählte er dazu die Tischzeit, und ließ er 2 Portionen 3 Speisen von dem Stadtkeller holen. Bei dem frugalen Mahle war der gesunde Mann gesprächig, heiter, humoristisch, vorzüglich sarkastisch. Bei gutem Wetter wurde der Kaffee gewöhnlich im Garten in einer Laube getrunken« (s. A 25), S. 165 f.

²⁸ In dieser Denkschrift findet sich auch Steins politische Philosophie: »Auch meine Diensterfahrung überzeugt mich innig und lebhaft von der Vortrefflichkeit zweckmäßig gebildeter Stände, und ich sehe sie als ein kräftiges Mittel an, die Regierung durch die Kenntnisse und das Ansehen aller gebildeten Klassen zu verstärken, sie alle durch Überzeugung, Teilnahme und Mitwirkung bei der National-Angelegenheit an den Staat zu knüpfen, den Kräften der Nation eine freie Tätigkeit und eine Richtung auf das Gemeinnützige zu geben, sie vom müßigen sinnlichen Genuß oder von leeren Hirngespinnsten der Metaphysik, oder von Verfolgung bloß eigennütziger Zwecke abzulenken und ein gut gebildetes Organ der öffentlichen Meinung zu erhalten, die man jetzt aus Äußerungen einzelner Männer oder einzelner Gesellschaften vergeblich zu erraten bemüht ist.« (Denkschrift Steins »Über die zweckmäßige Bildung der obersten und der Provinzial-, Finanz- und Polizey-Behörden in der preußischen Monarchie« (Nassauer Denkschrift vom Juni 1807), in: *E. Botzenhart* (Hrsg.), *Freiherr vom Stein. Briefe und amtliche Schriften* Bd. 2, Stuttgart 1959, S. 380–398, hier: S. 391.

²⁹ *E. Botzenhart*, *Karl Freiherr vom Stein 1757–1831*, in: *Die Großen Deutschen. Deutsche Biographie*, hg. *H. Heimpehl, T. Heuss, B. Reifenberg*, Frankfurt 1956, S. 413–432.

der Bürgerschaft gewählten Stadtverordneten wählten den Magistrat, dem die eigentliche Verwaltung der Stadt zukam. Das war das Neue. Die sog. »Revidierte Städteordnung« von 1831 wurde 1835 auch in Hamm eingeführt, allerdings schränkte sie das Bürgerrecht durch einen Vermögenszensus ein. Später wurde auch in den Gemeinden das Dreiklassenwahlrecht eingeführt, das in Preußen bis 1918 galt. In der Regel waren bis 1918 selten mehr als 10% der Einwohnerschaft wahlberechtigt. Mit der Wahl der Stadtverordneten begannen die Anfänge der Partei- und Fraktionsbildungen in den Städten, zunächst in Form von Honoratiorenklubs. Kommunalpolitik hatte im 19. Jahrhundert noch einen vergleichsweise gemüthlichen Charakter. Seit 1847 waren die Sitzungen öffentlich.

Bei der administrativen Neuordnung der 1815 neugeschaffenen Provinz Westfalen verlegten die preußischen Behörden den Sitz des Oberpräsidenten nach Münster, den Sitz des Regierungspräsidenten nach Arnberg, jeweils in katholische Gebiete, die bisher nicht preußisch gewesen waren. In Hamm war man sich der preußischen Tradition sicher. Die Stadt wurde Sitz eines der dreizehn jetzt neugeschaffenen Landkreise Westfalens. Die Provinz Westfalen wurde straff organisiert, dabei auch die evangelische Kirche unter Mitwirkung des früheren Hammer Predigers und späteren Hofpredigers Eylert. Die jetzt unierte evangelische Kirche Preußens war Staatskirche mit einer betont konservativen Prägung. Als Eylert erfuhr, daß sich sein Sohn während der deutschen Revolution von 1848 an dem Berliner Märzaufruf beteiligt hatte, war er so entsetzt, daß er ihn enterbte. 1848 bildeten sich in allen deutschen Städten die ersten Parteien, die auf der örtlichen Ebene nationale Fragen diskutierten: Presse- und Versammlungsfreiheit, Republik oder Monarchie, Parlament und Regierung, Kirche und Staat. Es war überall eine große Aufbruchstimmung. Aber die Revolution war nicht von Dauer. Dennoch blieben einige freiheitliche und parlamentarische Errungenschaften erhalten. Hamm zählte damals 7000 Einwohner. Der örtliche Arbeiterverein hatte Delegierte zu den Demokratenkongressen im Juni 1848 nach Frankfurt und im August 1848 nach Köln gesandt. Erstmals artikulierten sich in Hamm eine konservative und liberale Rechte und eine demokratische Linke.³⁰

In den Jahren 1847 bis 1850 wurden zwei planerische Entscheidungen für Hamm getroffen, die seitdem das Gesicht der Stadt grundlegend veränderten und die Entwicklung Hamms zu einer Industriestadt begründeten: die Errichtung der Bahnlinie Köln – Hamm –

³⁰ *H.-J. Behr*, *Die Provinz Westfalen und das Land Lippe 1813–1933*, in: *Westfälische Geschichte* Bd. 2, hg. *W. Kohl*, Düsseldorf 1983, S. 861. – In der Mitte des 19. Jahrhunderts entstand der etwas verwaltungsmäßig trocken ausgefallene Bericht »Beschreibung und kurze Geschichte des Kreises Hamm« von *M. F. Esselen* (Hamm 1851), zugleich ein Beleg dafür, wie schwierig es war, die verlorengegangene Tradition der eigenen Stadtgeschichte wachzurufen. – Zur Selbstverwaltung der Städte in der preußischen Provinz Westfalen vor 1848 das Kapitel »Fesselung der kommunalen Selbstverwaltung«, in: *W. Schulte*, *Volk und Staat. Westfalen im Vormärz und in der Revolution 1848/49*, Münster 1954, S. 46–53. – Zur Entwicklung der Stadt im 19. Jahrhundert: *O. Krabs*, *Hamm. Beiträge zur Geschichte der Stadt im 19. Jahrhundert*, Diss. Göttingen 1964.

Minden 1847, die von dort über Hannover nach Berlin weitergeführt wurde und diese kreuzend die Bahnlinien nach Münster und Paderborn. Die Bahn führte westlich an der Stadt vorbei, durchschnitt also nicht den alten Stadtkern, sondern bildete eine Verkehrstangente außerhalb der Stadt. Jenseits dieser Tangente im Hammer Westen entstand jetzt ein neues Industriegebiet und später, kurz vor dem Ersten Weltkrieg fertiggestellt, der Hafen an dem neuen Datteln-Hamm-Kanal. Die Geschichte Hamms ist seitdem zu einem wesentlichen Teil Wirtschaftsgeschichte. Begünstigt durch die Transportsituation von Bahn und Kanal veränderte die Industrie das Gesicht der Stadt und schuf jene für die heutige Situation so charakteristische Stadtlandschaft, in der Industriewerke, Zechenanlagen, ein spinnennetzartig sich ausdehnendes Straßennetz zwischen der Altstadt und den kleineren, um den Kern liegenden Ortschaften schließlich das heutige Konglomerat der Großstadt Hamm entstehen ließen, die sich mit Heessen und Bockum-Hövel heute über die Lippe hin erstreckt. Inmitten dieser Stadtlandschaft, die durch den Wirtschaftsverbund und durch die Administration zusammengehalten wird, aber nicht einheitlich gewachsen ist, finden sich immer noch idyllische Oasen in den Ortskernen von Uentrop, Mark, Rhynern, Pelkum und Herringen, an den Ufern der Lippe im Osten, in Bad Hamm und den Schlössern in Oberwerries, Heessen, Bockum-Hövel und Uentrop.

Die ersten Bemühungen um industrielle Unternehmungen kamen noch aus Hamm selbst. Wilhelm Hobrecker, der 1820 an der Lippe am Nordentor sein mit Wasserkraft betriebenes Eisenwalzwerk errichtete, war ein ansässiger Schlosser und Schmiedemeister. Der nächste größere Unternehmer, Joseph Cossack, kam aus Neheim-Hüsten. Er kaufte 1853 einige Grundstücke in der Westfeldmark in unmittelbarer Nähe der Bahn und baute hier seine Fabrikanlage, die gleichzeitig Drahtzieherei und Eisengießerei betrieb. Die Firma Hobrecker kam nach und siedelte sich in unmittelbarer Nachbarschaft des Konkurrenten an. Aus beiden Unternehmen entstanden die Westfälische Drahtindustrie (heute Klöckner) und die Westfälische Union (heute Thyssen). Der Magistrat unterstützte die Entwicklung. Begünstigt wurde die Industrie durch den wachsenden Bedarf an Telegraphendraht. Doch blieb die Schwerindustrie vorerst von Hamm fern. Die Halbfabrikate wurden aus Dortmund bezogen.

Mit den Fabriken kamen die Arbeiter. Sie siedelten sich in unmittelbarer Nachbarschaft ihrer Werke an. Arbeiterschaft und Bürgertum waren durch die Bahn voneinander getrennt. Aber die Klassentrennung schlug nicht gleich in einen Klassengegensatz um. Bezeichnenderweise benannte man die Hauptstraße des neuen Stadtteils, die Pelkumer Straße, nach dem preußischen König als Wilhelmstraße. Cossack stiftete für seine Arbeiter 1865 eine katholische Kapelle, die er Joseph-Kapelle nannte. Sie bildete den Grundstein der späteren Kirchengemeinde. Alles blieb hier in der Nähe: Arbeit, Arbeitsstätte, Taufe und Beerdigung, eine kleine Welt für sich. Fernweh kannte man noch nicht. Man war genügsam. Bei der Einweihung der Kapelle veranstalteten die Arbeiter einen Fackelzug. Die Altstadt feierte mit.

1860 wurde das erste Bahnhofsgebäude errichtet, aus rotem Klinker, mit Türmen und Zinnen, wie ein Kastell, altdeutsch, mehrgeschossig. Die langen Fensterreihen blickten überlegen auf die gegenüberliegende Altstadt: ein Symbol der neuen Zeit. Die Reichsgründung von 1871 führte zu einer Reorganisation des deutschen Justizwesens. Das Oberlandesgericht wurde 1879 als Appellationsgericht für Westfalen errichtet und erhielt 1894 ein repräsentatives, monumental wirkendes Gebäude. Sein Zuständigkeitsbereich erfaßte in den 1920er Jahren eine Bevölkerung von 5 Millionen. Hier liefen, für den Außenstehenden unsichtbar, die Fäden des Alltags im Ruhrgebiet, soweit sie sich in Zivil- und Strafrechtssachen niederschlugen, in Akten gebündelt, zusammen. Der preußische liberale Kultusminister Falk (1827–1900) erhielt, nachdem er von Bismarck fallengelassen worden war, das Präsidium des Oberlandesgerichts. Ein führender liberaler Politiker war Hammer Bürger geworden.

So hatte die Stadt gegen Ende des 19. Jahrhunderts auch mit dem neuen altdeutsch wirkenden Gebäude des Landratsamts am Westentor ein neues, städtebauliches Gesicht bekommen. Rat und Magistrat betrieben die Erhebung der jetzt über 30 000 Einwohner zählenden Stadt zu einer Kreisfreien Stadt. Dies wurde 1901 verwirklicht. Damit war der Zuständigkeitsbereich der örtlichen Verwaltung erweitert. 1929 ging der Sitz des Landkreises an die Stadt Unna über. Im 19. Jahrhundert liegen auch die Anfänge des Zeitungswesens in Hamm. Es entstand eine lokale publizistische Öffentlichkeit. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts erschien der »Westfälische Kurier«, ein Zentrumsblatt, und 1919 »Der Hammer«, ein SPD-Blatt.³¹ Die Garnison wurde 1877 aufgelöst. Die Uniform verschwand aus dem Alltagsbild. Die Soziologie der Stadt schichtete sich allmählich um. Die Kommunalpolitik wurde allerdings nach wie vor von den oberen bürgerlichen Gruppen gestaltet. Konfessionell übertraf inzwischen der katholische den evangelischen Bevölkerungsteil. Als dritte Konfession bestand in Hamm seit dem Mittelalter eine jüdische Gemeinde, die eine eigene Grundschule unterhielt.

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts entstand auch die sog. »unsichtbare Stadt«,³² von der die Stadthistoriker sprechen: Seit 1886 wurde Hamm mit Ruhrwasser versorgt, 1858 waren bereits die ersten Gaslaternen aufgestellt und 700 Haushalte mit Gasanschlüssen versorgt, 1898 wurde ein Elektrizitätswerk an der Friedrichstraße errichtet. Nach der

³¹ Vgl. K. Koszyk, Die katholische Tagespresse im westfälischen Ruhrgebiet von 1870 bis 1949, Katholische Akademie Schwerte 1982.

³² Einen anregenden Einblick in die Entstehung der modernen Industriestädte gibt A. Briggs, Victorian Cities (Pelican Books), Harmondsworth 1963: Introduction, S. 11–58. Zur Wirkung der Industrialisierung auf die Landschaft und zur Entstehung der modernen Stadtlandschaft: die beiden Kapitel »Roads, Canals and Railways« und »The Landscape of Towns«, in: W. G. Hoskins, The Making of the English Landscape, Harmondsworth 1970, S. 233–297. Das Buch von Hoskins ist inzwischen eine klassische Darstellung der »Geschichte der Landschaft« geworden.

Jahrhundertwende wurden die ersten Straßenbahnlinien gebaut, die später in den zwanziger Jahren Hamm mit den Umlandgemeinden verbanden. Durch die Straßenbahn rückte man im Raum Hamm näher zusammen. Der Bau der neuen Hafenanlage 1912 bis 1914 hing unmittelbar mit den neuen Kohlenzechen zusammen: 1901 Heinrich-Robert zwischen Pelkum und Herringen, 1905 die Zeche Radbod in Bockum-Hövel, 1912 die Zeche Sachsen in Heessen. Die Unternehmensführung dieser Zechen ging weit über den regionalen Bereich hinaus. Heinrich-Robert gehörte einem französischen Konzern. Die Zechen waren Großbetriebe mit mehreren tausend Beschäftigten. Sie alle mußten eine entsprechende Unterkunft finden. Aber eine größere Raumplanung existierte nicht. So blieb die bauliche Entwicklung weithin dem Zufall überlassen. Die Wirtschaft, nicht die Administration bestimmte die städtebauliche Entwicklung der Stadt. Der Raum Hamm wurde zersiedelt.

Im November 1908 kamen 348 Bergleute bei einer Schlagwetterkatastrophe auf der Zeche Radbod ums Leben. Das war kein lokales Ereignis. Es löste eine nationale Betroffenheit aus. Zudem waren die Beziehungen zwischen der Bergarbeiterschaft und den Unternehmensführungen im Ruhrgebiet gespannt, wie es sich bei dem Bergarbeiterstreik an der Ruhr 1905 gezeigt hatte. Im Reichstag wies damals Philipp Scheidemann auf die Hilfeleistungen französischer Bergarbeiter für die Bergleute der Zeche Radbod hin. Das Bürgertum solle sich daran ein Beispiel nehmen. Die Arbeiterschaft kenne nicht jenen Nationalismus, wie er von den bürgerlichen Parteien des Reichstags im Zeichen der Hochrüstung betrieben werde. Es war wenige Jahre vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs. Wörtlich erklärte Scheidemann am 5. Dezember 1908: »Wie ist unser Verhältnis zu Frankreich geworden? Zwischen den Regierungen finden Reibereien aller Art statt – nicht nur mit der französischen Regierung. Aber mit freudiger Genugtuung möchte ich feststellen, daß wenigstens das Verhältnis der Völker untereinander ein freundliches und herzliches ist (Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Das ist in sehr erfreulicher Weise in die Erscheinung getreten bei dem furchtbaren Unglück auf der Zeche Radbod vor wenigen Wochen. Daran hat das französische Volk den herzlichen Anteil genommen.«³³

20. Jahrhundert

Der Erste Weltkrieg versetzte dem bis dahin in Deutschland vorherrschenden naiven Wirtschaftsoptimismus einen ersten Schock. Die Fürsorgelasten des Krieges wurden weitgehend den Städten aufgebürdet. Es fiel ihnen schwer, sich davon zu erholen. Glücklicherweise war die kommunale Grundausstattung Hamms bereits vor 1914 gesichert. Die Massenarbeitslosigkeit seit dem Ende der zwanziger Jahre brachte neue drückende soziale und finanzielle Lasten, so daß es oft schwerfiel, die kommunalen Etats auszugleichen.

³³ Verhandlungen des Reichstags XII. Legislaturperiode, Bd. 223, 117. Sitzung, S. 6024f.

Durch die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts 1919 in den Gemeinden wurde Hamm zum ersten Mal in seiner Geschichte eine demokratische Stadt.³⁴ Es begann die Zeit des modernen kommunalen Parlamentarismus. Die Entbehrungen des Krieges und das Mißtrauen gegen die politische Führung hatten in der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes ihre Spuren hinterlassen. 1919 entstand die KPD, die in manchen Ruhrgebietsstädten, nicht in Hamm, einen höheren Stimmenanteil als die SPD erreichte.

Zum Ausbau der Stadt zählte die Anlage größerer Wohnsiedlungen im Osten, der zu einem bevorzugten Wohngebiet wurde, eine Art Gartenstadt, während im Westen, Süden und Norden jenseits der Lippe neue Wohnsiedlungen für die Industriearbeiterschaft entstanden. Unverkennbar besserte sich das Niveau des allgemeinen Wohnungsstandards. Der Englische Stadthistoriker Asa Briggs weist in seinem Buch »Victorian Cities« darauf hin, daß eigentlich alle modernen Industriestädte trotz ihrer scheinbaren Gleichartigkeit eine eigene Individualität bewahrt haben, sei es nun Leeds oder Manchester, Dortmund oder Duisburg.³⁵ Man könnte ergänzen: dies gilt auch für Hamm und Bradford, die heutige britische Partnerstadt Hamms. Bradford in Yorkshire zeichnet sich durch eine auffallende Parallelität zu Hamm aus: eine moderne Industriestadt, die im 19. Jahrhundert expandierte und dabei die benachbarten kleinen Dörfer verschlang und heute einen planlosen städtischen Siedlungskomplex darstellt mit dem im neugotischen Stil errichteten Gebäude des Wollmarkts in der Stadtmitte.

Aus der Perspektive dieser Stadtgeschichte eine gesonderte Bemerkung zur Herrschaft des Nationalsozialismus: Obwohl der Nationalsozialismus ständig von der Volksgemeinschaft redete und sie jedermann einzubläuen versuchte, hat er gerade jenen städtischen Gemeinschaftsgeist zerstört, der darin besteht, miteinander in einer Stadt auszukommen, bei allen vorhandenen Unterschieden und Gegensätzen, politischer, religiöser, sozialer Art, sowie den Unterschied im Lebensstil und in den Lebensformen. Eben diese Pluralität macht erst die Urbanität einer Stadt aus. Bei der Kommunalwahl am 12. März 1933, der letzten freien Wahl in Hamm bis 1945, behauptete das Zentrum 14 Sitze, die SPD 4, gemeinsam erzielten diese beiden demokratischen Parteien also 18 Sitze gegenüber 16 der NSDAP.³⁶ Auf die rechtsbürgerliche Gruppe Schwarz-Weiß-Rot entfielen 3, auf die KPD 2 und auf den Evangelischen Volksbund 1 Sitz. Die Nationalsozialisten hatten keine Mehrheit. Unmittelbar vor dieser Wahl wurde der örtliche Polizeidirektor Sommer (Zentrum) entlassen, die Zentrumszeitung, der »Westfälische Kurier«, beschlagnahmt und die Wohnung eines führenden örtlichen Sozialdemokraten, Dr. Griesbach, durchsucht.

³⁴ W. Ribhegge, Die Systemfunktion der Gemeinden. Zur deutschen Kommunalgeschichte seit 1918, in: R. Frey (Hrsg.), Kommunale Demokratie, Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 28–65.

³⁵ Briggs untersucht die Städte Manchester, Leeds, Birmingham, Middlesbrough, Melbourne und London.

³⁶ Unterlagen über die Kommunalwahlen vom 12. 3. 1933 befinden sich im Stadtarchiv Hamm. Der größte Teil der Bestände des Stadtarchivs, darunter auch die Ratsprotokolle, wurden 1944 bei einem Bombenangriff vernichtet.

Zwar habe man die gesuchten belastenden Unterlagen nicht gefunden, verkündete ein NS-Extrablatt am 11. März, dem Vortag der Wahl, »dagegen älteres Material, das von der langjährigen zersetzenden Tätigkeit des Juden zeugt«. Der Oberbürgermeister Schlichter wurde wie die meisten Oberbürgermeister deutscher Städte in den Ruhestand versetzt. Die farbige und breite Lokalpresse der Weimarer Republik, eine der interessantesten Erscheinungen der Hammer Stadtgeschichte von 1919 bis 1933, wurde gleichgeschaltet oder eingestellt. Es gab nur noch offiziöse Nachrichten.

Bei Kriegsbeginn wurde die Hammer Industrie auf den Kriegsbedarf umgestellt. Am 18. Februar 1941 wurden die Belegschaften der »Westfälischen Union« und der »Westfälischen Drahtindustrie« in der Halle der Drahtindustrie zu einer Kundgebung zusammengerufen. Die Front war mit Hakenkreuzfahnen drapiert. Eine Blaskapelle spielte auf. Männerchöre sangen »Psalm der Arbeit«, »Stärkste Liebe ist stärkste Kraft: Alles dem Vaterland« und »Deutschland, treib Deine Saat ins Licht«. Der Gauleiter sprach. »Es ist immer«, so kommentierte der »Westfälische Kurier«, »ein Ereignis und ein Erlebnis, wenn Gauleiter Reichskommissar Josef Wagner spricht. Es sind die großen und tragenden Gedanken, die er in jeder seiner Reden mit unübertrefflicher Klarheit und zwingender Logik entwickelt«. Allerdings befand sich seltsamerweise unter diesem ganzseitigen Jubelartikel des »Westfälischen Kurier«, in einem schwarzen Balken entlang des unteren Randes der Seite unübersehbar weiß eingedruckt, ein scheinbar nichts aussagender Reklametext, der stutzig macht, möglicherweise auch stutzig machen sollte. Er hatte folgenden banalen Wortlaut: »Auf Wunsch vieler Verbraucher gibt es Henko, Henkels Einweich- und Enthärtungsmittel jetzt auch im Doppelpaket, Preis 25 Rpf.«³⁷ War das bloßer Zufall? Die Zeitung mußte 1942 ihr Erscheinen einstellen. Die jüdische Gemeinde zählte 1932 400 Mitglieder. Einige von ihnen wanderten bereits 1933 aus. Es gab in Hamm mehrere von jüdischen Einwohnern geführte Geschäftshäuser. Bis 1942 verließen 313 Juden die Stadt. In dieser Zeit begannen die Deportationen in die Konzentrationslager Polens. Nur wenige jüdische Bürger überlebten bis Kriegsende.³⁸

1941 wurden die ersten Bunker gebaut, später die großen Hochbunker. Die ersten Bombenangriffe begannen 1940. Die Warnungen durch Sirenen wurden eine alltägliche Erscheinung im Leben der Stadt. Die schwersten Angriffe erlebte man seit dem Herbst 1944. Die Trümmerberge nahmen zu. Von den drei innerstädtischen Kirchen standen 1945 nur noch Ruinen. Der zerstörte Bahnhof, das Symbol des modernen Hamm, bot bei Kriegsende ein Bild trostloser Verlorenheit. Am Ostersonntag, dem 1. April, stießen die amerikanischen Truppen bis in den Norden Hamms vor. In einem letzten sinnlosen Abwehrakt ließ man die Münster-Brücke sprengen. Am 6. April war die Stadt von amerikanischen Truppen besetzt. Für Hamm waren Krieg und Nationalsozialismus been-

³⁷ Westfälischer Kurier vom 19. 2. 1941.

³⁸ A. Dartmann, Die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der jüdischen Gemeinde in Hamm 1327–1943, Hamm o. J.

det. Der Wohnungsbestand war zu 60% zerstört.³⁹ Nach Dortmund war Hamm die am stärksten zerstörte Stadt des Westfälischen Ruhrgebiets. Dies hing zweifellos mit der Zentralität seiner Lage zusammen. Nur die Hochbunker überstanden die Angriffe und prägen noch heute in ihrer düster wirkenden Baulichkeit das Stadtbild: unübersehbare Monumente einer dunklen Vergangenheit. Die Bevölkerung der Stadt war während des Krieges von 59 000 auf 35 000 zurückgegangen. Die kleine Bahn, die die Trümmer aus der Innenstadt in die Kuhlen ehemaliger Ziegeleien am Stadtrand transportierte, wurde wie in vielen Städten zu einem Symbol der Nachkriegszeit. An die NS-Zeit erinnerten noch einige Straßennamen wie »Goebbelsring« und »Göringplatz«. Auf einer Konferenz der Landräte und Oberbürgermeister des Regierungsbezirkes Arnsberg im Juni 1945 wurde gerügt, daß in Hamm diese Bezeichnungen noch nicht abgeschafft worden seien.

1948 schrieb der Deutsche Städtetag in seinem Verbandsorgan: »Daß das deutsche Leben unter seinen derzeitigen Voraussetzungen noch nicht völlig zum Erliegen gekommen ist, zeugt von einer nach so vielen Katastrophen fast erstaunlichen Kraft. Ausdruck dieser Kraft sind nicht zuletzt die Gemeinden, die sich seit dem Zusammenbruch als eine der wenigen Realitäten im Gespensterakt der Fiktionen bewahrt haben und bewähren.«

Die Wirtschaft der ersten Nachkriegsjahre war weitgehend eine Zwangs- und Planwirtschaft. Die Bezugsscheine für Lebensmittel fielen erst 1950 fort, waren aber bereits seit der Währungsreform von 1948 überständig und häufig wertlos. Die drei alten städtischen Kirchen wurden später im früheren Stil wieder aufgebaut: die wenigen zentralen Merkmale der Stadt, die an ihre jahrhundertealte Vergangenheit erinnern. Hamm war keine preußische Stadt mehr. Das neue Land Nordrhein-Westfalen gründete sich auf rheinisch-westfälische Verbindungen, die bereits seit Jahrzehnten bestanden hatten. Man trauerte dem Untergang Preußens nicht nach.⁴⁰ Überhaupt suchte man nach den ersten Wiederaufbaujahren lieber das Neue und Moderne. Der Stil der Neubauten entsprach dem Stil der »Neuen Sachlichkeit«, der ja ein ausgesprochen unhistorischer Stil ist. Man dachte weniger an die Vergangenheit. Auf den Augenblick kam es an. Durch die Aufnahme von Vertriebenen und Flüchtlingen wuchs die Bevölkerung schnell wieder an.

Nach 1945 standen Kohle, Eisen und Stahl nicht derart im Vordergrund des Wirtschaftslebens wie zuvor. Diese Entwicklung wirkte sich unmittelbar auf den Raum Hamm aus, wo Kohle und Drahtindustrie nach wie vor die dominierenden Wirtschaftszweige waren. Man begann nach neuen Wirtschaftsunternehmen Ausschau zu halten. Mit Dupont kam ein moderner Wirtschaftszweig, die Chemieindustrie, nach Hamm. Durch die

³⁹ Verwaltungsbericht der städtischen Bauverwaltung für die Rechnungsjahre 1945–1950: »Der Zusammenbruch im Frühjahr 1945 hinterließ in unserer Stadt Verwüstungen und Zerstörungen größten Ausmaßes. Besonders stark waren die Schäden in der Altstadt, an öffentlichen Gebäuden und Anlagen, Schulen, Kirchen, dem Schlachthof, der Badeverwaltung, den öffentlichen Verkehrseinrichtungen, dem Straßennetz und der Stadtkanalisation. Die Gesamtschäden in der Stadt wurden auf 60% geschätzt.« (Stadtarchiv Hamm)

⁴⁰ Vgl. G. A. Craig, Das Ende Preußens. Acht Porträts, München 1985.

vielen Freiflächen infolge der Bombardierungen wurde Hamm zeitweilig eine fast »autogerechte« Stadt. Die Motorisierung und die Einbindung in die beiden sich kreuzenden Autobahnlinien veränderten den Charakter der Stadt erneut grundlegend, obwohl vielleicht auch von den meisten kaum bewußt wahrgenommen. Die wirtschaftliche Entwicklung nach 1945 begünstigte technisch-handwerkliche Betriebe und den Handel aller Dimensionen, von dem ein flexibles Eingehen auf das Spiel von Angebot und Nachfrage verlangt wurde. Die private Nachfrage wurde wesentlich von dem außerordentlichen Anstieg der Erwartungen an den Lebensstandard bestimmt, der von breiten Schichten bestimmt wird, nicht mehr wie noch im 19. Jahrhundert von einer sozialen Minderheit. Die nachindustrielle Stadt Hamm⁴¹ ist eine Stadt demokratischer Lebensformen, nicht mehr der ständischen, die noch in den zwanziger Jahren vorherrschend waren. Bezeichnenderweise gab eine weibliche Kandidatin für die Stadtverordnetenwahl 1929 als Berufsbezeichnung »Frau Justizrat« an. In dieser nachindustriellen Stadt sind Berufe und Beschäftigungen wichtiger als der »Stand«. Das schließt ein Berufsethos ebenso wie ein Leistungsbeußtsein nicht aus. Das A und O aber ist, daß überhaupt genügend qualifizierte Beschäftigungen vorhanden sind. Zweifellos kann die städtische Verwaltung hier eine Steuerungsfunktion ausüben.

Bestimmend für den gegenwärtigen Charakter der Stadt Hamm ist die Neugliederung von 1975, bei der die Zechenstädte Heessen und Bockum-Hövel und industrielle Orte wie Herringen und Pelkum mit ausgesprochen ländlichen Gemeinden und dem Kerngebiet zu einer neuen Großstadt zusammengeschlossen wurden. Allerdings sind hier nicht nur Ortschaften, sondern auch unterschiedliche Lebensbereiche zusammengefügt worden, die sich sicherlich nicht im Gegensatz von Alt-Hamm und Neu-Hamm erschöpfen, wie ja überhaupt eine solche innerstädtische »Geopolitik« höchst problematisch wäre. Es gibt wenig moderne Städte, denen noch so viele gestalterische Möglichkeiten offenstehen wie dem heutigen Hamm mit seinen vielen kleinen Zentren an der Peripherie. Schließlich fließt auch noch die Lippe durch Hamm wie zu Murmellius Zeiten 1507. Anstelle von Murmellius besingt nun Reinhard Mey in seinem Lied »Hauptbahnhof Hamm« die miternächtliche Begegnung mit Gastarbeitern, die in ihre Heimatländer zurückkehren:

»Am Abend, wenn der Wartesaal
im Hauptbahnhof zur Piazza wird,
wenn sich der Süden jedesmal
bis in den Norden verirrt...

Die Stadtlandschaft Hamm übt, zumindest auf den Außenstehenden, einen eigenartigen Reiz aus. Was nötig ist zum Ausbau einer solchen Stadt ist neben dem Geld vor allem schöpferische und gestalterische Phantasie.

⁴¹ Vgl. D. Bell, Die nachindustrielle Gesellschaft, Hamburg 1979.

Ich möchte zum Schluß mit einer kurzen Bemerkung den Bogen zu den Anfängen Hamms im Mittelalter schließen: Als damals, wie erwähnt, Hamm-Mitte eine eigene Pfarrei erhielt und nicht mehr von der Pfarrei St. Pankratius im benachbarten Mark betreut wurde, sah der Erzbischof von Köln ein, daß es bei dieser ersten Neugliederung in der Hammer Stadtgeschichte eines Trostpflasters bedürfe. Er verfügte: »Verumne in perpetuum processe temporis transeat in oblivionem quod haec Ecclesia Hamme ab eadem Ecclesia de Marcka hactenus dependebat...« – Damit nicht in dem weiteren Verlauf der Geschichte vergessen werde, daß die Kirche in Hamm von der Kirche in Mark abstamme, ordne er an, daß jährlich zum Weihnachtsfest der Pfarrer von Hamm der Mutterkirche in Mark zwei vierpfündige Kerzen aus gutem Wachs schenke. Sie sollen auf dem Altar der Kirche in Mark entzündet werden und während der gesamten Hauptmesse brennen. Niemand dürfe sie entfernen...⁴² Dieser Brauch geriet anscheinend doch in Vergessenheit. Aber dieses Zitat aus dem Jahre 1337 ist aktuell genug, um heute bei der Eröffnung einer Ausstellung »Hamm im Wandel der Zeit« daran zu erinnern.

⁴² Wörtlich: »In signum aliqualis subjectionis huius et debiti honoris exhibendi ordinamus et inviolabiliter statuimus, ut Curatus sive Pastor Ecclesiae in Hamme quolibet anno in die Nativitatis Domini duos cercos quilibet de quatuor libris, ponderis coloniensis (nach Kölner Gewicht), bonae cerae per suum nuncium super altare majus praedictae Ecclesiae parochialis de Marcka faciat praesentari, qui in die Nativitatis Domini et postea festivis diebus subsequentibus in ipso altari durante Majore Missa accendantur et ardeant usque ad eorum consumtionem, ab eodem altari nullatenus amovendi.« Steinen (s. A 7), S. 661f. Das Zitat aus der Verfügung des Kölner Erzbischofs mag als ein mittelalterlicher Beitrag verstanden werden, dem zu Anfang dieses Beitrags von Mitscherlich beklagten Traditionsverlust der Städte entgegen zu wirken. Tradition besteht auch in Symbolen, und kann oft nur noch darin bestehen: Denn das Leben einer Stadt geht ja weiter.

Harald Pohl

Weimarer Reichsverfassung und kommunale Ebene – der Ansatz von Hugo Preuss als Bestandsgarantie der gemeindlichen Selbstverwaltung?

Eine Analyse der kommunalen Selbstverwaltung mit ihren Möglichkeiten und Grenzen während der Weimarer Epoche beginnt mit der revolutionären Übergangsperiode.¹ In diesem Zeitraum fielen juristische und politische Entscheidungen, die die Grundtendenzen des neuen Staates fixierten und auch die Richtung einer zukünftigen Wirtschafts- und Finanzpolitik der am politischen und wirtschaftlichen Prozeß beteiligten unteren Verwaltungsebenen wiesen. Als am 9./10. November 1918 Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin die Macht übernahmen und die von ihnen bestätigten Volksbeauftragten die verantwortliche Führung der Reichsgeschäfte leiteten, war die Bismarcksche Verfassung von 1870 aufgehoben.

Die diesem Ereignis vorgelagerten Entscheidungen über die Einführung des parlamentarischen Systems in Deutschland² legten allerdings den Grundstein für die weiteren verfassungsgebenden Entwicklungen, denn künftig sollte das Reich nicht mehr von »... verbündeten Fürsten mit verbündeten Bürokratien ...«³ regiert werden, sondern von einer Koalition der Mehrheitsparteien im Reichstag und der von ihr bestellten Reichsregierung. Mit der Postulierung einer parlamentarischen Demokratie bedurfte freilich auch das klassische freiheitliche Gedankengut der Selbstverwaltung einer neuen rechtlichen Begründung sowie neugefaßter politischer und ökonomischer Garantien.⁴ Welchen Stellenwert die kommunale Selbstverwaltung im politischen, sozialen und ökonomischen Geschehen im Kaiserreich und in den Anfängen der Weimarer Republik bereits besaß, wird aus der Tatsache ersichtlich, daß die Gemeinden nicht nur Träger umfangreicher sozialökonomi-

scher Aufgaben waren,⁵ sondern auch maßgeblich die Versorgung und soziale Sicherung in den Kriegsjahren gewährleisteten und die politische Sicherungsrolle im Zwischenspiel der Rätebewegung übernahmen.⁶ Gerade im schwierigen Prozeß einer Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft, in der Zeit der Räteunruhen und Demobilisierungsmaßnahmen, mußte den Gemeinden eine Schlüsselfunktion zufallen. Mit dem Übergang zur parlamentarischen Demokratie beruhten Staat und Gemeinde nunmehr auf demselben Verfassungsprinzip. Die bisherige Antithese zwischen Obrigkeit und Gesellschaft hatte ihren Sinn verloren, da sich das Selbstverantwortlichkeitsprinzip nun auch auf den Staat bezog. Der örtlich fixierte »Gemeinsinn« des Bürgers mußte für eine Mitarbeit an Aufbau, Struktur und Zielsetzung des gesamten Staates gewonnen werden.⁷ Sollten die Kommunen nun zu einem Faktor funktioneller Integration in politischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht für das gesamte Staatswesen werden, so mußte dieses Aufgabenbündel in gesetzlichen Rahmenbedingungen und grundgesetzlichen Normen neu zum Ausdruck kommen.⁸

Gemäß dieses Leitgedankens hätten verfassungsrechtliche Normierungen des Begriffs und Arten der Selbstverwaltung, der Selbstverwaltungs- und Auftragsangelegenheiten, der Autonomie- und Staatsaufsichtsfragen sowie des Rechtsschutzes der Gemeinden gegen staatliche Eingriffe erfolgen müssen, um den Kommunen einen gesicherten Spielraum ihrer kommunalen Aufgaben zu gewährleisten.⁹ Darüber hinaus waren Aspekte der Politik und Aufgabenverflechtung, der Beziehung Steuerstaat und Kommune sowie Interventionsstaat und Gemeinde zu beachten, denn mit der Einbeziehung der kommunalen Selbstverwaltung in den rechtlichen und wirtschaftlichen Staatsaufbau und -ablauf waren die Gemeinden

¹ Hierzu A. Rosenberg, Die Entstehung der Deutschen Republik, Berlin 1930; E. Kolb (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972; F. Schade, Kurt Eisner und die bayerische Sozialdemokratie, Hannover 1961; K. L. Ay, Die Entstehung einer Revolution, Berlin 1968.

² Verfassungsändernde Gesetze vom 28. 10. 1918, in Preußen bereits am 24. 10. 1918 Billigung des allgemeinen Wahlrechts, in Bayern am 7./8. November durch Eisner.

³ O. Kirchheimer, Politik und Verfassung, Frankfurt/Main 1964, S. 9.

⁴ Vgl. G. Upmeyer, Kommunalpolitische Normen, Das neue politische Verständnis der kommunalen Selbstverwaltung, in: K. H. Hansmeyer (Hrsg.), Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1973, S. 19; R. Rürup, Entstehung und Grundlagen der Weimarer Verfassung, in: E. Kolb (Hrsg.) (s. A 1), S. 222 ff.; H. Preuss, Staat, Recht und Freiheit, Tübingen 1926, S. 109 ff. und 368 ff.; S. Grassmann, Hugo Preuss und die deutsche Selbstverwaltung, Lübeck 1965, S. 94 ff.

⁵ Wohnungs- und Siedlungswesen, infrastrukturelle Maßnahmen, Erwerbslosenfürsorge und Notstandsarbeiten, Gesundheitspolitik und dergleichen mehr.

⁶ Vgl. G. Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, Bd. I, Berlin 1963, S. 65 ff.; W. Steitz, Kommunale Wirtschaftspolitik im zweiten deutschen Kaiserreich. Das Fallbeispiel Frankfurt am Main, in: F. Bläich (Hrsg.), Die Rolle des Staates für die wirtschaftliche Entwicklung, Berlin 1982, S. 167 ff.; W. Hofmann, Zwischen Rathaus und Reichskanzlei, Stuttgart 1974, S. 26 ff.; L. Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949, S. 34 ff.

⁷ Vgl. H. Herzfeld, Demokratie und Selbstverwaltung in der Weimarer Epoche, Stuttgart 1957, S. 9 ff.; H. Preuss, Um die Reichsverfassung von Weimar, Berlin 1924, S. 17 ff.; W. Hofmann (s. A 6), S. 57 ff.; L. Wittmayer, Die Weimarer Reichsverfassung, Tübingen 1922, S. 73 ff.

⁸ Vgl. E. Forsthoff, Die öffentliche Körperschaft im Bundesstaat, Tübingen 1931, S. 110; H. Preuss, Staat, Recht und Freiheit (s. A 4), S. 73 ff.; R. Frey, Kommunale Selbstverwaltung im Verfassungsstaat, in: ders. (Hrsg.), Kommunale Demokratie, Bonn – Bad Godesberg 1976, S. 9 ff.; H. Naßmacher / K. H. Naßmacher, Kommunalpolitik in der Bundesrepublik, Opladen 1979, S. 7 ff.

⁹ Vgl. E. Becker, Die Selbstverwaltung als verfassungsrechtliche Grundlage der kommunalen Ordnung in Bund und Ländern, in: H. Peters (Hrsg.), Handb. der kommunalen Wiss. u. Praxis, Bd. I, Berlin 1956, S. 113 ff.; O. Schneider, Möglichkeiten und Grenzen der kommunalen Wirtschaftspolitik, Diss. Hohenheim 1975, S. 32 ff.; H. Naßmacher / K. H. Naßmacher S. 11 f.; B. Tillmann, Politikverflechtung zwischen Zentralinstanz und lokaler Ebene, in: R. Frey (Hrsg.) (s. A 8), S. 66 ff.

kein eigenständiges Subsystem mehr, sondern in ihrer Entwicklung abhängig von der gesamtwirtschaftlichen Lage und vom Verhältnis lokaler zu zentralstaatlichen Ebenen.¹⁰

Wurde die Weimarer Verfassung diesen Ansprüchen und Forderungen gerecht? Es empfiehlt sich dabei, von der Entstehungssituation der Verfassungswerke auszugehen. Die Atmosphäre der Nachkriegsmonate mit ihrer umsturzgeprägten innenpolitischen Labilität und extremen außenpolitischen Zwangslage ist zu berücksichtigen, ebenso muß das theoretische Verständnis der kommunalen Selbstverwaltung in der zeitgenössischen Jurisprudenz und Nationalökonomie beachtet werden. Von der »... Entwicklung einer Kommunalwissenschaft in dem Sinne einer bewußt auf die Einheit aller erforderlichen Wissens-elemente hinsteuern den literarischen Richtung kann nicht die Rede sein.«¹¹ Dieses Urteil Jastrows entsprach dem damaligen theoretischen Verständnis der Kommunalwissenschaft, noch schärfer formulierte es Preuss: »... die schönste Einmütigkeit und die schlimmste Meinungsverworrenheit zugleich bestehen in unserer Literatur über die Selbstverwaltung. Daß sie nützlich, notwendig, unentbehrlich sei, darüber ist alles einig; aber was eigentlich Selbstverwaltung ist, worauf ihr Wesen beruht, darüber ist alles uneinig.«¹²

Diese Aussagen geben das zeitgenössische Verständnis der kommunalen Selbstverwaltung wieder. Da keine »Theorie der Kommunalwissenschaft« bestand, war ein Rückgriff auf Rechts- und Staatswissenschaften, Bau- und Ingenieurwissenschaften, die Theorien der Gesundheitspflege und Sozialpolitik vonnöten.¹³ Dabei lag der Schwerpunkt der literarischen Entwicklung in der Rechtswissenschaft, die aber vorwiegend verwaltungsrechtliche Aspekte behandelte. Auch die anderen Wissenschaftsbereiche steuerten nur Teilaspekte der theoretischen Erkenntnisse bei. Besonders gravierend wirkte sich die Nichtbeachtung der kommunalen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der damaligen Nationalökonomie aus; es gab »... weder eine Zeitschrift für städtische Finanzen, noch ein Buch, das die Ressorts der Kommunalverwaltung vom Standpunkte der Finanzen aus behandelt ...«¹⁴ hätte.

Trotz des Defizits an theoretischer Untermauerung der Selbstverwaltung hätte der Stellenwert der kommunalen Angelegenheiten neu formuliert werden können, da mit Hugo Preuss der profilierteste Theoretiker der zeitgenössischen »Kommunalwissenschaftler« beauftragt wurde, die Grundlagen der Verfassung des Reiches neu zu gestalten. Preuss

richtete sich nach den Rechtssystemen von Gneist, Laband und Otto v. Gierke. Das institutionelle Problem des neuen Verwaltungsaufbaus suchte Preuss auf der Grundlage der Selbstverwaltung zu lösen, die ihm als liberale Tradition von seinen eigenen Studien her wie aus persönlicher kommunalpolitischer Erfahrung im besonderen Maße vertraut war. Seine Schriften und Äußerungen in der Vorkriegs- und während der Kriegszeit zielten auf eine Verknüpfung von Selbstverwaltung und parlamentarischer Verfassung.¹⁵ Obwohl die Preuss'schen Ansätze über die Selbstverwaltung in der damaligen Literatur und auch in neueren Arbeiten einen hohen Stellenwert einnehmen,¹⁶ kann von einer theoretischen Einarbeitung der kommunalen Selbstverwaltungskörper in die Politik- und Aufgabenverflechtungen des »Staates zu den Kommunen« nur in Ansätzen gesprochen werden, während die Verbindungen »Steuerstaat und Kommune« und »Interventionsstaat und Gemeinde« fast unbeachtet blieben. Seine Konzepte der kommunalen Selbstverwaltung sind überwiegend »... zu idealistische Erörterungen ...«¹⁷ oder Ausführungen, die abgesehen von der Einführung des freien und gleichen Wahlrechts »... die Selbstverwaltung lediglich im gegebenen Stande ...«¹⁸ erhalten sollten. Seine Theorie, daß sich der Staat von unten nach oben aufbaut, die Gemeinden als kleinste Gebietskörperschaften Glieder größerer Körperschaften sind, all diese Gebietskörperschaften der verschiedenen Größenordnung (Gemeinde, Kreis, Stadt, Provinz, Staat, Reich) wesensgleich mit gleichen Rechten, Pflichten und Funktionen sind, hätte ohne eine exakte Kompetenzaufgliederung der »Rechte, Pflichten und Funktionen« der Körperschaften zu einem heillosen Kompetenzgerangel geführt. Trotz seiner Versuche der Kompetenzabgrenzung gesteht Preuss selber ein, daß »... eine endgültige Teilung nie zu erreichen sein wird.«¹⁹ Da seine Funktionsabgrenzungen des eigenen und übertragenen Wirkungsbereiches, der Gemeindeverwaltung, des Munizipalsozialismus etc. nur größtenteils Leitlinien waren, wird seine Theorie zur Fiktion, denn gerade die unteren Gebietskörperschaften wären von den höher aggregierten Verwaltungsebenen als reine Ausführungsorgane abgewertet worden, wobei von Selbst-

¹⁰ Hierzu R.-R. *Grauhan*, Lokale Politikforschung, 2 Bde., Frankfurt/Main 1975; J. J. *Hesse* (Hrsg.), Politikverflechtung im föderativen Staat. Studien zum Planungs- und Finanzierungsverbund zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, Baden-Baden 1978; H.-D. *Feser*, Kommunale Sozialpolitik. Zwischen staatlicher Regulierung und lokaler Bedürfnisbefriedigung, Habilitationsschrift Regensburg 1983, S. 131 ff.

¹¹ I. *Jastrow*, Kommunalwissenschaft, in: J. *Brix* (Hrsg.) u. a., Handwörterbuch der Kommunalwissenschaft, Bd. 3, Jena 1924, S. 116.

¹² H. *Preuss*, Die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland, in: G. *Anschtz* / M. *Lenz* (Hrsg.), Handbuch der Politik, Bd. 1, Berlin 1920, S. 216.

¹³ Vgl. I. *Jastrow*, in: J. *Brix* (Hrsg.) u. a. (s. A 11), S. 116 ff.

¹⁴ Vgl. ebda., S. 119.

¹⁵ Hierzu insbesondere: H. *Herzfeld* (s. A 7), S. 14 ff.; die Aufsatzsammlung von Preuss, in: H. *Preuss*, Staat, Recht und Freiheit (s. A 4); H. *Brunow*, Staat und Selbstverwaltung im Zusammenhang mit den neuen verfassungsrechtlichen Grundlagen, Diss. Würzburg 1920; H. J. *Bärtling*, Reichsverfassung und kommunale Selbstverwaltung, Diss. Göttingen 1931.

¹⁶ G. *Schulz* bezeichnet Preuss als den »Vater« der liberaldemokratischen Staatsform und der Gliederungsproblematik des Verfassungswerkes von Weimar, vgl. G. *Schulz* (s. A 6), S. 12 ff.; ähnliche Aussagen machen S. *Grassmann* (s. A 4); H. *Herzfeld* / O. *Meißner*, Das neue Staatsrecht des Reichs und seine Länder, Berlin 1921.

¹⁷ G. *Schulz* (s. A 6), S. 127; ähnlich L. *Wittmayer* (s. A 7), S. 74 ff.; auch S. *Grassmann*, (s. A 4), S. 110, der die Frage aufwirft, ob die kommunalen Organisationsformen sich auf Dauer wirklich gleichwertig neben der Zentralinstanz hätten behaupten können.

¹⁸ G. *Upmeyer*, in: K. H. *Hansmeyer* (Hrsg.) (s. A 4), S. 22.

¹⁹ S. *Grassmann* (s. A 4), S. 51.

verwaltung keine Rede mehr gewesen wäre.²⁰ Preuss selber schien diesen Sachverhalt zwar nicht bewußt erkannt, aber gehaut zu haben, was durch Hinweise in seinen späteren Schriften belegt werden kann.²¹

Bereits aus seinem ersten Entwurf der Weimarer Reichsverfassung ist schwerlich ein neues »Verständnis« der kommunalen Selbstverwaltung herauszulesen. Insbesondere § 12 sollte die Fragen der kommunalen Angelegenheiten regeln: Jeder deutsche Freistaat muß eine Landesverfassung haben, die auf folgenden Grundsätzen beruht: 1. Es muß eine Volksvertretung vorhanden sein, die in allgemeiner, unmittelbarer, gleicher und geheimer Wahl unter Beteiligung der Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt wird. 2. Die Landesregierung muß dieser Volksvertretung verantwortlich und von ihrem Vertrauen abhängig sein. 3. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden steht die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten zu. Ihre Vorstände werden entweder unmittelbar nach den Grundsätzen unter Ziffer 1 oder durch eine aus solchen Wahlen hervorgegangene Vertretung gewählt. Die Aufsicht des Staates beschränkt sich auf die Gesetzmäßigkeit und Lauterkeit der Verwaltung und die Grundlagen der Finanzgebarung. 4. Die Volksvertretung sowie die Vertretungskörperschaften in den Gemeinden und Gemeindeverbänden haben das Recht und auf Verlangen von einem Fünftel ihrer Mitglieder die Pflicht, Ausschüsse zur öffentlichen Untersuchung von Tatsachen einzusetzen, wenn die Gesetzmäßigkeit oder Lauterkeit von Regierungs- oder Verwaltungsmaßnahmen angezweifelt wird. 5. Die Ortspolizei ist grundsätzlich Sache der Gemeinden oder Gemeindeverbände. 6. Jedes bewohnte Grundstück muß einer Gemeinde angehören.²²

Diese juristische Regelung bewegt sich weiterhin unverbindlich im Grundsätzlichen, aus ihr ist nicht mehr als »... eine dementsprechende Bestandsgarantie...«²³ der kommunalen Selbstverwaltung zu erkennen. Allerdings muß man bei den Verfassungsberatungen die verworrene außen- und innenpolitische Zwangslage berücksichtigen, darüberhinaus den einsetzenden Druck der Länderregierungen in Betracht ziehen, die um ihre Autonomie bangten und sich nicht zu hochpotenzierten Selbstverwaltungskörpern degradieren lassen

²⁰ Vgl. A. Kraus, *Zentrale und dezentrale Tendenzen im Föderalismus*, Göttingen 1983, S. 15 ff.; J. Henker / K. H. Werner, *Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung in West-Deutschland*, Berlin (Ost) 1967, S. 55 f.; J. Vetter, *Die Bundesstaatlichkeit in der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs der Weimarer Republik*, Baden-Baden 1979, S. 80 ff.

²¹ Hierzu H. Preuss, *Um die Reichsverfassung* (s. A 7); ders., *Staat, Recht und Freiheit* (s. A 4); S. Grassmann (s. A 4); G. Gillessen, *Hugo Preuss, Studien zur Ideen- und Verfassungsgeschichte der Weimarer Republik*, Diss. Freiburg 1955.

²² Abgedruckt bei H. Triepel, *Quellensammlung zum deutschen Reichsstaatsrecht*, 4. Aufl., Tübingen 1926, S. 7 u. 11.

²³ J. Wysocki, *Kommunalpolitische Fakten. Der neue gesetzliche Rahmen des kommunalen Handelns*, in: K. H. Hansmeyer (Hrsg.) (s. A 4), S. 24; ähnlich o. Vorn. Jentsch, *Der Ausbau der öffentlichen Selbstverwaltung*, *Zeitschr. f. Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik* 10 (1920), S. 353 ff.; R. Koch, *Staatsverwaltung und Kommunalverwaltung beim Wiederaufbau*, ebda., 9 (1919), S. 484.

wollten. Somit wird es verständlich, daß die Weimarer Reichsverfassung aus der Notwendigkeit entstand, ein drohendes Chaos zu überwinden und in Eile einen Grundriß für das staatliche Leben sowohl auf der Ebene des Reiches, der Länder, als auch der Gemeinden abzustecken. Somit wurden bestimmte Bereiche des staatlichen Lebens für eine künftige Regelung offengelassen, der in allen zitierten Verfassungsbestimmungen über die kommunale Selbstverwaltung festgelegte Gesetzesvorbehalt bot dazu die erforderliche Handhabe.²⁴ Dafür daß das Reich sich bei der Frage der kommunalen Selbstverwaltung Zurückhaltung in besonderem Maße auferlegte, sorgte ein bereits erwähnter Faktor: die traditionelle, ungebrochene Kompetenz der einzelnen Länder für alle Fragen der kommunalen Selbstverwaltung; sie, vornehmlich Bayern, Baden, Preußen und Württemberg, verteidigten dieses Reservat auch gegen die Infiltrationsversuche der Zentralgewalt. Sogar »... die Streichung des gesamten Paragraphen hing an einem seidenen Faden und wurde nur von einer geringen Mehrheit verhindert«.²⁵

Ebenso bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Länder hierbei Unterstützung von seiten der kommunalen Spitzenverbände und der Mehrzahl der Bürgermeister erhielten.²⁶ Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, daß der Vorstand des Städtetages, der sich später vehement für die finanziellen Belange bei der Steuerreform in der Nationalversammlung einsetzte, die Beratungen der neuen Reichsverfassung zu keiner Einflußnahme nutzte.²⁷ Selbst informelle Kanäle, wie beispielsweise die enge Bekanntschaft von Oberbürgermeister Wermuth (Berlin) mit dem Reichsinnenminister Preuss, wurden nicht zu einer Beeinflussung der Verfassungsvorschläge und -beratungen genutzt.²⁸ Während Hofmann und Wysocki annehmen, daß die Verfassungsberatungen in ihrer Bedeutung für die Gemeinden noch nicht erkannt waren oder zu weit in der Sphäre »hoher Politik« lagen,²⁹ kann verglichen mit der Einflußnahme der kommunalen Spitzenverbände und vieler Bürgermeister bei den Landesverfassungen und einzelnen Gemeindeordnungen sowie bei späteren Reichsverfassungsnovellierungen von einer bewußten Abstinenz bei den Verfassungsberatungen im Jahre 1919 ausgegangen werden. Offensichtlich befürchteten die

²⁴ Vgl. K. Beyerle, *Die Verfassung des Deutschen Reiches*, München 1919; O. Bühler, *Die Reichsverfassung vom 11. August 1919*, 2. Aufl., Leipzig 1927; H. Nawiasky, *Die Grundgedanken der Reichsverfassung*, München 1920.

²⁵ G. Schulz (s. A 6), S. 167.

²⁶ Vgl. W. Hofmann (s. A 6), S. 68 ff.; ders., *Städtetag und Verfassungsordnung*, Stuttgart 1966, S. 27; W. Kampmann, *Die kommunalen Spitzenverbände und die Selbstverwaltung*, Diss. Köln 1932, S. 19 ff.

²⁷ Vgl. *Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung*, Bd. 326, Berlin 1920, S. 252; W. Hofmann (s. A 6), S. 27; O. Ziebill, *Geschichte des Deutschen Städtetages*, Stuttgart 1955, S. 346 ff.

²⁸ Vgl. W. Hofmann (s. A 6), S. 28.

²⁹ Vgl. J. Wysocki, in: K. H. Hansmeyer (Hrsg.) (s. A 4), S. 24 ff.; W. Hofmann (s. A 6), S. 28; ähnlich O. Ziebill (s. A 27), S. 346.

Vertreter der kommunalen Ebene bei den Auseinandersetzungen zwischen Reich und Ländern »zerrieben« bzw. von Bestimmungen der Reichsverfassung in ihren Selbstverwaltungsmaßnahmen und -rechten noch stärker als von den bestehenden gesetzlichen Regelungen eingeschränkt zu werden. Größere Durchsetzungschancen ihrer kommunalpolitischen Vorstellungen erhofften sich die Gemeindevertreter von den Neuformulierungen der Länderverfassungen und Gemeindeordnungen, was sich auch in der Folgezeit bewahrheitete.³⁰

Am 31. Juli wurde die Verfassung von der Nationalversammlung verabschiedet und am 11. August vom Reichspräsidenten unterzeichnet, in Kraft trat sie am 14. August. Die kommunale Selbstverwaltung fand Eingang in folgende Artikel:³¹ Unter den Gemeinschaftsgrundrechten der Verfassung hat auch der Grundsatz der Selbstverwaltung (Art. 127) Platz gefunden. Selbstverwaltung ist demnach die Wahrnehmung öffentlicher Funktionen durch öffentlich-rechtliche Körperschaften an Stelle des Staates; Selbstverwaltung ist dezentralisierte und übertragene Staatsgewalt in Verbindung mit vom Staate unabhängigen Funktionen des besonderen oder örtlichen Wirkungsbereiches. Die wichtigsten der im Staate bestehenden Selbstverwaltungskörper sind die Gemeinden; mehrere Gemeinden können durch körperschaftlichen Zusammenschluß einen Gemeindeverband bilden, der dann wieder ein Selbstverwaltungskörper ist. Art. 127 hebt ausdrücklich das Recht der Gemeinden und Gemeindeverbände zur Selbstverwaltung innerhalb der Schranken der Gesetze hervor. Diese Gesetze sind sowohl Reichs- wie Landesgesetze, insbesondere die letzteren.

Wichtig ist, daß die Verfassung in die Selbstverwaltung der Gemeinden noch in folgenden Bereichen eingreift, was für die kommende Entwicklung der Selbstverwaltung von umfangreicher Bedeutung sein sollte. Auch für die Gemeindewahlen gilt Art. 17, Abs. 2, der allgemeine, gleiche, unmittelbare, freie und geheime Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vorschreibt. Außerdem werden in den Artikeln, die von Bildung und Schule handeln, Art. 143, 146 und 148, in wiederkehrender Formel Reich, Länder und Gemeinden zusammen als die hier beteiligten Organe genannt. Auch erscheint die Kommune in Arbeitsgemeinschaft mit dem Staat bei Erfüllung der Aufgabe zum Schutze der Familie und der Jugend, Art. 119 und 122; Art. 156 erwähnt das Recht der Gemeinden auf Beteiligung an der Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmungen. Art. 133 hebt die Verpflichtung der Staatsbürger zur ehrenamtlichen Tätigkeit für die Gemeinde hervor. Andererseits erklärt die Verfassung zahlreiche öffentliche Aufgaben, die bisher viele Gemeinden in selbstverantwortlicher Regie übernommen hatten, zur Reichssache. Hierunter fallen insbesondere die Jugend-, Mutterschafts- und Säuglingsfürsorge, die Wohlfahrts-

³⁰ Insbesondere bayerische und sächsische Landesverfassung oder die „Verhinderung“ einer neuen Preussischen Gemeindeordnung.

³¹ Hierzu *F. Stier-Somlo*, Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, Bonn 1920; *O. Bühler* (s. A 24); *K. Beyerle* (s. A 24); *E. Forsthoff* (s. A 8); *H. Nawiasky* (s. A 24).

pflege, das Siedlungs- und Wohnungswesen sowie die gemeinwirtschaftliche Betätigung. Besonders hervorzuheben ist auch Art. 48. Dieser Notverordnungsparagraph beschränkt die gesetzliche Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung und eröffnet dem Reich einen direkten Zugriff in die Rechtssphäre der Selbstverwaltungs- und Auftragsangelegenheiten.

Eine entscheidende institutionelle Änderung hat die deutsche Kommunalverwaltung durch die Weimarer Verfassung nicht erfahren. Die kommunalen Aufgaben blieben, was sie bereits im Kaiserreich gewesen waren: vorwiegend sachbezogene Leistungen einer Gebietskörperschaft, die entweder vom Staat auferlegt oder von der Verwaltungsebene als Reaktion auf aufgetretene Bedürfnisse übernommen wurden. Allerdings wurden die Kommunen jetzt von den Reichs- und Landesgesetzen tangiert, bei der Aufstellung »... Reich und Länder ziemlich großzügig...«³² vorgingen und in viele ehemalige Selbstverwaltungsangelegenheiten eingriffen und zu Reichs- bzw. Ländersache machten.

³² *Ch. Engeli*, Städte und Staat in der Weimarer Republik. Hans Herzfeld zum Gedenken, in: *B. Kirchgässner / J. Schadt* (Hrsg.), Kommunale Selbstverwaltung – Idee und Wirklichkeit, Sigmaringen 1983, S. 167.

Dirk Schubert

Gottfried Feder und sein Beitrag zur Stadtplanungstheorie

Technokratische Richtwertplanung oder nationalsozialistische Stadtplanungsideologie?

Gottfried Feder der Parteiprogrammatiker und Politiker – Feders Entmachtung und Abschiebung an die TH Berlin – Neue Städte als Ausdruck neuer Weltanschauung – Stadtgliederung durch Siedlungszellen und Nachbarschaften – Feders Richtwerte und Planungspraxis

Wenn von Stadtplanungstheorie, -ideologie und -praxis aus der Zeit des Nationalsozialismus die Rede ist, wird als Autor immer wieder »positiv« gewürdigt: Gottfried Feder. Abstrahierend von Feders nationalsozialistischer Vergangenheit und Bedeutung sowie vom Entstehungs- und Begründungskontext seines vielzitierten Buches »Die Neue Stadt« gilt er in der Fachliteratur als ein für den Nationalsozialismus untypischer und unpolitischer Vertreter einer technokratischen Stadtplanungsrichtung, dessen Beitrag »zu Teilen über seine ideologische Position hinausreicht« und der damit als »Markstein in der städtebaulichen Literatur«¹ zu werten ist. Mit den vom »ideologischen Ballast« befreiten Richtwerten arbeitete nach 1940 und in der Nachkriegszeit eine ganze Generation von Planern, die sich nicht die Mühe machte (oder machen wollte), sich mit dem Kontext der Federschen Ideen und Vorstellungen auseinanderzusetzen.

Im folgenden Text soll einleitend auf Feders Biographie eingegangen, kurz seine politische Tätigkeit in den 20er Jahren dargestellt werden, seine Ausschaltung von der politischen Macht gewürdigt und schließlich breiter, die Entstehung und Entwicklung seiner Städtebau- und Stadtplanungsleitbilder und Ideen in den 30er Jahren und die anschließende Praxisrelevanz ausgewertet werden. Feders Biographie zerfällt dabei, wie auch sein Sohn, Dr. Hans Feder, in einem Gespräch mit dem Verfasser ausführte, in drei deutlich getrennte Lebensabschnitte,² von denen hier die ersten beiden nur zum Verständnis des Kontextes der späteren Entwicklung der stadtplanerischen Leitbilder kurz skizziert werden sollen.

¹ D. Frick, Zur Entwicklung von Forschung und Lehre auf dem Gebiet des Städtebaus und der Stadt- und Regionalplanung an der Technischen Universität Berlin, in: Wissenschaft und Gesellschaft, hg. R. Rürup, Bd. 2, Beiträge zur Geschichte der TU Berlin, Berlin 1979; G. Albers, Entwicklungslinien im Städtebau, Ideen, Thesen, Aussagen 1875–1945, Texte und Interpretationen, Düsseldorf 1975, S. 95.

² Gespräch des Verfassers mit Dr. Hans Feder in Murnau am 16. 3. 1985.

Gottfried Feder der Parteiprogrammatiker und Politiker

Feder (geb. 1883) studierte in Berlin, Zürich und München Bauingenieurwesen und war ab 1908 als selbständiger Ingenieur im Eisenbetonbau tätig.³ Als Unternehmer wagte Feder sich während des Krieges an das Projekt eines »Eisenbetonschiffes« heran, das 1918 vom Stapel lief. Die Erfindung hatte zwar keine Bedeutung mehr für die Kriegswirtschaft des 1. Weltkrieges, wurde aber während des 2. Weltkrieges von Hitler und Speer wieder reaktiviert.⁴ Feders Name ging damit in die Annalen der Schiffbautechnik ein, er selbst geriet aber an den Rand des Bankrotts.⁵

Diese »Enttäuschungen eines jungen Unternehmers«, Abhängigkeiten vom großen Kapital und ein fanatischer Haß gegen die »jüdischen Novembervbrecher« führten zur Befassung Feders mit gesellschafts- und finanzpolitischen Fragen.⁶ Im Umkreis elitär-völkisch-nationalistischer Kreise⁷ wie der »Thule-Gesellschaft«, einer Tarnorganisation des 1912 gegründeten Germanenordens, der Alldutschen und des Hammerbundes um Theodor Fritsch gründete Feder 1919 den »Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft« und verfaßte ein »Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes«. Feder kritisierte hier den »Mammonismus« als »schwere, alles erfassende und überwuchernde Krankheit, an der unsere heutige Kulturwelt, ja die ganze Menschheit, leidet... Die Hauptkraftquelle des Mammonismus ist der mühe- und endlose Güterzufluß, der durch den Zins geschaffen wird... Der Leihzinsgedanke ist die teuflische Erfindung des Großleihkapitals, sie ermöglicht allein das träge Drogenleben einer Minderzahl von Geldmächtigen auf Kosten der schaffenden Völker und ihrer Arbeitskraft, sie hat zu den tiefen, unüberbrückbaren Gegensätzen, zum Klassenhaß geführt, aus dem der Bürgerkrieg und Bruderkrieg geboren ist.«⁸

Der Zins erscheint bei Feder nicht als natürliches Attribut des kapitalistischen Wirtschaftssystems, sondern als unsittliche und überflüssige Begleiterscheinung. In Feders volkswirtschaftlich dilettantisch vorgetragener Polemik gegen den Zins schimmert eine Aversion gegen das Wucherkapital durch. Wucherzins galt als unmoralisch und Wuchern als antisoziale Handlung. Feder versuchte, mit pseudorevolutionärer Terminologie der

³ Das Deutsche Führerlexikon 1934/35, Berlin 1934, S. 120.

⁴ Während des Zweiten Weltkrieges griff Hitler die Federsche Idee ohne Bezugnahme auf Feder wieder auf. Vgl. W. A. Boelcke (Hrsg.), Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg – Hitlers Konferenzen mit A. Speer 1942–1945, Frankfurt/M. 1969, S. 38, 139 u. 166.

⁵ Vgl. K. H. Ludwig, Technik und Ingenieure im Dritten Reich, Königstein/Ts. 1979, S. 73.

⁶ Vgl. A. Tyrell, Gottfried Feder and the NSDAP, in: P. D. Stachura, The Shaping of the Nazi-State, London 1978, S. 49 ff.

⁷ Vgl. D. Stegmann, Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910–1918, ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XII 1972, S. 351 ff.

⁸ G. Feder, Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes. An Alle, Alle!, Diessen vor München 1920, S. 5.

marxistischen Arbeiterbewegung Konkurrenz zu machen. Er operierte mit Begriffen wie der »wahren Weltrevolution« und schloß sein Manifest von 1920 mit dem Aufruf: »Reicht mir die Hände, Werktätige aller Länder, vereinigt Euch.«⁹ Feder trat als Radikaler auf und gab vor, weiterzugehen als die Marxisten, die den Zins nicht angetastet hätten. Feder schlug die Verstaatlichung des gesamten Geld- und Kreditwesens und die Abschaffung der Steuern vor. »Ein einziges Heilmittel, das Radikalmittel zur Gesundung der leidenden Menschheit, ist die Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes... Deshalb ist die Befreiung von der Zinsknechtschaft des Geldes die klare Losung für die Weltrevolution, für die Befreiung der schaffenden Arbeit von den Fesseln der überstaatlichen Geldmächte.«¹⁰

Feders wirtschaftspolitische Vorstellungen, die heute eher phantastisch und unrealistisch anmuten, waren von maßgeblichem Einfluß auf die Nationalsozialisten und auf Adolf Hitler.¹¹ Hitler selbst schrieb in »Mein Kampf«: »Den Unterschied dieses reinen Kapitals als letztes Ergebnis der schaffenden Arbeit gegenüber einem Kapital, dessen Existenz und Wesen ausschließlich auf Spekulation beruhen, vermochte ich früher noch nicht mit der wünschenswerten Klarheit zu erkennen. Es fehlte mir hierzu die erste Anregung, die eben nicht an mich herankam. Dieses wurde nun auf das gründlichste besorgt von ... Gottfried Feder. Zum ersten Male in meinem Leben vernahm ich eine prinzipielle Auseinandersetzung mit dem internationalen Börsen- und Leihkapital. Nachdem ich den ersten Vortrag Feders gehört hatte, zuckte mir auch sofort der Gedanke durch den Kopf, nun den Weg zu einer der wesentlichen Voraussetzungen zur Gründung einer neuen Partei gefunden zu haben.«¹²

Feder war wie Hitler zunächst Mitglied der Deutschen Arbeiter-Partei (DAP), die 1920 in NSDAP umbenannt wurde und 1923 ca. 6000 Mitglieder hatte. Beim Marsch auf die Feldherrenhalle 1923, dem Münchener Putschversuch, marschierte Feder mit Ludendorff und Hitler in der ersten Reihe. Feder war als Finanzminister der provisorischen Hitler-Regierung in München vorgesehen.¹³ Nach dem Parteiverbot und der Wiedergründung der NSDAP 1925 erhielt Feder, ab 1924 Mitglied des Reichstags, die Mitgliedsnummer 11.¹⁴ Mit dem Wachstum der völkisch-nationalsozialistischen Bewegung wurde Feder zum Chef-Programmatiker der Partei. Er war Herausgeber der »Nationalsozialistischen Biblio-

⁹ ebda., S. 62.

¹⁰ ebda., S. 9; vgl. M. Riebe, Gottfried Feder spricht über Zinsknechtschaft, Publikationen zu wissenschaftlichen Filmen, Göttingen 1979.

¹¹ Vgl. etwa W. Krause, Wirtschaftstheorie unter dem Hakenkreuz, Berlin 1969, S. 17 ff.; E. Nolte, Der Nationalsozialismus, Frankfurt/M. / Berlin / Wien 1973, S. 56 ff.

¹² A. Hitler, Mein Kampf, München 1942, S. 229.

¹³ Zur Frühgeschichte der NSDAP vgl. W. Maser, Der Sturm auf die Republik, Frankfurt/M. / Berlin / Wien 1980, auch A. Bullock, Hitler, Eine Studie über Tyrannei, Düsseldorf 1967, S. 92.

¹⁴ Vgl. A. Tyrell (Hrsg.), Führer befiel, Selbstzeugnisse aus der »Kampfzeit« der NSDAP, Düsseldorf 1969.

thek«, deren Hefte »das amtliche Schrifttum der Partei bilden«, und Mitverfasser¹⁵ des NSDAP-Programms. Neben Feder gab nur noch Alfred Rosenberg eine offiziöse Programm-Exegese heraus.¹⁶ Die 25 Punkte, zuerst 1920 beschlossen und verkündet, bildeten ein chauvinistisches, völkisch-rassistisches Gemisch. Unter Feders Wortschöpfung »Zinsknechtschaft« wurde verstanden der »Zustand der Völker, die unter Geld- oder Zinsknechtschaft der alljüdischen Hochfinanz stehen«.¹⁷ Er unterschied zwischen »raffendem« (jüdischem) und »schaffendem« (deutschem) Kapital: »Der Arier erschafft, der Jude errafft sich die Welt.«¹⁸

Diese Unterscheidung geht auf den »Altmeister der antisemitischen Bewegung« und deutschen Gartenstadttheoretiker Theodor Fritsch zurück.¹⁹ Feder veröffentlichte 1920 in der von Fritsch herausgegebenen Zeitschrift »Hammer – Parteilose Zeitschrift für nationales Leben«, einen Aufsatz mit dem Titel »Die Irrlehre des Freigeldes«. Obwohl Feder sich hier von den Sozialisten der Münchener Räterepublik zu distanzieren versuchte, wird hier deutlich, daß er seine »Zins-Theorie« nicht nur aus völkisch-antisemitischem, sondern auch aus sozialistischem Gedankengut zusammengeklaut hatte. Feder bezieht sich offensichtlich auf den physiokratischen Freiland- und Freigeldtheoretiker Silvio Gesell, der zeitweilig Finanzminister der Münchener Räterepublik war.²⁰

Auf Feder gehen aber auch die »linken« und »antikapitalistischen« Forderungen des NSDAP-Parteiprogramms, wie der § 17, zurück: »Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Ent-eignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhin-derung jeder Bodenspekulation.«²¹ Die linken sozialistischen Forderungen, wie § 11 Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, § 12 Verstaatlichung und § 14

¹⁵ Auf den Streit um »den« oder »die« Verfasser des Programms kann hier nicht eingegangen werden. Immerhin wird Feder noch 1938 in der »offiziösen« Darstellung von H. Volz als Mitverfasser genannt. Vgl. H. Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin/Leipzig 1938. Über die Bedeutung Feders als Wirtschaftsprogrammatiker Hitlers gibt es eine (unveröffentlichte) Diplomarbeit von M. Riebe, Gottfried Feder Wirtschaftsprogrammatiker Hitlers, Nürnberg 1971.

¹⁶ Vgl. A. Rosenberg, Wesen, Grundsätze und Ziele der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-partei, München 1932.

¹⁷ G. Feder, Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken, München 1932, S. 31 (zuerst 1927).

¹⁸ G. Feder, Der Deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage. Neue Wege in Staat, Finanz und Wirtschaft, München 1933, S. 22 (zuerst 1927).

¹⁹ G. Feder, Die Juden, München 1933, S. 60; G. Feder (s. A 18), S. 21; vgl. auch D. Schubert, Theodor Fritsch und die völkische Version der Gartenstadt, in: Stadtbauwelt 73 (1982), S. 65 ff.

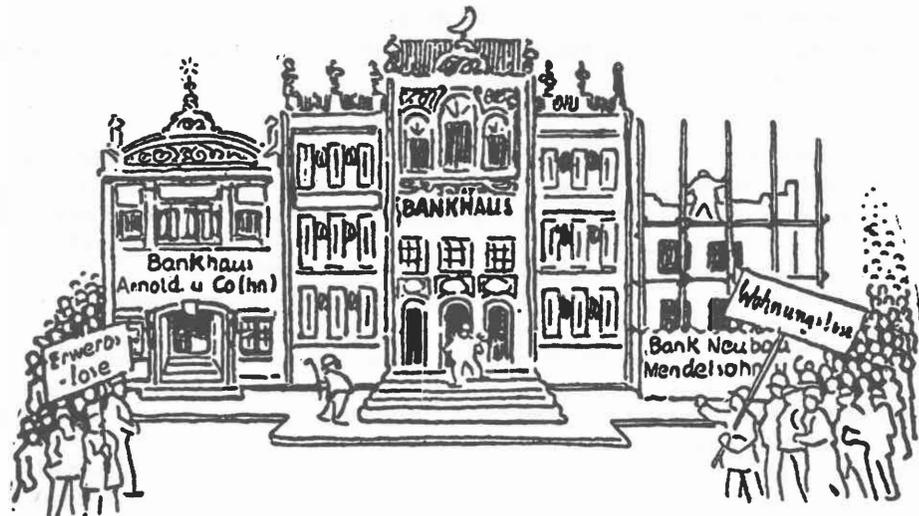
²⁰ Vgl. S. Gesell, Die neue Lehre vom Geld und Zins, Leipzig 1911; ders.: Die natürliche Wirtschafts-ordnung durch Freiland und Freigeld, Bern 1919 (zuerst 1911).

²¹ G. Feder (s. A 17), S. 20/21; Zur »Linken« der NSDAP, vgl. auch O. Strasser, Mein Kampf, Eine politische Autobiographie, Frankfurt/M. 1969; und R. Kühml, Die nationalsozialistische Linke 1925–1930, Meisenheim am Glan 1966.

Gewinnbeteiligung sowie der Bodenreformparagraphen zielten vor allem auf Wählergruppen in der Arbeiterschaft ab. Das Privateigentum wurde dabei allerdings nicht in Frage gestellt, wie Hitler selbst 1928 zu Programm-»Unklarheiten« erklärte. »Da die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus »unentgeltliche Enteignung« nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht, nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, oder wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulationsgesellschaften.«²²

Hitler selbst ließ vor der Machtübernahme an Feders Bedeutung als Chefideologe keinen Zweifel aufkommen und schrieb in dem Vorwort zu einem Buch Feders: »Jede große Idee braucht zwei Dinge, den Willen zur Macht und klare Ziele. Der Wille zur Macht, zur Befreiung, lebt glühend und stark in unseren Herzen, unsere Ziele hat Gottfried Feder in seinem Buche »Der Deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage« klar und einfach und jedermann verständlich dargestellt. Hoffnung und Sehnsucht von Millionen hat darin Form und kraftvollen Ausdruck gefunden. Das Schrifttum unserer Bewegung hat damit seinen Katechismus bekommen.«²³

Die Gegenwart unter der Herrschaft der Banken und Börsen.



In dieser Stadt gibt es 20 000 Wohnungslose und 20 000 Erwerbslose.

²² G. Feder (s. A 17), S. 5.

²³ G. Feder (s. A 18), Vorwort.

①

„Sie konnten zusammen nicht kommen“



Abb. 1–3 Feders Lösung der Wohnungsfrage unter dem Hakenkreuzbanner; G. Feder, Die Wohnungsnot und die soziale Bau und Wirtschaftsbank als Retterin aus Wohnungselend, Wirtschaftskrise und Erwerbslosenehend, München 1932, S. 35 ff.

②

Die Zukunft im Zeichen der Baubank unter dem Hakenkreuzbanner.



In dieser Stadt gibt es keine Wohnungslosen und nur vier Erwerbslose: Zwei alte deutsche Dichter und zwei alte deutsche Gelehrte, um die sich das deutsche Volk nicht gekümmert hat, die aber froh und zufrieden sind, daß es wenigstens den Volksgenossen gut geht.

③

Die skizzierten ideologischen und wirtschaftstheoretischen Vorstellungen bildeten auch den Kontext für Feders Analyse und Reformvorstellungen zur Wohnungsfrage. 1924 reichte die Reichstagsfraktion der NSDAP einen von Feder formulierten und vorgebrachten Antrag zur Errichtung sozialer Bau- und Wirtschaftsbanken ein. Feder machte für die Wohnungsnot pauschal die »Usurpatoren und Nutznießer des Novemberverbrechens von 1918« verantwortlich.²⁴ Aus Feders wirtschaftstheoretischen Vorstellungen ergab sich »folgerichtig« die Wohnungsfrage als Geld- und Finanzierungsfrage. »Die Bekämpfung und Beseitigung der Wohnungsnot ist eben weder eine technische oder Materialfrage – sie ist eine Frage der Geldbeschaffung.«²⁵ Feder sah bei seiner »lichtvollen Idee« die Schaffung einer »sozialen Bau- und Wirtschaftsbank« und die Vergabe zinsloser Darlehen und Baugelder vor.²⁶ »Die neugebauten Häuser bilden einen Gesamtdeckungsverband für die hingegebenen Kredite bzw. Bargeldausgaben. Jahr für Jahr fließen an Rückzahlungen viele Hunderte von Millionen in die Kassen der Bau- und Wirtschaftsbanken zurück, damit erhöht sich die Sicherheit von Jahr zu Jahr. Nach vollendeter Rückzahlung werden die eingetragenen Sicherheitshypotheken auf den neuen Häusern gelöscht. Die Wohnungsfrage ist damit gelöst. Auch theoretisch ist die Lösung nicht angreifbar.«²⁷ Feder brachte seinen Reichstagsvorschlag später als Broschüre in der Nationalsozialistischen Bibliothek heraus. Mit Einsetzen der Weltwirtschaftskrise gewannen Feders Vorschläge »der produktiven Kreditschöpfung«, heute »defecit spending«, im Rahmen der von der NSDAP vorgeschlagenen Arbeitsbeschaffungsprogramme an Bedeutung.²⁸ Feder bezog sich bei seinen antizyklischen Maßnahmen auf »Autoritäten« wie den Soziologen Spann, den englischen Ökonomen J. M. Keynes²⁹ und schlug vor, die Geldpresse in Gang zu setzen, »Federgeld«.

In zwei Publikationen des Feder-Biographen Hermann werden Feders Wirtschaftspolitik und seine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen weiter propagiert.³⁰ Feder ging es um eine neue organisch-ständische Wirtschaftsgliederung, wie er im Völkischen Beobachter vom 4. 12. 1933 schrieb: »Jeder Organismus empfängt seine Lenkung von einer Zentralstelle oder muß andernfalls zu Grunde gehen; insbesondere, wenn die einzelnen Zellen auseinander-

²⁴ G. Feder, Die Wohnungsnot und die soziale Bau- und Wirtschaftsbank als Retterin aus Wohnungselend, Wirtschaftskrise und Erwerbslosenelend, München 1932, S. 3.

²⁵ ebda., S. 10.

²⁶ Die Ausgabe der Gelder (»Federgeld«) hätte stark inflationsfördernde Wirkung gehabt.

²⁷ ebda., S. 40.

²⁸ »Die diversen Arbeitsbeschaffungsprogramme der Nationalsozialisten wurden in einem stärkeren Maße, als die historische Forschung bisher wahrhaben wollte, von Feder und Lawaczek beeinflusst.« K. H. Ludwig (s. A 5), S. 96.

²⁹ G. Feder, Kampf gegen die Hochfinanz, München 1934, S. 294.

³⁰ Vgl. A. R. Hermann, Verstaatlichung des Giralgeldes, Ein Beitrag zur Frage der Wirtschaftsreform nach den Grundsätzen Gottfried Feders, München 1932; A. R. Hermann / A. Ritsch, Die Wirtschaft im nationalsozialistischen Weltbild, Leipzig 1934 (dem Programmierer der NSDAP, Feder, gewidmet).

fallen und sich gegenseitig bekämpfen können. Die Konkurrenz der einzelnen Wirtschaftsbetriebe soll durchaus nicht ausgeschaltet werden, sie soll aber lediglich ein Wettfeiern in der organischen Erfüllung ihrer funktionellen Verpflichtungen sein, ohne zum Kampf gegeneinander führen zu dürfen.« Ab Sommer 1931 entwickelte eine Gruppe um Feder die Argumentation, daß die Überwindung der Wirtschaftskrise Aufgabe der Technik und damit des Ingenieurberufes sei.³¹ Bei der Riesenarbeit, die deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen, »muß die deutsche Technik an führender Stelle eingesetzt werden«. Weiter schrieb Feder in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift »Deutsche Technik«, »daß es keine Technik im politisch luftleeren Raum geben darf, sondern daß die deutsche Technik erd- und volksgebunden den höheren Zielen einer nationalen Wirtschaftsführung zu dienen hat ... Ingenieure und Architekten an die Front«.³²

Den Gründungsauftrag für den Kampfbund Deutscher Architekten und Ingenieure hatten 1931 Feder, Paul Schultze-Naumburg und F. Lawaczek unterzeichnet, der schon in Feders Bund zur Brechung der Zinsknechtschaft mitgearbeitet hatte. Der KDAI unterstand zunächst noch dem von Alfred Rosenberg 1928 gegründeten Kampfbund für deutsche Kultur (KfdK).³³ Schultze-Naumburg schrieb programmatisch in der Deutschen Technik über die »Aufgaben der Architektur im neuen Reich« 1933, daß »in einem Staat, der wie der nationalsozialistische sich unbedingt zum völkischen Wesen bekennt und in der Rasse den Träger des Volkstums erkannt hat, muß es als selbstverständliche Forderung gelten, daß auch die gestaltete Form sich völlig mit dem Wesen dieses Volkstums deckt«.³⁴ Der KDAI polemisierte gegen den »internationalen Stil«, gegen den »Kulturbolschewismus der 20er Jahre« und diente als Sammelbecken völkisch-nationalistischer bis hin zu antikapitalistischen Architekten- und Ingenieurkreisen. Dem KDAI »wurde als der einzigen von der NSDAP anerkannten Architekten- und Ingenieure-Organisation von höchster Stelle die verantwortungsvolle Aufgabe der nationalsozialistischen Erziehung und Schulung der deutschen Architekten und Ingenieure sowie der Führerauslese für die kommenden großen Staats- und Wirtschaftsaufgaben übertragen«.³⁵

Im April 1933 wurde Feder auch Präsident des Reichsbundes Deutscher Technik (RDT). Der neue Präsident, so schrieb der Völkische Beobachter vom 22. 4. 1933, »bietet die beste Gewähr dafür, daß die für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft überaus notwendige Deutsche Technik nunmehr restlos und bedingungslos dem Führer Adolf Hitler zur

³¹ Vgl. die von Feders Mitstreiter Lawaczek verfaßte Schrift Technik und Wirtschaft im Dritten Reich – Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, München 1932.

³² G. Feder, Geleitwort, in: Deutsche Technik, Sept. 1933, S. 1.

³³ Vgl. A. Teut, Architektur im Dritten Reich, 1933–1945, Frankfurt/M. / Wien 1967, S. 66ff.

³⁴ P. Schultze-Naumburg, Aufgaben der Architektur im neuen Reich, in: Deutsche Technik 11 (1933), S. 105.

³⁵ F. Schmidt, Der Kampfbund der Deutschen Architekten und Ingenieure (KDAI), in: Deutsche Technik, Mitteilungen des KDAI, Sept. 1933, S. 47.

Verfügung steht«. Feder strebte danach auch das Amt des Vorsitzenden des Vereins Deutscher Ingenieure an, doch Feder wurde nicht gewählt.³⁶

Feders Entmachtung und Abschiebung an die TH Berlin

Feder war daneben ab 1930 Mitglied der Reichsleitung der NSDAP, 1933 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium und ab 1934 Reichskommissar für das Siedlungswesen. Ihm waren damit alle Dienststellen unterstellt, »die mit dem Gesamtgebiet des Wohn- und Siedlungswesens befaßt sind«.³⁷ Feder war Herausgeber der nationalsozialistischen Zeitungen »Die Flamme«, »Deutsche Wochenschau« sowie der »Nationalsozialistischen Bibliothek«, der grundlegenden programmatischen Reihe der NSDAP, er wurde als Verfasser oder Mitverfasser des NSDAP-Programms genannt und von der Parteipresse »Programmatiker der Bewegung« titulierte. 1933 erschien eine Feder-Biographie: »Gottfried Feder – Der Mann und Sein Werk«.³⁸ Das »Federgeld« war in aller Munde, und »seriöse« Wirtschaftstheoretiker wie E. Wagemann und W. Sombart propagierten Feders Ideen.

Doch schon vor der Machtübernahme wurde der Einfluß des »Programmatikers« schrittweise reduziert. Der bürgerlich-pragmatische Flügel der NSDAP knüpfte zunehmende Kontakte zu Industriellen- und Finanzkreisen, die zur wichtigen Voraussetzung der Machtübernahme für Hitler wurden. Die von Feder und seinem Flügel propagierten »sozialistischen« Programmteile wie Gewinnbeteiligung, Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens (§ 11), Bodenreform (§ 17) und die Brechung der Zinsknechtschaft als »Herzstück des Nationalsozialismus«³⁹ mußten diesen Kreisen suspekt erscheinen. Hitler selbst diskreditierte die programmatische Grundforderung »Brechung der Zinsknechtschaft« später als »parteiamtlich gebilligte Phantasie«.⁴⁰ Feder dagegen erklärte noch 1934: »Ich persönlich halte, gerade als Programmatiker der NSDAP, an der Forderung nach Brechung der Zinsknechtschaft fest ... Seien Sie versichert, kein Jota wird preisgegeben oder ist preisgegeben worden von den grundsätzlichen Forderungen der NSDAP.«⁴¹

In verschiedenen Publikationen wurde das ehemals mit sozialistischen Elementen gespickte Programm, das auf kleinbürgerliche Wählergruppen und Teile der Arbeiter-

³⁶ Vgl. K. H. Ludwig (s. A 5) S. 113 ff.

³⁷ G. Feder, Das deutsche Siedlungswerk – Zwei programmatische Reden, in: Siedlung und Wirtschaft 5 (1934), S. 183 ff.

³⁸ A. Herrmann, Gottfried Feder, Der Mann und sein Werk, Leipzig 1933.

³⁹ Bei O. Strasser (s. A 21) wird Feder nicht zum linken Flügel gezählt. Aber Strasser schreibt: »Der geistige Kopf der Partei war Gottfried Feder, der auch das Parteiprogramm formuliert hatte.«

⁴⁰ Zit. nach J. Fest, Hitler, Eine Biographie, Bd. 2, S. 592.

⁴¹ G. Feder, Das deutsche Siedlungswerk, Vortrag auf der Reichswohnungskonferenz in München 1934, S. 14.

schaft abzielte, zunehmend verwässert.⁴² Die ideologischen Positionen des linken Flügels wurden nach der Machtübernahme zunehmend bedeutungslos, ihre Vertreter physisch z. T. noch nach dem Röhm-Putsch eliminiert, oder auf bedeutungslose Positionen abgeschoben. Feder selbst, der mit seinen Angehörigen während des Röhm-Putsches im Juni 1933, so sein Sohn,⁴³ Todesängste ausstand, war damals zufällig in Norwegen. Nach seiner Rückkehr hatten sich die Wogen wieder geglättet. Die kleinbürgerlichen Ziele und die damit verbundenen Massenorganisationen waren der Nazibewegung nur Mittel zum Zweck gewesen.⁴⁴ Mit der Ernennung H. Schachts, der auch Feders Entmachtung betrieb, zum Reichswirtschaftsminister und erneut zum Reichsbankpräsidenten, setzten sich zunehmend pragmatischere Positionen durch, und Feder wurde, so eine dürftige Notiz im Völkischen Beobachter vom 7. 12. 1934, in den vorläufigen Ruhestand versetzt.

Im November 1934 wurde Feder Professor, im Oktober 1936 planmäßiger Professor an der Fakultät Bauwesen der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg. Er übernahm damit indirekt die Nachfolge H. Jansens, und Hitler selbst befaßte sich noch mit dem Verbleib seines ehemaligen Programmatikers: »Es entspricht dem Wunsch des Führers, daß Feder ein planmäßiges Ordinariat erhält.«⁴⁵ Nach den Vorlesungsverzeichnissen der TU hat Feder erst ab WS 1935/36 Lehrveranstaltungen abgehalten. Die Themen der Lehrveranstaltungen kreisten um »Raumordnung, Siedlungs- und Städteplanung«, »Siedlung und Städtebau«, »Einführung in die bevölkerungspolitischen und soziologischen Grundlagen des deutschen Siedlungswerkes« und wurden zum Teil zusammen mit den Assistenten Fritz Rechenberg und Georg Meyer abgehalten.⁴⁶ Schon seit seiner Tätigkeit als Reichskommissar für das deutsche Siedlungswesen tangierten Feders Arbeiten vor allem Grundsätze und Richtwerte bei der Planung von »Neuen Städten« im Kontext umfassender Raumneuordnung und Raumplanung.⁴⁷ Die Fixierung der Stadtplanungsliteratur auf Feders Buch »Die neue Stadt« und die Richtwertermittlung verstellte allerdings den Blick auf weitere Publikationen Feders und hier tangierte Probleme, Leitbilder und zentrale ideologische Verstellungen.

⁴² Vgl. R. Kühnl (s. A 21), S. 207 ff.

⁴³ (s. A 2)

⁴⁴ Vgl. J. Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1978, S. 362.

⁴⁵ Akten aus dem Hochschularchiv der TU Berlin.

⁴⁶ Vorlesungsverzeichnisse, Hochschularchiv TU Berlin.

⁴⁷ Der konservativ-völkische Alfred Hugenberg, der mit seinem Presse-Imperium gegen die Weimarer Republik wettete, hatte schon 1935 ein Buch mit dem Titel »Die Neue Stadt – Gesichtspunkte, Organisationsformen und Gesetzesvorschläge für die Umgestaltung deutscher Großstädte« veröffentlicht. Hugenberg ging es vor allem um die »Gesundung« und Sanierung der Großstädte, zu der er im Gegensatz zu allen Nazi-Größen interessanterweise Hochhäuser vorschlug. Mit der Einführung des Stockwerkeigentums »ist das Hochhaus berufen, bei der Sanierung der Deutschen Großstädte, insbesondere Berlins, eine große Rolle zu spielen (S. 1).

Wie umstritten auch 1939 noch die Persönlichkeit Feder war, geht aus einem Aktenvermerk des Leiters der Reichsstelle für Raumordnung hervor. »Das Pressereferat (des Propagandaministeriums Goebbels, *Verf.*) stand nach Fühlungnahme mit der RAG (Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, *Verf.*) auf dem Standpunkt, daß es nicht zweckmäßig sei, die Arbeiten von Feder in der Tagespresse groß herauszustellen. Dadurch könnte in der Öffentlichkeit der unerwünschte Eindruck erreicht werden, als sei Feder maßgebend in Raumordnung und Raumforschung ... Das Propagandaministerium wünschte außerdem von sich aus aus politischen Gründen keine besondere Herausstellung Feders. Es wurde daher zwischen dem Pressereferat der RfR (Reichsstelle für Raumordnung, *Verf.*) mit dem Prop. Ministerium folgende Sprachregelung zur Berichterstattung vereinbart: Die Tagespresse darf über die Arbeiten Feders und sein neues Buch nichts berichten ... Der Fachpresse bleibt es unbenommen, sich mit dem neuen Buch zu beschäftigen.«⁴⁸

Neue Städte als Ausdruck neuer Weltanschauung

Ausgangspunkt der Federschen Stadtplanungsleitbilder ist die nationalsozialistische Ideologie. »Diese neuen Städte einer neuen Weltanschauung werden der sichtbarste und dauerndste Ausdruck eines neuen Gemeinschaftswillens sein ... Eine neue Wissenschaft einer neuen Stadtplanungskunst konnte und kann nur erwachsen auf dem Boden neuer weltanschaulicher Grundgedanken.«⁴⁹

Heinz Killus, dessen studentische Stadtplanungsentwürfe in dem Buch »Die Neue Stadt« abgebildet sind, schrieb unter dem Titel »Der Totalitätsgedanke im neuen Städtebau« 1940 in den »Monatsheften für Baukunst und Städtebau« faktisch eine Rezension des Buches von Feder: »Die Fruchtbarkeit und naturgesetzliche Notwendigkeit der nationalsozialistischen Revolution mit ihren gewaltigen Neuschöpfungen unterscheidet sie von allen anderen Revolutionen der letzten zwei Jahrhunderte. Alles hat einen neuen, natürlichen Sinn bekommen, angefangen vom Leben des einzelnen bis zum Leben der Gesamtheit. So auch die damit eng zusammenhängenden Lebens- und Geistesgebiete von Städtebau und Raumordnung, die ja letzten Endes Grundlagen der vollkommensten Ordnung völkischen Gemeinschaftslebens sind und somit in ihrer idealsten Verwirklichung zugleich die Verwirklichung des Parteiprogramms bedeuten ... Darum ist es nicht als Zufall zu betrachten, wenn einer der ältesten Wegbereiter dieser ewig jungen Revolution seine Lebensarbeit auf diese großen Fragen ausgerichtet hat: Gottfried Feder, Staatssekretär und Professor an der Technischen Hochschule Berlin, mit seinem Institut für Städtebau, Siedlungswesen und Raumordnung. Dieser seiner Werkstatt entstammt unter anderem auch das grundlegende Werk »Die Neue Stadt auf sozialer Grundlage«.⁵⁰

⁴⁸ Bundesarchiv Koblenz R 113 Rep. 325/1962.

⁴⁹ G. Feder, Die Neue Stadt, Berlin 1939, S. 1.

⁵⁰ H. Killus, Der Totalitätsgedanke im neuen Städtebau, Monatshefte für Baukunst und Städtebau 4 (1940).

Dabei machte Feder die Großstadtfeindschaft zum Fokus seiner Stadtplanungsleitbilder.⁵¹ Nach Feder sind die Großstädte der Tod der Nation, »denn die Großstädte fressen den Bevölkerungszuschuß vom Lande erbarmungslos auf und zerstören ihn«. Hier ist schon das nächste Element nationalsozialistischer Großstadtideologie enthalten: Großstadt als Ort des Marxismus. »Wir sehen, daß die Brutstätten des Marxismus und Bolschewismus nicht das Land und die Landstädte gewesen sind, sondern die Großstädte und vor allem deren Elendsquartiere.«⁵² Die »Brutstätten des Marxismus« gilt es, durch Auflockerung und Sanierung zu zerstören, die Siedlung im Federschen Sinne ist »das Allheilmittel gegen den biologischen Volkstod«. Aber: »Zur Ansiedlung taugt nicht jeder beliebige; man wird zu prüfen haben, ob die rassenhygienischen Voraussetzungen vorliegen, ob gute Erbmassen und Kinderreichtum bei den Voreltern festgestellt werden können; das Fehlen von Geisteskrankheiten und erblichen Belastungen ist ebenfalls Voraussetzung für die notwendigen rassenhygienischen Qualitäten der Siedlung.«⁵⁴

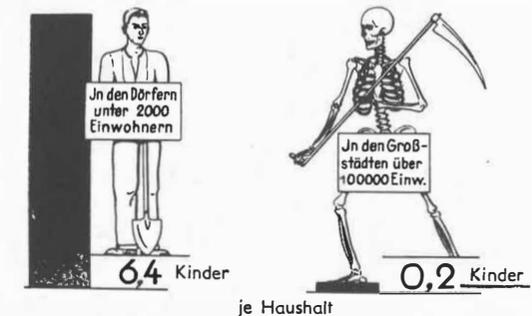


Abb. 4 Nach Feder bedeutet die Großstadt den »biologischen Volkstod«; G. Feder, Die Neue Stadt, Berlin 1939 (Abb. 19).

Auch die Bodenreformer um Damaschke sympathisieren nach 1933 mit Feders Ideen, hatten sie doch schon immer gegen die Großstädte und ihre Mietskasernen polemisiert und Gartensiedlungen wie Eden und Freidorf gefordert. Feders Vorstellungen werden in Organ Bodenreform 20 (1934) wie folgt zitiert: »Die vorstädtische Kleinsiedlung und die Kurzarbeitersiedlung sollen in dem Maße wie die bisher beschlossenen Arbeiten auslaufen und zugunsten des einheitlich geplanten Reichssiedlungswerkes allmählich liquidiert werden. Die Vorstadtsiedlung in Großstädten soll auch nur noch in dem Umfang weiter betrieben werden, wie die Sanierung der Altstädte erfolgt. Die Anlage neuer Städte mit einer Höchstgröße von etwa 10 000 Einwohnern soll überall dort erfolgen, wo den umgesiedelten Arbeitern dauernde Beschäftigungsmöglichkeiten gegeben werden können

⁵¹ Vgl. D. Schubert, Großstadtfeindschaft und Stadtplanung. Neue Anmerkungen zu einer alten Diskussion, in: Die Alte Stadt 1 (1986) S. 22–41.

⁵² G. Feder (s. A 37), S. 2.

⁵³ G. Feder (s. A 37), S. 184.

⁵⁴ G. Feder, ebda.

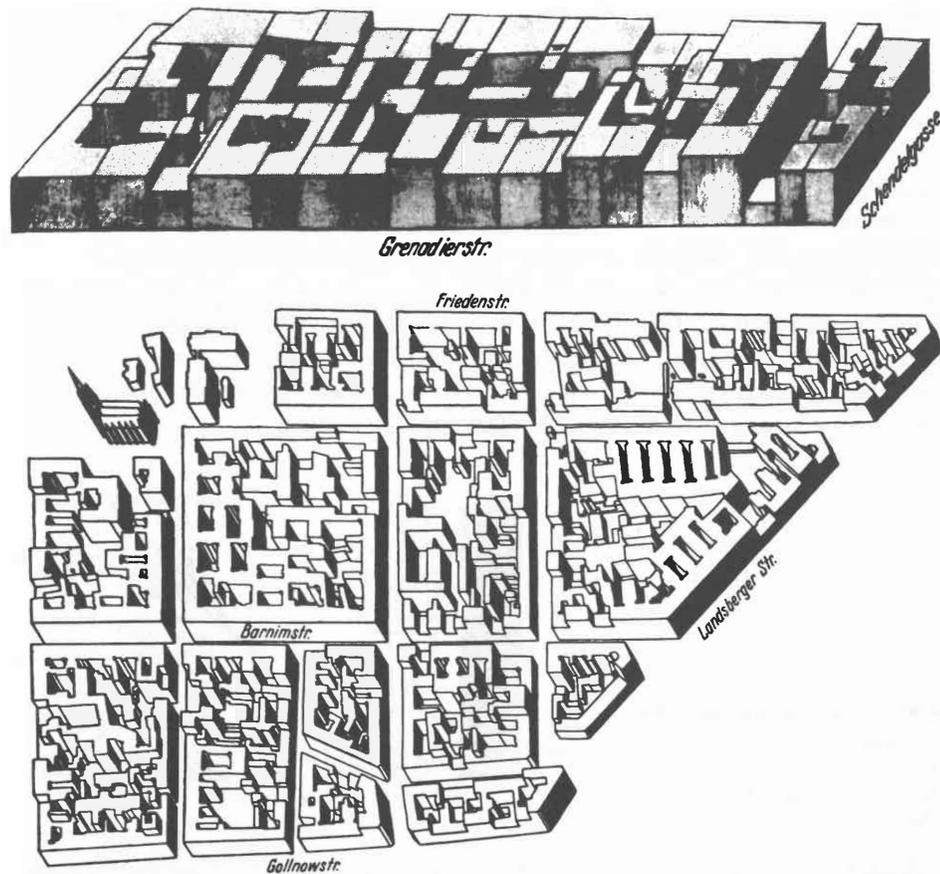


Abb. 5–6 Die »Brutstätten des Marxismus und Bolschewismus sind zu sanieren«; G. Feder, Arbeitsstätte – Wohnstätte, Berlin 1939, S. 8.

– sei es bei der Erschließung neuer Rohstoffgebiete, ... sei es beim Aufbau neuer Industrien, vor allem in der gefährdeten Ostmark. Im Laufe einer Generation können wohl etwa 1000 solcher Städte entstehen.« Es ging Feder um die »planmäßige Schaffung neuer Landstädtchen« mit »besonderen industriellen und gewerblichen Betrieben«, erklärte er 1934. »Die neuen Siedlungen würden Gartenstädte werden mit festem Siedlungskern und inniger Verbindung mit der umliegenden landwirtschaftlichen Bevölkerung.«⁵⁵ Für eine Auflockerung und Dezentralisierung sprach aber auch die äußerst hohe »Luftgefährdung

⁵⁵ G. Feder, Planmäßige Schaffung neuer Landstädtchen, in: Nationalsozialistische Gemeinde 12 (1934).

und Luftempfindlichkeit unserer derzeitigen Städte.«⁵⁶ Feder forderte ein Programm für eine grundlegende Neuordnung des deutschen Lebensraumes aus wehrpolitischen Gründen:

- » 1) Auflockerung der Städte,
- 2) Auflockerung der Konzentration unserer Industrie,
- 3) Tarnung und Verlagerung derselben und
- 4) grundsätzliche Bevorzugung des Einfamilien-Kleinwohnungs- und Siedlungshauses gegenüber der großstädtischen Wohnweise in vielstöckigen Miethausblöcken« ...

»So kommen Rasse- und Bevölkerungspolitik und die Erfordernisse des Luftschutzes zu ganz den gleichen Ergebnissen für den Städtebau der Zukunft.«⁵⁷

Feder bestimmte in seiner 1939 erschienenen Schrift »Die Neue Stadt – Versuch der Begründung einer neuen Stadtplanungskunst aus der sozialen Struktur der Bevölkerung« deduktiv auf empirisch-statistischem Wege optimale Stadtgrößen und stadtplanerische Richtwerte. Städte mit ca. 20 000 Einwohnern waren demnach als optimal anzusehen, denn »in der kleinen Stadt sind die Nachteile der Großstadt und des Dorfes vermieden.«⁵⁸ Feder wies in einem Interview in der Zeitschrift »Baugilde« darauf hin, daß 72 Städte untersucht, Adreßbücher ausgewertet und die gewerblichen Betriebszählungen des Gemeindetages geprüft wurden, um eine Riesenmaterialtabelle zu schaffen. Die ermittelten Richtwerte wurden dann noch daraufhin überprüft, ob das jeweilige »Gewerbe steigende oder fallende oder auch gleichbleibende Tendenz aufweist.«⁵⁹ Untersucht wurden dabei vor allem vier Fragen: was gehört alles in eine Stadt, wieviele dieser Einrichtungen sind erforderlich, wohin gehören diese Einrichtungen und wie groß müssen die entsprechenden Grundstücke sein. Feder selbst dürfte an der »Neuen Stadt« nur den kleinsten Anteil haben. C. Schneider weist darauf hin, daß Rechenberg mit seiner Dissertation »Die günstigste Stadtgröße« Vorarbeiten geleistet hatte.⁶⁰ Diese von H. Tessenow und J. Siedler betreute Dissertation war bereits 1934 vorgelegt worden und erschien 1936 gedruckt. Dagegen schreibt Feders zweiter Mitarbeiter W. Knoblich: »1935 übernahm ich nach Rücksprache mit dem Lehrstuhlinhaber die Durchführung einer grundsätzlichen Untersuchung der Struktur einer Stadt um 20 000 Einwohner. Nachdem ich 1935 bis 1937 die Vorarbeiten geleistet hatte, überließ ich auf Bitten von Herrn Prof. Feder meine Arbeit dem Lehrstuhl.«⁶¹

Um die Frage der optimalen Stadtgröße kreisten auch weitere von Feder initiierte und von Feder herausgegebene Arbeiten der »Schriftenreihe der Reichsarbeitsgemeinschaft für

⁵⁶ G. Feder, Städtebau und Luftschutz, in: Gasschutz und Luftschutz 1 (1939), S. 2.

⁵⁷ ebda.

⁵⁸ G. Feder (s. A 49), S. 25.

⁵⁹ Unterredung mit Staatssekretär Prof. Feder über »Die Neue Stadt«, in: Baugilde 2 (1939), S. 33.

⁶⁰ Ch. Schneider, Stadtgründung im Dritten Reich. Wolfsburg und Salzgitter, München 1979, S. 74.

⁶¹ W. Knoblich, Meine wissenschaftlichen Arbeiten, Kopie des Schreibens im Besitz des Verfassers, ähnlich äußerte sich W. Knoblich in einem Gespräch mit dem Verfasser.

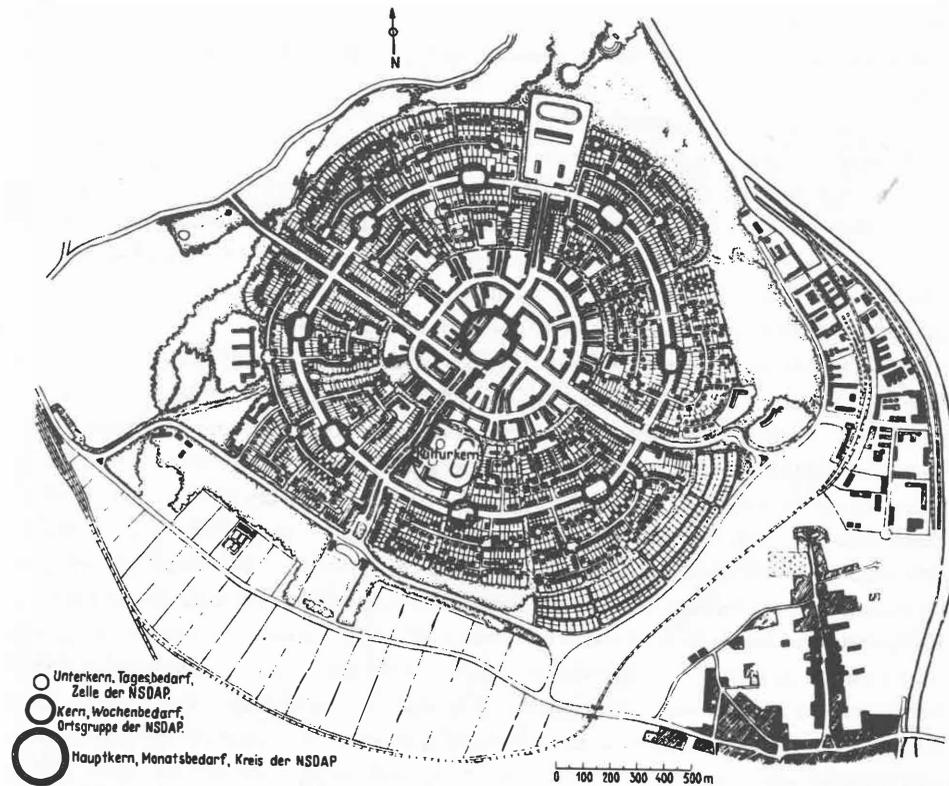


Abb. 7 Planung einer Stadt mit 20000 Einwohnern von Feders Schüler H. Killus; G. Feder, Die Neue Stadt, Berlin 1939 (Abb. 278).

Raumforschung an der Technischen Hochschule Berlin«. Beispielhaft werden hier von A. Striemer die Städte Peine (damals 18600 E) und Prenzlau (24800 E) untersucht. In beiden Monographien ging es um »die richtige Struktur und Größe« und »um Grundsätzliches beim Aufbau neuer Städte«. Striemer kritisierte die amerikanischen Kleinstädte, »die schachbrettartig aufgebaut sind ... Gerade von Deutschen habe ich drüben immer gehört, unsere Sehnsucht ist das romantische alte deutsche Dorf, ist die romantische alte deutsche Kleinstadt, dort möchten wir unseren Lebensabend verbringen, dort möchten wir sterben.«⁶² Striemer betonte in beiden Arbeiten die Vorzüge der Kleinstadt: »Die Kleinstadt hat den großen Vorzug der wirtschaftlichen und sozialen Übersehbarkeit, die in größeren

⁶² A. Striemer, Peine. Leben und Arbeit im Stadt- und Landkreis Peine (Schriftenreihe der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung an der Technischen Hochschule Berlin), Berlin 1939, S. 89.

Städten nicht mehr gewonnen werden kann. Die Kleinstadtwirtschaft ist lenkbar, hier kann jeder an den Platz gestellt werden, wohin er gehört, Armut und Not können hier beseitigt werden, soweit sie aus Fehlern der Struktur entstanden sind.«⁶³

Stadtgliederung durch Siedlungszellen und Nachbarschaften

Neben Feders Plädoyer für die Neugründung von Kleinstädten blieb aber die Aufgabe, die vorhandenen Großstädte besser zu ordnen und zu gliedern. Feder ging davon aus, »daß die Wahrscheinlichkeit der Gründung und Erbauung vollkommen neuer Städte der Zahl nach wesentlich zurücktreten wird gegenüber der praktisch wohl sehr viel öfter eintretenden Notwendigkeit, die neuen Städte oder Großsiedlungen an alte, schon vorhandene Siedlungskerne anzugliedern.«⁶⁴ Damit war die Frage gestellt, nach welchem Strukturprinzip Großstädte zu gliedern und aufzulockern waren und nach welchem Strukturprinzip Stadterweiterungen zu erfolgen hatten.

Feder schlug als Gliederungsprinzip eine Zellengliederung vor. »Dieser Stadtorganismus wird sich zusammensetzen aus einer ganzen Reihe von Zellen, die sich dann zu Zellverbänden innerhalb verschiedener Unterkerne um den Stadtmittelpunkt gruppieren.«⁶⁵ Im Gegensatz zu der häufig proklamierten Stadtgliederung nach der NSDAP – Parteihierarchie mit der Ortsgruppe als Siedlungszelle – schlug Feder als Gliederungskriterium Schulen vor, »eine Volksschule z. B. ist eine kernbildende Kraft.«⁶⁶ Carl Culemann hatte 1940 zu den Gliederungsmöglichkeiten geschrieben: »Die Gestaltung der Siedlungsmasse durch den Städtebau und die Gestaltung der Masse des Volkes durch die Partei sind gleichlaufende und verwandte Aufgaben. Und die beste Methode, nach der die Masse zu gestalten ist, ist notwendig, die gleiche für die Zuordnung von Wohneinheiten in der städtischen Siedlung wie für die Zuordnung von Menschen in der politischen Organisation der Partei.«⁶⁷ Logisches Ergebnis dieser Überlegungen war das ab ca. 1940 zunehmend anerkannte und praktizierte Prinzip der »Ortsgruppe als Siedlungszelle«, welches etwa K. Gutschow auch für den Hamburger Generalbebauungsplan von 1940 entwickelte.⁶⁸

⁶³ ebda., S. IV; vgl. A. Striemer, Prenzlau. Leben und Arbeit im Stadt- und Landkreis Prenzlau (Schriftenreihe der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung an der Technischen Hochschule Berlin), Berlin 1939.

⁶⁴ G. Feder (s. A. 49).

⁶⁵ ebda., S. 19.

⁶⁶ ebda.

⁶⁷ C. Culemann, Die Gestaltung der städtischen Siedlungsmasse, in: Raumforschung und Raumordnung 3/4 (1941), S. 122 f. Culemanns Vorschlag erscheint 1956 in einer Neuauflage, hier schlägt er wie Feder eine Gliederung nach Schulbezirken vor. Culemanns Vorschläge von 1941 und 1956 sind sonst vollkommen identisch, nicht einmal das für Wehrmachtsanlagen reservierte Areal ist im Plan geändert worden.

⁶⁸ Vgl. E. Pahl-Weber, Die Ortsgruppe als Siedlungszelle, in: H. Frank, Faschistische Architekturen, Hamburg 1985, S. 282 f.

Feder ging es um das gleiche Ziel. Killus, ehemals Student bei Feder, schrieb in dem schon erwähnten Aufsatz über »Die Neue Stadt« zu dem Gliederungsprinzip: »Die kleinste Gemeinschaft ist die Familie. Mehrere Familien bilden die Hausgemeinschaft. Mehrere Hausgemeinschaften wohnen an der kleinsten Straßeneinheit ... Wie nun die Partei eine Gruppe von Blöcken einer Zelle aufbaut, so bauen mehrere Straßengemeinschaften einen Unterkern auf«, dem der Schwerpunkt der nächst »höheren Gemeinschaft«, der »Kern« folgt. »Der Kern liegt an der Hauptsammelstraße und ist der verkehrsmäßige Brennpunkt für eine Gemeinschaft mehrerer Unterkerne mit zusammen 2000–6000 Volksgenossen. Dem Kern entspricht im parteilichen Aufbau die Ortsgruppe.«⁶⁹ Analog erfolgen dazu die Infrastruktureinrichtungen: Gemeinschafts-Parteihaus, HJ.-Heime, Schulen etc. Heinz Wetzel, der Nestor der Stuttgarter Städtebauschule, schrieb 1942, daß man mit Feders Arbeit zu einer letzten Formulierung der Belange einer räumlich zweckhaften Ordnung, die in ihrer Exaktheit schlechterdings nicht mehr zu überbieten ist, gelangt sei. Damit, so kritisierte Wetzel versteckt, sei aber erst der Weg zu »gestalterischen Möglichkeiten gegeben ... Die zweckhafte Ordnung ist seit Feder fest begründet, jetzt ist der Weg frei zur bildhaften Ordnung«. Auch Wetzel forderte überschaubare Nachbarschaften als städtebauliches Gliederungsprinzip.⁷⁰

Nicht nur G. Feder beabsichtigte die Auflockerung des Molochs Großstadt, sondern viele Planer in unterschiedlichen Ländern suchten nach Prinzipien, die ungeliebte Masse der Großstadt zu ordnen und zu gliedern, um sie damit kontrollierbarer zu machen. So ging es auch dem Amerikaner C. A. Perry um eine Korrektur des freien Stadtwachstums. Perrys »neighborhood-unit«-Konzept⁷¹ stand eher in der Tradition der englischen Gartentadbewegung, aber auch hier galt der Nachbarschaftsgedanke als probates Heilmittel gegen Asozialität, Entwurzelung, Verwahrlosung und Kriminalität. Mit baulich-räumlichen Planungen sollten soziale Probleme gelöst werden. Feder, wie auch etwa der Hamburger Chefplaner K. Gutschow, hatten die USA bereist, und ihnen waren die amerikanischen Nachbarschaftskonzepte bekannt.⁷² In Deutschland führte E. Lehmann 1944 mit seinem Buch »Volksgemeinschaft aus Nachbarschaft« den Nachbarschaftsbegriff bis in die germanische Frühzeit zurück.⁷³ Die Termini Siedlungszelle und Nachbarschaft wurden damit austauschbar, wie auch die Ähnlichkeit der Planungskonzepte bewies. Beiden ging es mit unterschiedlichen politisch-ideologischen Implikationen um Planung, Ordnung und Gestaltung der ungeliebten Großstadtmasse. So berichtete R. Hil-

⁶⁹ H. Killus (s. A. 50).

⁷⁰ H. Wetzel, Wandlungen im Städtebau (Bauen und Planen der Gegenwart), Stuttgart 1941, S. 9f.

⁷¹ A. Perry, The neighborhood unit, in: Neighborhood and community planning (Regional Survey of New York and its environs Vol. 7) New York 1929.

⁷² Vgl. H. Klages, Der Nachbarschaftsgedanke und die nachbarschaftliche Wirklichkeit in der Großstadt, Stuttgart 1968; vgl. auch W. Durth, Wiederaufbau oder Neubeginn, in: Stadtbauwelt 72 (1981), S. 377.

⁷³ E. Lehmann, Volksgemeinschaft aus Nachbarschaften, Prag / Berlin / Leipzig 1944.

lebrecht über die Verwunderung, mit der englische Planer 1945 die Ähnlichkeit mit deutschen Planungen aus der NS-Zeit beobachteten.⁷⁴

Feder untersuchte 1939 in einer weiteren Arbeit das Großstadtgliederungsproblem und »das Gesamtproblem der Zuordnung der Wohnstätten zu den Arbeitsstätten prinzipiell, empirisch und methodisch«. Am Beispiel Berlins wurde mit 200000 (!) Fragebögen die Bedeutung der Zuordnung von Wohn- zu Arbeitsstätten analysiert. »Die tiefen Ursachen, die zu der schlechten Zuordnung der Arbeits- und Wohnstätten geführt haben, liegen auf weltanschaulichem Gebiet.«⁷⁵ Drei Ursachenkomplexe waren nach Feders Meinung für die unzureichende Zuordnung verantwortlich: a) freies Spiel der Kräfte, b) Mangel einer planvollen Führung, c) Bodenspekulation. Ziel aber bleibt die Kleinstadt: »Das Ideal aber bleibt natürlich die neue Stadt, die ganz losgelöst von der Sogwirkung der Großstadt und ihren Gefahren in freiem Gelände aus »frischer Wurzel« zu gründen wäre, als eine in sich geschlossene wirtschaftliche, gewerbliche, soziale und kulturelle Einheit.«⁷⁶

Feders Richtwerte und Planungspraxis

Zunehmend gewannen die Arbeiten von Feder an Praxisrelevanz. F. Rechenberg, Feders Assistent, war u. a. an der Planung der »Neuen Stadt« Salzgitter beteiligt⁷⁷ und verfaßte in Anlehnung an Feder ein Buch mit dem Titel »Das Einmaleins der Siedlung« – Richtzahlen für das Siedlungswesen – Ein praktischer Ratgeber für die Zahlenverhältnisse beim Entwurf von Siedlungen nach den Lebensbedürfnissen der Gemeinschaft«. Rechenberg faßte die Untersuchungsergebnisse Feders noch einmal zusammen, um sie »für den Handgebrauch in der Praxis nutzbar zu machen«.⁷⁸ Feders Bedeutung für Landes- und Raumplaner-Ausbildung wurde hervorgehoben,⁷⁹ und zunehmend gingen die Arbeiten in die städtebauliche Planungspraxis ein. So war er mit seinem »Stamm von Jüngern« an Wirtschaftsplanungen für Wuppertal, Wilhelmshaven, Suhl, Apolda, Ronneburg und an Strukturplanungen für Stuttgart, Erfurt und Linz beteiligt.⁸⁰

⁷⁴ »Wenn ich in diesem Zusammenhang an das städtebauliche Ordnungselement der oft diskutierten »Einheit« Nachbarschaft erinnere, so deshalb, weil ich eben einen Zusammenhang mit der erwähnten »Siedlungszelle« sehe.« W. Hillebrecht, Von Ebenezer Howard zu Jane Jacobs – oder: War alles falsch?, in: Stadtbauwelt 8 (1965), S. 639.

⁷⁵ G. Feder, Arbeitsstätte – Wohnstätte, Berlin 1939, S. 4.

⁷⁶ ebda., S. 92.

⁷⁷ Vgl. Ch. Schneider (s. A. 60).

⁷⁸ Vgl. F. Rechenberg, Das Einmaleins der Siedlung, Berlin 1940.

⁷⁹ »Für eine systematische Ausbildung zum Landesplaner gibt es bisher nur den ersten Lehrstuhl für Raumordnung, Siedlungs- und Stadtplanung unter Staatssekretär Professor Feder an der Technischen Hochschule Berlin.« F. Wlotzka, Sinn und Aufgaben der Landesplanung im Leben des Volkes, in: Deutsche Technik VI (1939), S. 269.

⁸⁰ Schmidt, Gottfried Feder und sein Werk, in: Der soziale Wohnungsbau in Deutschland 1 (1942), S. 14f. (Diesen Hinweis verdanke ich Gerhard Fehl.)

Vor allem mit den Eroberungen im Osten konnte an »Eine Neuordnung des deutschen Lebensraumes« gedacht werden, und die Neugründung von deutschen Städten nach Feders Überlegungen rückte in greifbare Nähe. In seinem wohl letzten publizierten Text im »Deutschen Baumeister« schreibt Feder 1940: »Er (der Führer, *Verf.*) hat mit ehernem Griffel in die Karte Europas die Grenzen des neuen deutschen Lebensraumes geritzt; sie in seinem Geist mit blühendem deutschen Leben auszufüllen, ist die Aufgabe der deutschen Technik.«⁸¹

Feder starb 1941 nach längerer Krankheit in seiner Heimatstadt Murnau. Im Völkischen Beobachter vom 26. Sept. 1941 war zu lesen: »Gottfried Feder wird für immer in der Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung unvergessen bleiben.« Im Oktober 1941 schrieb Fritz Todt in der »Deutschen Technik«: »So wie er (G. Feder) in der Kampfzeit die Gewissen wachrüttelte und die besten Techniker der Partei zuführte, hat er bis zuletzt als schöpferischer Ingenieur vorbildlich gearbeitet und durch die Entwicklung einer neuen Städtebaukunst und Planungswissenschaft Grundlegendes geschaffen.«

Die Diskussion um städtebauliche Richtwerte gewann indes nicht für die neuen Städte im Osten an Aktualität, sondern für den Wiederaufbau kriegszerstörter Städte. Im vom Reichsministerium Speer eingesetzten »Arbeitsstab Wiederaufbau« wurden Feders Daten ebenso genutzt, wie auch von Hamburgs Chefplaner K. Gutschow, der sie für einen Generalbebauungsplan 1944 verwertete. Vor allem aber für den Wiederaufbau nach 1945 gewannen Feders Daten und Rezepte an Bedeutung.

Feders Mitarbeiter Killus und Rechenberg publizieren nach 1945 weiter. Rechenberg befürwortet nun »Organik im Bauen« und »organisches, zellenhaftes Denken« bezogen auf den Städtebau.⁸² F. Rechenberg verfaßte für das Standardwerk »Medizin und Städtebau, Ein Handbuch für gesundheitlichen Städtebau« 1957 den Artikel »Verkehr – Wohnstätte – Arbeitsstätte« und bezog sich hier auf Feders Vorarbeiten, wie auch H. Hoffmann mit dem Aufsatz »Ist die Zuordnung Wohnung – Arbeitsstätte eine Utopie?« im gleichen Buch. Die »Ideologielosigkeit« Feders »Neuer Stadt«, die faszinierende sozialtechnische Empirie der Richtwertbestimmung verführt zur Übernahme auf andere Stadtplanungskonzepte und erscheint zeitlos. »Nicht formulierte ›Leitbilder‹, sondern diffuse Traditionen (von der Gartenstadtbewegung bis G. Feders ›Die neue Stadt‹, Berlin 1939) und ständige Improvisation bestimmten unter dem Druck der Stunde die städtebauliche Praxis der Nachkriegsjahre«,⁸⁴ erklärte R. Hillebrecht 1981. Die Wirkungsgeschichte des Werkes von Feder kann hier nicht untersucht werden, diese Arbeit wäre noch zu leisten, gerade bezogen auf die Planungspraxis. Immerhin gab es z. B. in den ersten Heften

⁸¹ G. Feder, Reichsplanung – Stadtplanung, in: Der Deutsche Baumeister (1940), S. 16.

⁸² F. Rechenberg, Organik im Bauen, in: Bauamt und Gemeindebau 1952, S. 290f. (in dieser Zeitschrift publiziert auch H. Killus).

⁸³ E. Kühn, P. Vogler (Hrsg.), Medizin und Städtebau, München / Berlin / Wien 1957.

⁸⁴ W. Durth (s. A 72), S. 345.

der »Stadtbauwelt« und in der Zeitschrift »Die Neue Stadt« eine Vielzahl von Belegen für die Relevanz von Feders Arbeiten. Nach 1968 wurden in einem Buch von K. Borchard über »Orientierungswerte für städtebauliche Planung« Feders Richtwerte wiedergegeben und als weitgehend »korrekt« interpretiert.⁸⁵ In Zeiten der Infragestellung von tradierten gesellschaftlichen Werten und Normen schienen immerhin Feders Richtwerte für Stadtplaner Bestand zu haben.

⁸⁵ L. Borchard, Orientierungswerte für städtebauliche Planung, München 1974.

Norbert Ohler

Anregungen der historischen Demographie zur Erforschung der Stadtgeschichte

Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie – Die Quellen und ihre Probleme – Zwang zu interdisziplinärer Forschung – Aussage der Einträge in Tauf-, Heirats- und Sterbebüchern – Methode der Familienrekonstitution – Mobilität – Vernetzung der Gesellschaft – Alphabetisierung – Anregungen

»Keine Quellengruppe ist bislang von der Geschichtsforschung so vernachlässigt worden wie die bevölkerungsgeschichtlichen Quellen«, stellte Günther Franz 1961 lakonisch fest.¹ Noch zwanzig Jahre später kam Rödel in einem Überblick über Neuerscheinungen zur Bevölkerungsgeschichte Deutschlands zu einem zwiespältigen Urteil: Verglichen mit der Lage 1976, sei 1982 auf dem Gebiet der historischen Demographie ein weiter Sprung nach vorn getan worden, »nicht zuletzt dank Imhofs intensiver Bemühung und seiner unerhörten Arbeitsleistung ... Andererseits ist dieser Fortschritt vor allem von ausländischen Forschern herbeigeführt worden ... Verglichen mit der historisch-demographischen Forschung in Frankreich sind nur Anfänge, aber immerhin hoffnungsvolle Anfänge zu verzeichnen«.²

Die historische Demographie³ bemüht sich um die systematische Erforschung von Quellen, die sich in jeder Gemeinde des christlich geprägten Abendlandes finden: Pfarrbücher wurden in Dörfern und Städten, von Katholiken und Protestanten angelegt, vergleichbare Bücher auch in jüdischen Gemeinden geführt. Seite um Seite handeln sie von Leben und Tod der Menschen, die in diesem Ort gelebt haben, spiegeln Freude und Leid, Glück und Not.

¹ G. Franz, *Der Dreißigjährige Krieg und das deutsche Volk. Untersuchungen zur Bevölkerungs- und Agrargeschichte* (= Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, 7), Stuttgart 1961³, S. 3.

² W. G. Rödel, *Bevölkerungsgeschichte* (Sammelbericht), in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 119 (1983), S. 301–324, hier S. 313.

³ Vgl. hierzu A. E. Imhof, *Einführung in die historische Demographie*, München 1977. *Ders.*, *Bevölkerungsgeschichte und Historische Demographie*, in: *Historische Sozialwissenschaft*, Beiträge zur Einführung in die Forschungspraxis, hrsg. von R. Rürup, Göttingen 1977. – I. Esenwein-Rothe, *Einführung in die Demographie. Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsprozeß aus der Sicht der Statistik* (= Statistische Studien Bd. 10), Wiesbaden 1982. – Speziell zur Stadt, R. Mols, *Introduction à la démographie historique des villes d'Europe du XIV^e au XVIII^e siècle*, 1–3, Löwen 1954–1956. Über Neuerscheinungen und neue Fragestellungen informieren die *Bibliographie internationale de la démographie historique/International Bibliography of Historical Demography* und – seit 1975 – die viermal jährlich erscheinende Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft.

Der Beitrag möchte auf ausgewählte, für den Stadthistoriker bedeutsame Forschungsfelder aufmerksam machen und dazugehörige Fragestellungen bündeln. Das Wissen um Methoden und Ergebnisse der historischen Demographie, einer erst wenige Jahrzehnte alten Disziplin, die Kenntnis von Hypothesen kann den Blick des Stadthistorikers für die Bedeutung von Quellen schärfen, die bislang unausgeschöpft geblieben, an denen andere achtlos vorbeigegangen sind, Quellen, die es möglicherweise nur noch an *diesem* Ort gibt. Da die historische Demographie viele Ergebnisse auf der Grundlage einer schmalen Quellenbasis gewonnen hat, muß oft mehr hypothetisch bleiben als im Vorwort und im laufenden Text eingeräumt wird. Der Stadthistoriker ist damit eingeladen, die Tragfähigkeit solcher Hypothesen anhand der ihm vorliegenden Quellen zu überprüfen. Dank weiteren, von ihm erschlossenen Quellenmaterials kann er in bestehende wissenschaftliche Diskussionen eingreifen.

Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie

Die Bevölkerungsgeschichte basiert weitgehend auf den Angaben statistischer Ämter über die Zahl von Geburten, Heiraten und Sterbefällen sowie über die Größe und Gliederung (nach Alter, Geschlecht, Beruf) einer Bevölkerung zu bestimmten Zeitpunkten.⁴ Nördlich der Alpen erwacht das Interesse für genaue Angaben zur Zahl der Stadtbewohner, die in Notzeiten – z. B. bei einer Belagerung – ernährt werden müssen, im ausgehenden Mittelalter.⁵ Daten zur Bevölkerungsgröße von Städten, wie sie u. a. im Deutschen Städtebuch veröffentlicht sind, basieren auf unterschiedlichen Quellen (Herdstättenzählungen, Steuerregister, Überlegungen zum Umfang der bebauten Fläche usw.). Obwohl solche Angaben nur zu mehr oder weniger verlässlichen Schätzungen führen können, sind sie auch für die vergleichende Städteforschung willkommen. Fig. 1 veranschaulicht das unterschiedliche Wachstum zweier alter Reichsstädte und einer jungen Gründungsstadt in der Neuzeit.⁶

Seit der Zeit des Absolutismus nahm das Interesse an der Zahl der Steuerzahler und der Wehrpflichtigen zu.⁷ Die Obrigkeit richtete deshalb statistische Zentralbüros ein, das erste 1749 in Stockholm für das Großreich Schweden/Finnland.⁸ Die von solchen Behörden

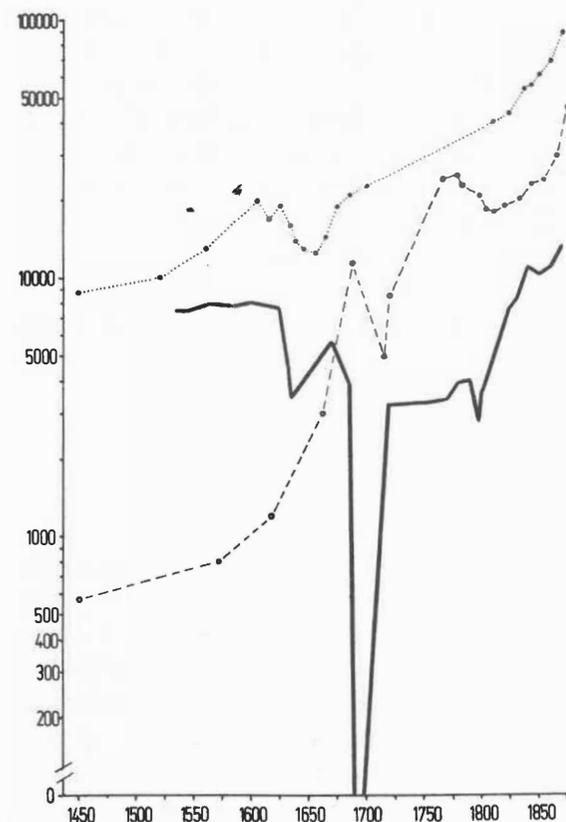
⁴ Vgl. hierzu den sehr informativen Beitrag *Bevölkerungswesen*, in: *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, Bd. 2, ⁴1924, S. 633–825.

⁵ So veranstaltete Straßburg schon 1444 eine Volkszählung. Vgl. *Histoire de Strasbourg*, hrsg. von G. Livet und F. Rapp, Bd. 2, Straßburg 1981, S. 103 ff. Dieses Werk setzt Maßstäbe für die Stadtgeschichtsschreibung, auch für die Einbeziehung der historischen Demographie zur Erforschung der Sozialgeschichte einer Stadt.

⁶ Vgl. N. Ohler, *Alltag in einer Zeit des Friedens, 1570–1620*, in: *Geschichte der Stadt Speyer*, hrsg. von der Stadt Speyer, Redaktion W. Eger, Stuttgart 1983², Bd. 1, S. 585, Fig. 2.

⁷ Vgl. E. Pitz, *Entstehung und Umfang statistischer Quellen in der vorindustriellen Zeit*, in: *Historische Zeitschrift* 223 (1976), S. 1–39.

⁸ A. E. Imhof, *Bevölkerungsgeschichte* (s. A 3), S. 16.



Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten Städten, 1450-1875

— Speyer
 ○ — Mannheim
 ● — Frankfurt/M.

Quelle: Deutsches Städtebuch, hrsg. von E. Keyser. Bd. IV: Südwestdeutschland. Hessisches Städtebuch, Stuttgart 1957, S. 131f., 135. Badisches Städtebuch, Stuttgart 1959, S. 112, 113f. Städtebuch Rheinland-Pfalz und Saarland, Stuttgart 1964, S. 391, 393.

Fig. 1

erhobenen Daten – meist von mehr oder weniger großen Verwaltungsbezirken – liegen bevölkerungsgeschichtlichen Studien zugrunde, die oft wertvolles, zu Unrecht ignoriertes Material enthalten. Summarische Aufzeichnungen frühneuzeitlicher Obrigkeiten gehen nicht selten auf Kirchenbücher zurück. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts fand sich z. B. in Straßburg ein Bediensteter der Stadt am Silvestermorgen bei den Pfarrern ein und erhob folgende Daten: Zahl der eingesegneten Ehen und der getauften Kinder (diese nach Geschlecht, Mehrfachgeburten, Legitimität bzw. Illegitimität und ausgesetzten Kindern differenziert).⁹ Das Beispiel zeigt, daß Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie einander ergänzen.

Bei der Erforschung einer bestimmten Stadt ist man bestrebt, möglichst alle auf uns überkommenen Quellen auszuschöpfen; am allerwenigsten darf man Register vernachlässigen, die so vielschichtige Inhalte bergen wie Kirchenbücher, die Hauptquellen der historischen Demographie.

⁹ Vgl. J.-P. Kintz, *La Société Strasbourgeoise du milieu du XVI^e siècle à la fin de la guerre de trente ans 1560-1650. Essai d'histoire démographique, économique et sociale*, Paris 1984, S. 17. Der zur Verfügung stehende Raum erlaubt es nicht, diese dem Stadthistoriker willkommene, äußerst vielseitige und anregende Thèse d'Etat vorzustellen. Besonders hingewiesen sei auf das umfangreiche Kapitel »Sources et Bibliographie«, S. 41-48, in dem das internationale wissenschaftliche Schrifttum zum Thema der Arbeit in ungewöhnlicher Breite und Tiefe zusammengefaßt wird.

Diese erhebt systematisch alle Eintragungen zu Taufen, Eheschließungen und Begräbnissen; unter Zuhilfenahme anderer Quellen und anderer wissenschaftlicher Disziplinen deutet sie den Befund. Anders als der Genealoge interessiert sich der historische Demograph nicht für die Einzelperson, auch nicht für eine bestimmte Gruppe (Adel, Klerus), sondern für *alle* Menschen einer Pfarrgemeinde, einer Stadt, einer Religion. Das schließt nicht aus, daß er an einzelnen, gut dokumentierten Personen das Schicksal einer oder mehrerer Generationen veranschaulicht.¹⁰

Da die Auswertung von Kirchenbüchern sehr zeit- und arbeitsintensiv ist, kann der demographisch arbeitende Historiker im allgemeinen nur kleine Bereiche – eine oder mehrere Pfarreien – untersuchen. Will er sich vor Mißdeutungen schützen, so wird er seine Ergebnisse immer wieder in größere Zusammenhänge einordnen.¹¹ Da die historische Demographie mit Quellen arbeitet, die in bestimmten kirchlichen Verwaltungsbezirken entstanden sind, ist sie besonders geeignet, zur Erforschung der Stadtgeschichte beizutragen. Erhebliche Unterschiede zwischen den Pfarreien einer Stadt (Fig. 2 zur Ungleichheit vor dem Tod¹² legen die differenzierende Erforschung nahe: Wie spiegeln sich die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht, einer Berufsgruppe, einer Konfession im Schicksal (Geborenwerden und Sterben) und im generativen Verhalten der Menschen?

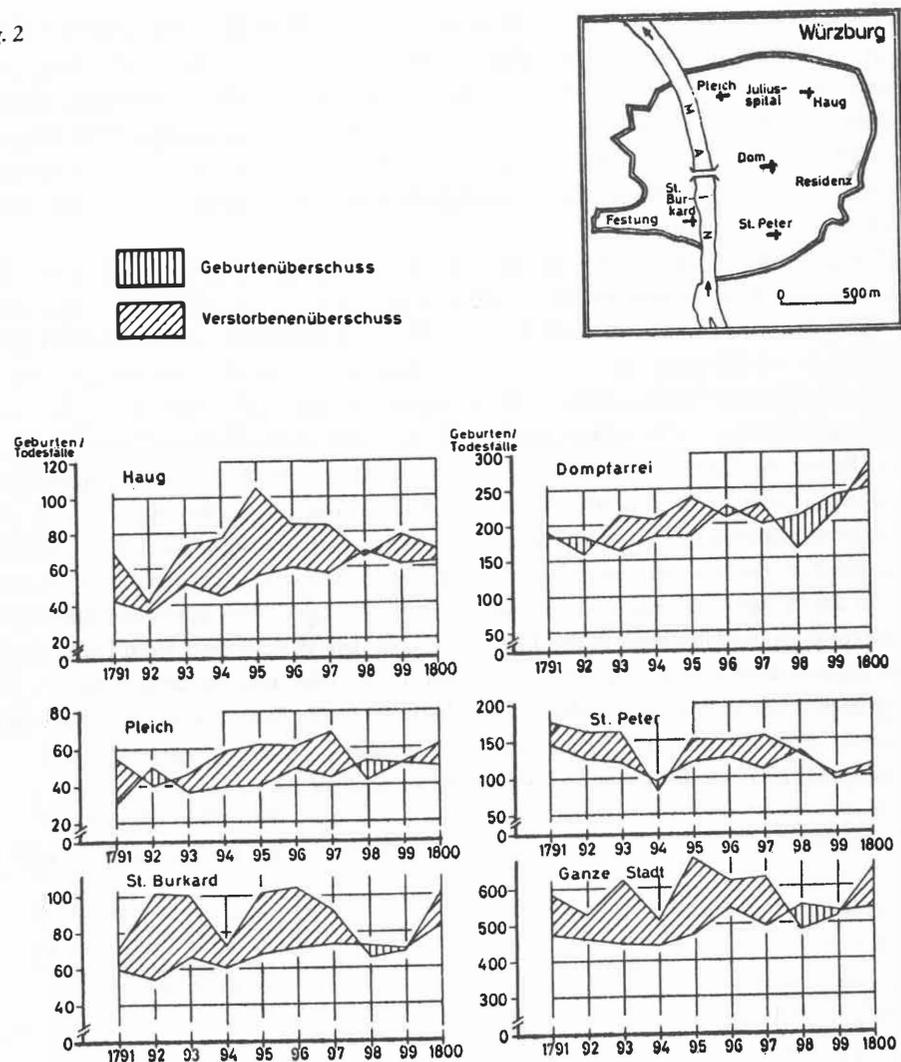
Da die Pfarrer die Ereignisse oft Tag für Tag eintrugen, über Jahre und Jahrzehnte hinweg, kann der Historiker in den Kirchenbüchern den oft gesuchten roten Faden durch die Jahrhunderte finden. Ausgehend von den Tauf-, Ehe- und Sterbeeinträgen in den Registern lassen sich weite sozialgeschichtliche Bereiche der Stadt erkunden. Ein weiterer Vorteil: Große Abschnitte lassen sich im Zeitraffer-, andere, Krisenzeiten z. B., im Zeitlupentempo, wie unter einem Mikroskop betrachten.

¹⁰ Vgl. A. E. Imhof, *Die verlorenen Welten. Alltagsbewältigung durch unsere Vorfahren – und weshalb wir uns heute so schwer damit tun*, München 1984.

¹¹ Umfangreiches Material für das Deutschland des 19. Jahrhunderts wurde zusammengetragen von A. Kraus, *Quellen zur Bevölkerungsstatistik Deutschlands 1815-1875 (= Quellen zur Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands 1815-1875, Bd. 1)*, Boppard 1980.

¹² Fig. 2 aus A. E. Imhof, *Die gewonnenen Jahre. Von der Zunahme unserer Lebensspanne seit dreihundert Jahren oder von der Notwendigkeit einer neuen Einstellung zu Leben und Sterben*, München 1981, S. 94, Fig. 15.

Fig. 2



Ungleichheit vor dem Tod im 18. Jahrhundert: nach Stadtteil-Zugehörigkeit (= sozialtopographische Ungleichheit). Anzahl Geburten und Todesfälle in den fünf Würzburger Kirchengemeinden sowie in der ganzen Stadt 1791–1800 (Angaben in absoluten Zahlen). In der wohlhabenderen Dompfarrei waren die Verstorbenenüberschüsse geringer als in den ärmeren Randgemeinden Haug und Sankt Burkard.

Quelle: Philipp Joseph Horsch, Versuch einer Topographie der Stadt Würzburg, in Beziehung auf den allgemeinen Gesundheitszustand und die dahin zielenden Anstalten, Arnstadt und Rudolstadt 1805, Beilagen im Anhang zu den einzelnen Gemeinden.

Die Quellen und ihre Probleme

Die ordnungsgemäße Führung der Register vorausgesetzt, wurden in Tauf-, Ehe- und Sterberegistern¹³ alle Menschen *namentlich* mindestens einmal in ihrem Leben erfaßt, unabhängig von Stand, Alter, Beruf, Geschlecht – schon diese Tatsache verleiht den Büchern ihren Rang unter den Quellen, mit denen der Historiker arbeitet. Die Pfarrbücher reichen in vielen Gemeinden in Zeiten zurück, in denen man an eine systematisch betriebene Statistik noch nicht dachte.¹⁴ Nicht zufällig wurden die ersten Kirchenbücher vielfach im 16. Jahrhundert angelegt: Alt- und neugläubige Obrigkeiten verstanden die Register *auch* als Mittel zur Disziplinierung ihrer Gläubigen; schließlich wurde man nicht mehr als Christ getauft, getraut und begraben, sondern als Lutheraner, Calvinist oder Katholik.

Wertvolle Ergebnisse lassen sich schon mit relativ geringem Arbeitsaufwand erzielen, wie eine Auswertung der Speyerer Standesamtsregister zum Krisenjahr 1945 zeigen mag.¹⁵ Fig. 3 und 4 erinnern daran, daß im letzten Kriegsjahr noch Millionen von Menschen sterben mußten: Gefallene deutsche Soldaten, zu Tode gequälte KZ-Häftlinge, auf offenem Feld von »Jabos« getötete Frauen und Kinder, verhungerte Säuglinge, Kinder und Erwachsene. Fig. 3 weist die erhebliche Übersterblichkeit der männlichen Bevölkerung bis zum Alter von 55 Jahren aus, sie kann ferner den heute vierzig Jahre und älteren Menschen vor Augen führen, wie wenig selbstverständlich es ist, daß sie das letzte Kriegsjahr überlebt haben. Fig. 4 soll auch an das Leid von Ausländern im nationalsozialistischen Deutschland erinnern: Die Sterblichkeit war besonders hoch unter KZ-Häftlingen, die nach ihrer Befreiung 1945 in Speyerer Krankenhäusern oft nur noch zu Tode gepflegt werden

¹³ Zu diesen können noch hinzukommen: Verzeichnisse von Kommunikanten, Konfirmanden oder Firmlingen, Listen der Gläubigen, die die Ostsakramente empfangen haben, Mitgliedslisten von Bruderschaften u. a. Nicht zu vergessen die Zivilstandsregister (im linksrheinischen Gebiet seit 1798, im Deutschen Reich seit 1875). Um vor Fehldeutungen bewahrt zu bleiben, wird man mindestens punktförmig benachbarte Quellen heranziehen: Bürgerbücher, Steuer- und Herdstättenregister, Akten zum Polizei- und Gesundheitswesen, von Notaren und Gerichten, Kranken- und Waisenhäusern, Jugend- und Altersheimen, von Gewerbe und Industrie, Krankenkassen und Lebensversicherungen, Tage- und Haushaltsbücher, Sprichwörter Sammlungen, Überreste (medizinisches Gerät u. a.) usf. Als außergewöhnlich ergiebige Quellen seien in dieser unvollständigen Aufzählung auch die – hierzulande ebenfalls nur wenig ausgewerteten – Musterungsunterlagen der Militärbehörden erwähnt; was diese Quellen hergeben, haben beispielhaft vorgeführt E. Le Roy Ladurie und J. P. Aron, *Anthropologie du conscrit français* (= École pratique des hautes études, 6^e section, 28), Paris 1972.

¹⁴ Vgl. die knappen Überblicke im Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte Bd. 2 (1978) Sp. 748 f. (Kirchenbücher) und Bd. 3 (1984) Sp. 389–391 (Matrikel).

¹⁵ Fig. 3 und 4 aus: N. Ohler, Speyer in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur, zur Zeit des Zweiten Weltkrieges und am Beginn des demokratischen Aufbaues (1933–1949), in: *Geschichte der Stadt Speyer* (s. A 6), Bd. 2, S. 438 f., Fig. 5 und 6.

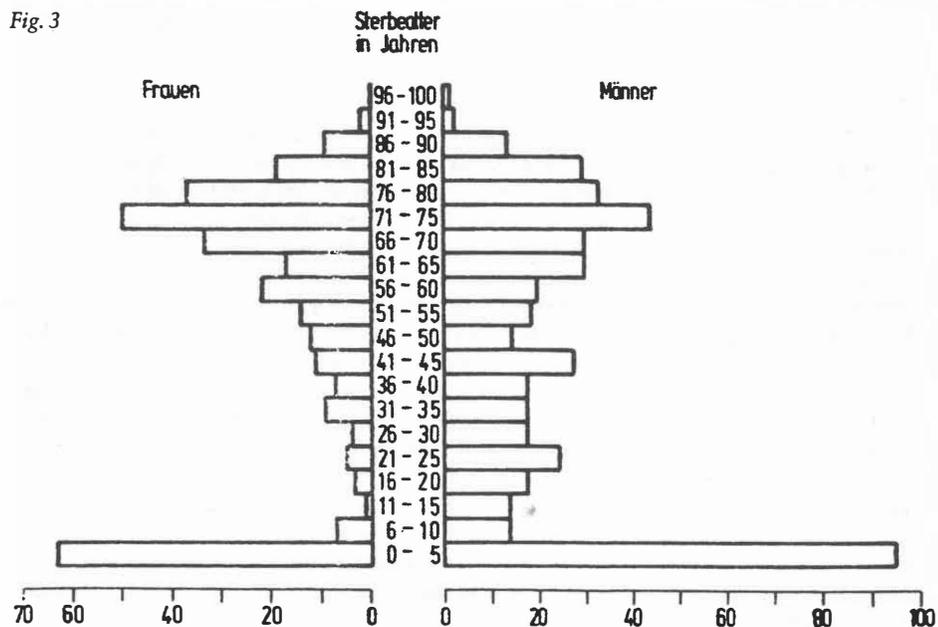
konnten. Bei den verstorbenen Ausländern handelt es sich meist um sogenannte Ostarbeiter, Opfer von Hunger, mangelnden hygienischen Vorkehrungen und unzureichender ärztlicher Versorgung.

Anders als der historische Demograph kann der Stadthistoriker Kirchenbücher im allgemeinen nur teilweise auswerten: Zeit, Arbeitskraft, zur Verfügung stehende finanzielle Mittel, vorgesehener Umfang der Studie setzen ihm ebenso Grenzen wie der Adressat: Einem kleinen Kreis von Fachleuten kann man mehr zumuten als einem breiten Publikum, das im allgemeinen identisch ist mit den Steuerzahlern, die dem Historiker die Mittel für seine Forschungen zur Verfügung stellen. Grenzen werden auch durch die Quellen selber gesetzt, ihre Unvollständigkeit und – neuerdings – ihre Unzugänglichkeit.

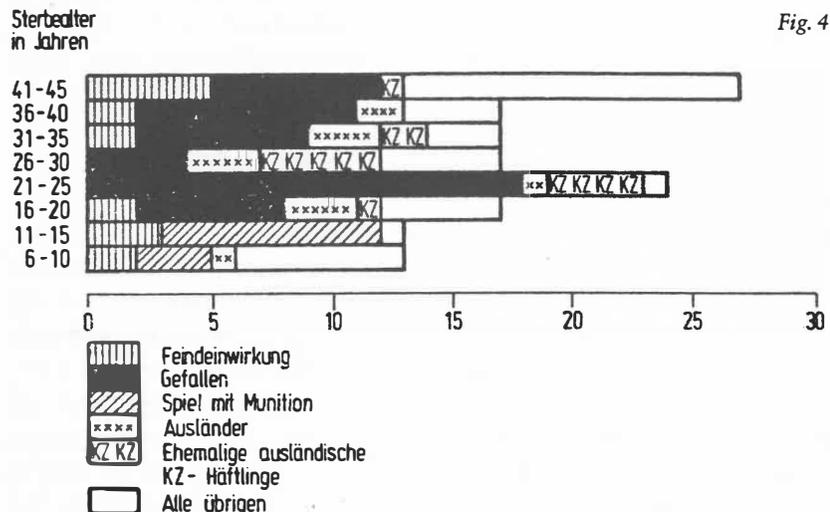
Von einer Stadtgeschichte erwartet man, daß sie bis möglichst nah an die Gegenwart herangeführt wird. Der Vorwurf oder die Unterstellung, man wolle sich um die »heißen Eisen« in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts herumdrücken, ist nicht immer unberechtigt. Andererseits sieht sich der Historiker zunehmend mit neuartigen Schwierigkeiten konfrontiert: Unter Berufung auf den Daten- und Persönlichkeitsschutz wurden Forschungen zum Schinderhannes abgeblockt (die Angelegenheit beschäftigte sogar den Landtag von Rheinland-Pfalz).

Altersgliederung der im Speyerer Sterberegister 1945 Verzeichneten

Fig. 3



Altersgliederung der im Speyerer Sterberegister 1945 Verzeichneten, hier: Männliche Bevölkerung im Alter von 6–45 Jahren



Probleme bei der Auswertung von Pfarrbüchern: Manche Kirchenbücher wurden absichtlich ganz oder zum Teil (herausgerissene Seiten) vernichtet, andere wurden in Kriegen, durch Brand oder Hochwasser zerstört. Auch die Unzulänglichkeiten können Quellen für den Historiker bilden, zumal wenn der das Buch führende Pfarrer sie erklärt: Einem der in Speyer erhaltenen Taufbücher hat der Pfarrer zum Jahre 1688, in dem die Einwohner vertrieben und die Stadt eingäschert wurden (vgl. Fig. 1), einen leidenschaftlichen Fluch auf die »verdampften Frantzosen« anvertraut.¹⁶ Chronikalische oder annalistische Ergänzungen sind bei der Erhebung der Daten willkommen, sieht der Auswertende doch immer wieder unerwartet die Mühe belohnt, die monotones Auszählen und Verzetteln bedeuten. Manche Bücher wurden nicht ordnungsgemäß geführt, etwa wenn der Pfarrer krank, alt oder pflichtvergessen war. Viele Bücher weisen Lücken auf, die eine systematische Familienrekonstitution (dazu s. u.) unmöglich machen: Wenn ungetauft verstorbene Kinder und/oder Totgeburten grundsätzlich nicht verzeichnet sind, kann man keine genauen Angaben zur Kinderzahl pro Ehe oder zum Abstand zwischen den Geburten machen. Oft fehlen einzelne Angaben: Vorname der Mutter, Beruf des Vaters, Unterschrift eines Zeugen usw. Gelegentlich ließ die Obrigkeit wichtige Tatbestände verschleiern: Wenn eine Stadt auf die Durchführung der traditionellen Handelsmesse nicht verzichten wollte, durfte es keine Pest in diesem Ort geben, durfte also auch nicht »Pest« als Todesursache eingetragen werden.

¹⁶ N. Ohler (s. A 6), S. 587.

Schwierigkeiten bei der Auswertung: Der Pfarrer schreibt den Namen so, wie er glaubt ihn verstanden zu haben; ein in Pommern oder Mecklenburg aufgewachsener, in Straßburg amtierender Pfarrer mag dann unsicher sein:¹⁷ Lauterer oder Leiderer? Christoph Feyerabend oder Stoffel Feiertag? Pfort oder Portius, Jérôme oder Scherrom, Hohl den Wein oder Heldwein, Bind den Schuh oder Bundschuh usf. Hiermit ist im Grunde schon auf den übernächsten Abschnitt verwiesen: Für die Familienrekonstitution muß man wissen, ob der verstorbene Bastian Agricola identisch ist mit dem Jahrzehnte früher im Traubuch vermerkten Sebastian Pawr.

Bei der systematischen Auswertung von Kirchenbüchern wird man zunächst einmal den langfristigen Verlauf beobachten: Geburten, Trauungen und Sterbefälle werden möglichst differenziert tabelliert, d. h. das Tabellenformular wird so angelegt, daß man zum Schluß nicht nur die Gesamtzahl der Verstorbenen kennt, sondern weiß, wieviele Personen männlichen und weiblichen Geschlechts in welchem Monat und in welchem Lebensalter verschieden sind. Bei dieser Art der Auswertung – steinzeitlich mit Strichlisten – fallen Globalzahlen zu dem betreffenden Jahr ab und es ergibt sich schon die Möglichkeit, das Material auf seine Zuverlässigkeit hin zu überprüfen: Skepsis ist geboten, wenn keine Säuglinge in den Sterberegistern begegnen, wenn über lange Zeiträume wesentlich mehr Mädchen als Jungen getauft werden (in historischer Zeit rechnet man mit etwa 104 bis 108 Knaben- auf 100 Mädchengeburten). Man wird die Jahr für Jahr gewonnenen

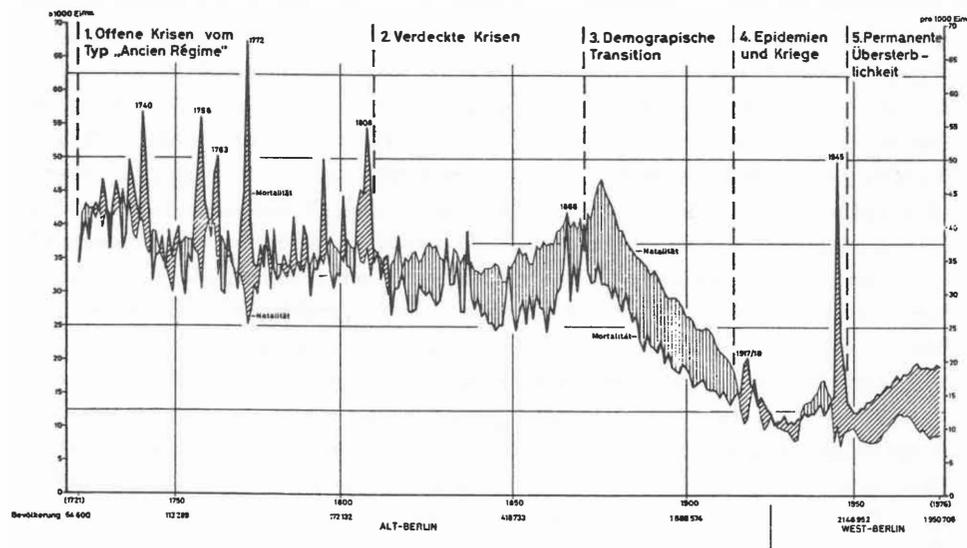


Fig. 5

¹⁷ Das Folgende in Anlehnung an Kintz (s. A 9) S. 29ff.

Ergebnisse zu Tabellen verdichten, in Schaubilder umsetzen, langjährige Durchschnitte berechnen, von denen sich Extremwerte abheben, wie das in einer Arbeit Imhofs vorgeführt sei (Fig. 5).¹⁸

Imhof hat seinen Befund gegliedert, damit gedeutet. Zur Interpretation hat er andere Forschungsergebnisse herangezogen. Die historische Demographie begnügt sich nicht mit der Feststellung, daß in manchen Jahren mehr oder weniger Menschen geboren wurden oder gestorben sind; sie fragt vielmehr nach den Ursachen, sie fragt, ob der Befund eines Ortes einzigartig ist oder ob er dem Befund andernorts entspricht; sie begnügt sich nicht mit der Feststellung, daß Mortalitätsspitzen – in Fig. 5 etwa die Jahre 1758, 1808, 1917/18 und 1945 – mit dem Siebenjährigen Krieg, den Napoleonischen oder den beiden Weltkriegen zusammenhängen, sondern sie erforscht das Wie und Warum. Sie fragt nicht nur, wieviele Menschen in diesem oder jenem Monat gestorben, sondern welchen Krankheiten sie erlegen sind. Sie fragt nach Ursachen und Folgen der zunehmenden Lebenserwartung seit dem 17. Jahrhundert. Zur Beantwortung solcher Fragen sieht sich die historische Demographie auf das Gespräch und die Zusammenarbeit mit benachbarten Wissenschaften verwiesen.

Zwang zu interdisziplinärer Forschung

Die historische Demographie sucht den Kontakt zu wissenschaftlichen Disziplinen, die nicht zu den traditionellen Gesprächspartnern des Historikers gehören, wie an Beispielen veranschaulicht sei.

Zur Todesursache »hitziges Fieber« kann die moderne, differentialdiagnostisch arbeitende Medizin vielleicht weiterhelfen: In welchem Monat trat dieses Fieber auf, welche Altersgruppe wurde erfaßt, Männer ebenso wie Frauen? Oder zur Entwicklung der Säuglingssterblichkeit: Wieviel Zeit hatten die Mütter, sich um das Kind zu kümmern? Wann und in welchen Gesellschaften galt es als modern, den Säugling zu stillen? Drittes Beispiel: In vielen Taufeinträgen heißt es: »Ab obstetrix baptizatus, baptizata« bzw. »Von der Hebamme getauft.«¹⁹ Wann durfte, wann mußte die Hebamme nach den Bestimmungen von Kirchen- und Zivilrecht taufen? Gibt es Zusammenhänge zwischen der Tauerlaubnis einerseits, den wiederholten Verboten abergläubischer Praktiken andererseits? Weiter: Könnte die Senkung der Kindersterblichkeit in einem ursächlichen Zusammenhang stehen zum Bildungsstand der Mutter (ablesbar auch an der Fähigkeit, eigenhändig zu unterschreiben?) Wie hat man sich das Innere eines Bürger-, eines Handwerker-, eines Bauernhauses vorzustellen? Museen (und ihre Magazine!) bergen reiches Material, das geeignet ist, die Aussagen schriftlicher Quellen zu veranschaulichen und zu vertiefen. Angesichts der Gefahr voreiliger Schlüsse wird der Demograph den Kunsthistoriker

¹⁸ A. E. Imhof (s. A 12), S. 200, Fig. 52.

¹⁹ Vgl. hierzu Dictionnaire de Droit Canonique, Bd. 2 1937, Sp. 110–174, »Baptême en Occident«.

fragen: Will dieses Bild die Wirklichkeit wiedergeben? Soll es darüber hinaus vielleicht normativ wirken, das Verhalten der Menschen ändern? Verfolgt es also eine erzieherische Absicht (Sauberkeit der dargestellten Wohnung, Ruhe der stillenden Mutter?)²⁰ – Wiederholt flammen virulente Infektionskrankheiten im Abstand von einer Generation auf. Wieviele Menschen müssen nach dem Urteil des Biologen gegen bestimmte Erreger immun sein, damit eine Infektion sich nicht zur Epidemie ausweiten kann? Der Architekturhistoriker mag zusammen mit dem Hygieniker Überlegungen dazu anstellen, ob die Einrichtung eines Spitals, die Anordnung der Räume, die Herkunft des Trinkwassers (Entfernung zwischen Brunnen und Abort) die Übertragung von Krankheitskeimen förderte oder bremste. Soziologe und Mediziner können sich vielleicht dazu äußern, wie sich die Erfahrung eines gemeinsamen Schicksals auf den Heilprozeß der in Krankensälen Liegenden ausgewirkt haben könnte. Man sieht: Ethnologen, Mediziner, Soziologen, Theologen, Psychologen, Geographen arbeiten im Idealfall zusammen bei der Erhellung von Fragen, die die historische Demographie stellt, die damit weit in moderne Forschungsrichtungen vorgestoßen ist, für die stellvertretend die Stichworte Sozial-, Mentalitäts- und Alltagsgeschichte genügen müssen.

Eine international und interdisziplinär arbeitende historische Demographie hat Kausalketten aufgezeigt, deren einzelne Glieder seit langem bekannt sind, die man jedoch nicht mit dieser Schärfe herausgearbeitet hatte – wie an einem Beispiel gezeigt sei: Langer Winter und/oder kriegerische Ereignisse (ggf. mit Requirierung von Arbeitskräften und Zugvieh) führen zu einer Mißernte; das Getreide muß grün eingebracht werden. Die Menschen werden nicht satt, sie müssen auf ungesunde Ersatznahrung ausweichen; Magen- und Darmkrankheiten nehmen rapide zu, oft mit tödlichem Ausgang. Für das nächste Jahr steht wenig und schlechtes Saatgut zur Verfügung, zudem fehlen Menschen und Tiere für die Bestellung der Felder. Eine unterdurchschnittliche Ernte ist die unausbleibliche Folge. Da es an Nahrung auch für die Haustiere fehlt, kommt es zu einer Unterversorgung der Menschen mit tierischem Fett und tierischem Eiweiß. Weitere Zugtiere werden abgeschlachtet, so daß im dritten Jahr die Felder schlecht, spät oder gar nicht bearbeitet werden können. Unter diesen Umständen kann die Ernte nicht gut sein; Menschen verhungern oder werden – unterernährt verfügen sie über wenig Widerstandskraft – Opfer von Krankheiten, die dem Gesunden weniger anhaben. Die hohe Sterblichkeit löst viele Ehen auf; infolgedessen werden Bauern- und Handwerkerstellen frei für junge Menschen, die unter normalen Umständen gar nicht ans Heiraten hätten denken können. Das Heiratsalter sinkt, weniger Menschen sind gezwungen abzuwandern (z. B. in die Stadt); vielleicht wandern sogar Menschen zu – und nach ein, zwei Jahren kommt es nach Ausweis der Taufbücher zu einem Geburtenboom.

²⁰ Zur Erschließung von Bildern als Quellen für die historische Demographie vgl. A. E. Imhof, Säuglingssterblichkeit im europäischen Kontext, 17.–20. Jahrhundert. Überlegungen zu einem Buch von A. Brändström (Newsletter N° 2) Umea/Schweden 1984, S. 23 ff.; ders., Verlorene Welten (s. A 10) passim.

Ein anderes Beispiel, aus dem der breite Fächer in Betracht zu ziehender Wirkursachen hervorgeht. In Fig. 5 zur Entwicklung der Berliner Bevölkerung ist von der „demographischen Transition“ die Rede. Zu diesem Phänomen schreibt Imhof: „Zwar ist der Mechanismus, der zum Rückgang der Mortalität führte, noch nicht völlig geklärt (insbesondere möchte man wissen, welche Altersgruppe die demographische Transition einleitete), doch dürften u. a. bessere Kommunikationssysteme, Erweiterung der Marktbereiche, steigende Angebote für Nebenerwerb in der Heimindustrie, zunehmendes Interesse am Säugling bzw. Kind (erste Pädiater), neue Nahrungs- bzw. Futtermittel bzw. bessere Ernährung, allmähliches Ansteigen des Hygienestandards, der Ärzte- und Krankenhausdichte, der medikamentösen Versorgung, das Begreifen von Krankheiten als Funktionsminderung bzw. -ausfall von Organen und nicht länger als gottgesandte Strafe bzw. Vorbereitung auf den Tod, die allgemeine Alphabetisierung usw. mit dazu beigetragen haben.“²¹ Imhof lehnt monokausale Erklärungen ab. Er bringt ein ganzes Bukett möglicher Wirkursachen ins Spiel, das man *auch* als Programm für die Erforschung der Geschichte einer gegebenen Stadt verstehen kann.

Da die Bevölkerungsgeschichte mancher Orte schon untersucht worden ist,²² bietet sich dem Stadthistoriker darüber hinaus die Möglichkeit, seinen Studien durch den Vergleich mit anderen Orten Tiefenschärfe zu geben: Wie sah es in »meiner« Stadt aus mit Hygiene, demographischer Transition, empfängnisverhütenden Methoden, der Auflösung überkommener Ordnungen in Krisenzeiten? Mit welcher Einstellung begegnete man Katastrophen wie Hunger, Krieg, Seuche? Wer nahm sie hin wie ein göttliches Strafgericht, ergeben, passiv, sich in das Unvermeidliche schickend, wer versuchte durch Werke der Barmherzigkeit die Not zu lindern? Wer ergriff während und nach der Krise vorbeugende Maßnahmen: Anlage von Lebensmittelspeichern, hygienische Vorkehrungen (z. B. Verlegung von Friedhöfen, Quarantäne, Sorge für Trinkwasser), Propagierung medizinischer Kenntnisse, Ausbildung von Ärzten und Hebammen, Einrichtung von Spitälern und Apotheken?

Um auf das Zitat Imhofs zurückzukommen: Der Stadthistoriker kann vielleicht Aussagen dazu machen, welche Rolle bessere Kommunikationssysteme, die Erweiterung der Marktbereiche (Angebot von preiswertem frischem Obst und Gemüse auf dem Markt), das Interesse für Säugling und Kind, die Alphabetisierung bei der Eindämmung von Säuglings- und Kindersterblichkeit in dieser Stadt gespielt haben, wobei er nach Zeit, sozialer Schicht, Stadtteil usw. möglichst differenziert. Mit seiner Fallstudie – und jede Stadtgeschichte läßt sich als Fallstudie verstehen – ergänzt er andere Untersuchungen, bekräftigt oder modifiziert deren Aussagen. Mit der Analyse des Mikrokosmos einer Stadt bestätigt oder korrigiert er Globalstudien zu dem Raum, in den die Stadt eingebettet ist.

²¹ A. E. Imhof, Bevölkerungsgeschichte, (s. A 3), S. 28, 30.

²² Vgl. Rödel, (s. A 2), 317 ff., Nr. 52 ff.

Methode der Familienrekonstitution

In dem klassischen zentralen Bereich der historischen Demographie geht es kaum ohne Teamarbeit, wenn in absehbarer Zeit weiterführende Ergebnisse vorliegen sollen; die Methode der Familienrekonstitution ist nämlich sehr zeitaufwendig.²³ Aus den Tauf-, Ehe- und Sterberegistern werden alle Angaben zu einer Kernfamilie herausgezogen und zusammengestellt: Ausgehend von einem Eintrag im Ehebuch fragt man: Wann und mit welchem Alter heirateten diese zwei Menschen? Woher kamen sie? Welchen Schichten gehörten sie an? Wieviele Kinder gingen aus dieser Ehe hervor? Wie groß sind die zeitlichen Abstände zwischen Eheschließung und der Geburt des ersten Kindes sowie den weiteren Geburten? Wie sieht es mit der Kindersterblichkeit aus? Wurde die Ehe vorzeitig durch den Tod eines Partners gelöst, oder erlebten beide mindestens das 50. Lebensjahr? Probleme, die oben schon angedeutet wurden, spitzen sich hier zu: Schreibweise der Namen und Wechsel des Wohnortes. Zu schweigen von der Frage der Repräsentativität: Auf diese Weise gewinne ich Einblick in stabile, vielleicht sogar über mehrere Generationen am selben Ort ansässige Familien, die über ein leidliches Auskommen verfügten; andere Familien, die immer wieder weiterziehen mußten, fallen durch die Maschen dieses Netzes.

Trotz dieser Einschränkungen gilt: Man erhält eine realistische Vorstellung von der Größe der Familien in der jeweiligen Zeit (die Familie Bach dürfte für kein Jahrhundert repräsentativ sein); ferner gewinnt man Einblick in die Chancen von Kindern, das Erwachsenenalter zu erreichen – und zwar differenzierbar nach Region, Beruf, Stadt/Land, Konfession, Kinderzahl insgesamt. Wenn das erste Kind im Laufe des ersten Ehejahres geboren wurde, in den nächsten zehn Ehejahren nur zwei weitere Kinder folgten, ist die Frage erlaubt, ob die Eltern das Wachsen der Familie bewußt geplant haben.²⁴ Man kann dann Standes- und Erbauungsbücher, Kalender, Pamphlete des betreffenden Raumes und der entsprechenden Zeit durchsehen und fragen, ob hier und in anderer Gebrauchsliteratur Methoden der Familienplanung oder Empfängnisverhütung erörtert wurden, evtl. durch Schilderung von Gestalten, die der Verachtung oder Mißbilligung des Lesers gewiß sind. Da Handbücher für den Beichtvater alle Generationen neu herauskamen oder überarbeitet wurden, bilden sie eine Quelle für die jeweilige Verbreitung »sündhafter Praktiken«, nach denen verheiratete Erwachsene in der Beichte befragt werden sollten.²⁵ Weiteres Material bergen Standespredigten, wie sie bis weit ins 20. Jahrhundert vor Verheirateten und Unverheirateten (nach Männern und Frauen getrennt) gehalten wurden. Hat man mehrere

²³ Deshalb empfiehlt sich hier der Einsatz geeigneter Stichprobenverfahren, z. B. Beschränkung der Untersuchung auf Familien, deren Namen mit »S« anfängt. Es ist kaum anzunehmen, daß auf diese Weise Angehörige bestimmter Berufe, sozialer Schichten, Herkunftsregionen in der Untersuchung über- oder unterrepräsentiert erscheinen.

²⁴ Vgl. J. E. Knodel, *The decline of fertility in Germany, 1871–1939*, Princeton 1974.

²⁵ Vgl. J. T. Noonan Jr., *Empfängnisverhütung, Geschichte ihrer Beurteilung in der katholischen Theologie und im kanonischen Recht* (= Walberger Studien der Albertus-Magnus-Akademie, Theologische Reihe Bd. 6), Mainz 1969.

Familien rekonstituiert, so ordnet man die daraus ableitbaren kollektiven Biographien nach den Geburtsjahrzehnten der Frauen (etwa die in den 1760er, 1770er, 1780er Jahren geborenen) und faßt die Familien jeweils zusammen (Frauen deshalb, weil das sogenannte »Ausschöpfen« ihrer Fruchtbarkeit, die Spanne vom 15. bis zum 45. Lebensjahr, mitentscheidend ist für Wachstum, Stagnieren oder Rückgang der Bevölkerungszahl). Man sucht nach Konstanten und Veränderungen etwa hinsichtlich des Heiratsalters, des Alters der Mutter bei der Geburt des ersten sowie des letzten Kindes, des Abstandes, in dem die Kinder aufeinander folgten: Größere zeitliche Abstände zwischen den Geburten bedeuten im allgemeinen bessere Überlebenschancen für jedes einzelne zur Welt gekommene Kind. Bleibt der Mutter Zeit, sich zwischen den Geburten zu erholen, sich um das einzelne Kind zu kümmern? Können die Eltern ihm eine Ausbildung geben? Wird (etwa vorhandenes) Vermögen im Erbgang zersplittert?

Die Methode der Familienrekonstitution erlaubt damit Aussagen zu den Überlebens- und Aufstiegschancen von Kindern aus Ehen, die sich nach Beruf des Mannes, der sozialen Schicht, dem Vermögen, der Konfession unterscheiden. Zwei Beispiele mögen zeigen, daß sich die Überlebenschancen von Kindern gelegentlich umgekehrt proportional zum Wohlstand der Eltern verhalten konnten. In Schweden fütterten wohlhabende Mütter ihre Säuglinge zeitweilig mit saurer Kuhmilch – was den Kindern im allgemeinen schlecht bekam. Arme Mütter hatten kein Geld zum Kauf von Kuhmilch, sie mußten ihre Säuglinge stillen; diese wurden besser mit Infektionskrankheiten fertig als die mit Kuhmilch ernährten Säuglinge.²⁶ – In wohlhabenden Kreisen Frankreichs war es zeitweise Mode, Kinder bald nach der Geburt an Ammen auf dem Land weiterzugeben, die sich mit dem Stillen fremder Kinder ein Zubrot, vielleicht sogar ihren Lebensunterhalt verdienten. Einer Frau war am 14. Juli 1784 ihr viertes Kind im Alter von 25 Tagen gestorben. Sie übernahm daraufhin in den nächsten zwölf Monaten zahlreiche Kinder zum Stillen, von denen mindestens 27 (siebenundzwanzig!) gestorben sind, davon an drei Tagen jeweils zwei; das Alter der Verstorbenen schwankte zwischen vier Tagen und drei Monaten. Alle diese Verstorbenen wurden ordnungsgemäß in die Kirchenbücher eingetragen. Französische Forscher sprechen von gesellschaftlich geduldetem, allgemeinem Kindermord.²⁷

Aussagen der Einträge in Tauf, Heirats- und Sterbebüchern

Im besten Fall werden in den »klassischen« Kirchenbüchern vermerkt: Vor- und Familienname des Täuflings, der Eltern, der Brautleute, des Verstorbenen; Tag der Geburt, der Taufe, der Trauung, des Todes, des Begräbnisses; Alter, Beruf, Stand, Herkunftsort von Brautleuten, Paten, Trauzeugen, Leichenschauern; Wohnung der Eltern, Brautleute, des Verstorbenen; Unterschriften; gelegentlich wird sogar der Ehevertrag in das Heiratsregi-

²⁶ A. E. Imhof (s. A 20), S. 12f.

²⁷ A. E. Imhof (s. A 12), S. 65f.

ster eingetragen. Tabelliert man die Daten im Taufbuch nach Geschlecht und Geburtsmonat, so erhält man als »Abfall« die Zahlen für das ganze Jahr, die mit den in den Büchern vermerkten Jahressummen nicht immer übereinstimmen – nicht nur wegen der Unsicherheit, ob und wie Totgeburten sowie vor der Taufe verstorbene Kinder zu zählen sind. Die Zahl der Taufeinträge kann von Jahr zu Jahr sehr stark schwanken; in Mainz wurden 1639 z. B. nur zwei, 1640 aber 181 Taufen registriert²⁸ – manche möglicherweise aus früheren Jahren nachgetragen.

Bei der Auszählung achtet man auf das Zahlenverhältnis von Knaben- zu Mädchengeburten, den Anteil von Mehrfachgeburten und den Geburtsmonat. Im allgemeinen verteilen sich die Geburten nämlich nicht regelmäßig über das Jahr, auch dann nicht, wenn man die unterschiedliche Länge der Monate berücksichtigt. Und hier wird man auf mögliche Zusammenhänge zwischen dem Termin der Geburt und der Belastung der Mutter, etwa in einem bäuerlichen Betrieb, verwiesen, ferner auf Fragen der Familien- und Geburtenplanung sowie auf die Frage der Einhaltung von Normen.

Die Eheleute konnten durch bewußte Planung den Termin der Niederkunft in eine für sie günstige Jahreszeit legen.²⁹ Der Konzeptionsmonat gibt Einblick in Verhaltensweisen, die sich – weitgehend – der Kontrolle durch die Obrigkeit entzogen. Auch hinsichtlich des generativen Verhaltens gibt es offensichtlich ausgeprägte Unterschiede zwischen einzelnen Gruppen (Menschen in der Stadt, auf dem Land, in einer Groß- bzw. Kleinstadt lebend, katholischen oder evangelischen Bekenntnisses, Gewerbetreibende oder Industriearbeiter, Arme und Reiche, von den Veränderungen im Laufe der Jahrhunderte zu schweigen). Wurden in Hungerzeiten bewußt weniger Menschen gezeugt oder – eine wiederholt formulierte Hypothese – kann Hunger bei Frauen (vielleicht auch bei Männern?) zu vorübergehender Unfruchtbarkeit führen?

Schließlich das Verhalten der Menschen gegenüber Normen. Die Kirche hat jahrhundertlang Hochzeiten in der Fasten- und in der Adventszeit verpönt; Dispens wurde oft nur dann gewährt, wenn die Braut hochschwanger war und die Eltern dem Risiko vorbeugen wollten, ein uneheliches Kind zu bekommen. Die Einhaltung des Hochzeitstermins war leicht zu überwachen. Anders verhielt es sich mit dem Gebot, in den »geschlossenen Zeiten« auf den Geschlechtsverkehr zu verzichten. Hier bietet sich dem Historiker die Chance, die Tiefenwirkung solcher Anordnungen zu überprüfen. Wurden neun Monate nach der Fastenzeit wirklich signifikativ weniger Kinder geboren? Läßt sich ein entsprechendes Geburtendefizit mit der Befolgung kirchlicher Normen erklären, oder gibt es andere Ursachen? Wie wird dieses Gebot in ländlichen Gemeinden befolgt, wie in städtischen, wie im Laufe der Jahrhunderte? Macht sich ggf. lange vor der Französischen

²⁸ E. Simon / H. Immel / E. Rettinger, Untersuchungen zur Bevölkerungsgeschichte der Pfarrei St. Ignaz in Mainz (1603–1650), in: *Geschichtliche Landeskunde*, Bd. XIV, Wiesbaden 1976, S. 138–152, hier S. 145.

²⁹ Eine Bäuerin, die ihr Kind im Februar oder März geboren hatte, war zur Zeit der Ernte wieder arbeitsfähig.

Revolution aufklärerisches Denken, Distanziertheit oder gar Opposition zur kirchlichen Lehre bemerkbar? Wie verhielten sich in dieser Hinsicht Alt- und wie Neugläubige? Die Kirchenspaltung im 16. Jahrhundert bedeutete ja nur auf Teilgebieten einen Bruch; manche Kontinuitäten erfahren wir bewußter als die Zeitgenossen, Kontinuitäten, an die die Ökumensische Bewegung unserer Tage anknüpfen kann. Auch die lutheranische Obrigkeit hat noch lange wie selbstverständlich an das Gebot erinnert, freitags auf den Genuß von Fleisch zu verzichten. Die Auswertung der Kirchenbücher zweier lutheranischer Gemeinden in Speyer zeigt, daß im Dezember bemerkenswert weniger Kinder geboren wurden.³⁰ Könnte sich hierin vielleicht die Einhaltung eines aus vorreformatorischer Zeit stammenden Gebotes spiegeln, in der Fastenzeit – d. h. vor allem im Monat März – auf den Geschlechtsverkehr zu verzichten? Die Frage kann hier nicht beantwortet werden. Wer sie verneint, muß die monatsweisen Unterschiede in der Häufigkeit der Konzeptionen und die Einebnung solcher Unterschiede im Laufe der Jahrhunderte anders erklären.

Aus Ehe- und Taufregistern geht hervor, wieviele Monate zwischen der Trauung und der Geburt des ersten Kindes verstrichen. Erwiesenermaßen vorehelich gezeugte Kinder wurden von Alt- und Neugläubigen zeitweise zu den unehelichen Kindern gerechnet. Wieviele Ehepaare haben sich trotzdem über die Norm hinweggesetzt, bis zur Einsegnung der Ehe enthaltsam zu leben? Und weiter: Wieviele Kinder wurden von ledigen Müttern³¹ zur Welt gebracht?

Illegitimität muß in folgende Zusammenhänge eingeordnet werden: Voreheliche Schwangerschaft, Kindsaussetzung und -tötung, Kontrazeption, Prostitution, wirtschaftlicher Hintergrund, Kinderheilkunde, vor allem aber Recht: Von welchem Zeitpunkt an gelten Menschen nach ihrem eigenen und dem Verständnis der weltlichen sowie der geistlichen Obrigkeit als verheiratet? Welche Bedeutung kommt dem Verlöbnis zu, auch hinsichtlich des Erbrechtes?

Trotz schwieriger Definitionsfragen – die in der einen Gegend als unehelich geborenen Kinder würden in der anderen als legitim gelten – erlaubt die Untersuchung der Illegitimität tiefen Einblick in eine Gesellschaft: Illegitimität ist einer der wenigen Typen abweichenden sozialen Verhaltens, das über Jahrhunderte nach Raum, Gemeindegröße, sozialer Schicht, Konfession gemessen werden kann. Wie sind Unterschiede hinsichtlich des Anteils unehelicher Geburten in benachbarten Räumen zu deuten, um 1900 in Österreich z. B. hoch, in der Schweiz niedrig?³² Wie ist das vielerorts zu beobachtende Ansteigen der Rate der Illegitimen Ende des 18. Jahrhunderts zu erklären? Ausdruck der

³⁰ Im Durchschnitt der Jahre 1594–1650 im Dezember etwa 250, im Januar über 340 Taufen; N. Ohler, (s. A 6), S. 588.

³¹ Vgl. M. Mitterauer, *Ledige Mütter. Zur Geschichte illegitimer Geburten in Europa*, München 1983.

³² Vgl. die eindrucksvolle Europakarte in: *Bastardy and its comparative history*, hrg. von P. Laslett / K. Oosterveen / R. M. Smith, London 1980, S. 12.

Verwilderung der Sitten, abweichenden Verhaltens, der Emanzipation der Frau, einer sexuellen Revolution? Folge des Ansteigens der Reallöhne (ledige Mütter konnten vielleicht ein oder zwei Kinder durchbringen)? Versagen sozialer Kontrollen? Vielleicht hatte der Pfarrer sich früher nicht die Mühe gemacht, »illeg.« hinter den Namen zu vermerken. Oder die sozialen Kontrollen funktionierten so gut, daß ledige Mütter sich nicht trautes, ihr Kind in der Heimatgemeinde zur Welt zu bringen; sie wichen deshalb zur Entbindung in die Stadt aus. Jüngere Forschungen haben gezeigt, daß uneheliche Geburten oft in Familien oder Teilfamilien über Generationen hinweg massiert auftraten, daß die Illegitimität oft *nicht* mit langem Zölibat bzw. einem hohen Prozentsatz niemals Heiratender korreliert.³³

Kontinuitäten und Brüche in der Geschichte einer Stadt lassen sich ferner an der Auswahl der Taufnamen aufweisen. Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts gingen Eltern einer südwestdeutschen Pfarrei von den bis dahin üblichen, aus Bibel und früher Kirchengeschichte bekannten Rufnamen ab (Fig. 6).³⁴ Kollektiver Generationenkonflikt? Modeerscheinung? Ausdruck aufklärerischen Denkens? Auch dieses Beispiel zeigt, daß ein Befund oft schneller festgestellt als überzeugend gedeutet ist. Auf jeden Fall bedarf die bewußte oder unbewußte Abwendung von Traditionen einer Erklärung.

Zu den Eheregistern: Auf die monatsweise unterschiedliche Verteilung der Hochzeiten wurde schon verwiesen, auch darauf, daß nach einem großen Sterben oft viele Ehen geschlossen wurden. Stammten Braut und Bräutigam aus demselben Dorf (Streben nach Besitzarrondierung unter Landwirten), aus derselben Stadtpfarrei, aus derselben sozialen Schicht? Begünstigte die Frau den sozialen Aufstieg (reicher Bürgersohn heiratet arme Adelstochter)?

Die Frage »Wer heiratet« schließt die Frage ein: Wer konnte, durfte (noch) nicht heiraten? Steht hinter der Festsetzung eines Mindestvermögens, eines Mindestalters, einer Mindesttrauerzeit (bei verwitweten Personen) das Streben der Obrigkeit, das Bevölkerungswachstum zu drosseln? Zur Trauerzeit: Ein Witwer mit kleinen Kindern konnte sich kein Trauerjahr leisten, oft nicht einmal einen Trauermonat, wenn ihm die Mittel fehlten, eine Haushaltshilfe zu bezahlen. Wenn die Braut mit zwanzig Jahren heiratet, können aus der Ehe mehr Kinder hervorgehen als wenn eine Frau erst mit 27 Jahren vor den Traualtar tritt. Schwankungen im durchschnittlichen Heiratsalter der Brautleute können auch Ausdruck von Not sein.³⁵

³³ Peter Laslett in der Einführung zu Bastardy (s. A 32), S. 59.

³⁴ Vgl. N. Ohler, Pfarrbücher als Quellen für den Historiker. Methoden und Möglichkeiten ihrer Erschließung, dargestellt am Beispiel der Pfarrbücher von Hochdorf/Breisgau, in: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3 (1974–1977), S. 115–148, hier S. 130, Abb. 5.

³⁵ So stieg etwa in Hochdorf das Alter der Eheschließenden (ohne verwitwete Personen) zwischen den Jahrfünftern 1792/96 und 1867/71 erheblich an, bei Frauen bemerkenswert stärker (von 22 auf fast 27 Jahre) als bei den Männern (von 26 auf etwa 28 Jahre). N. Ohler (s. A 34), S. 132, Abb. 9.

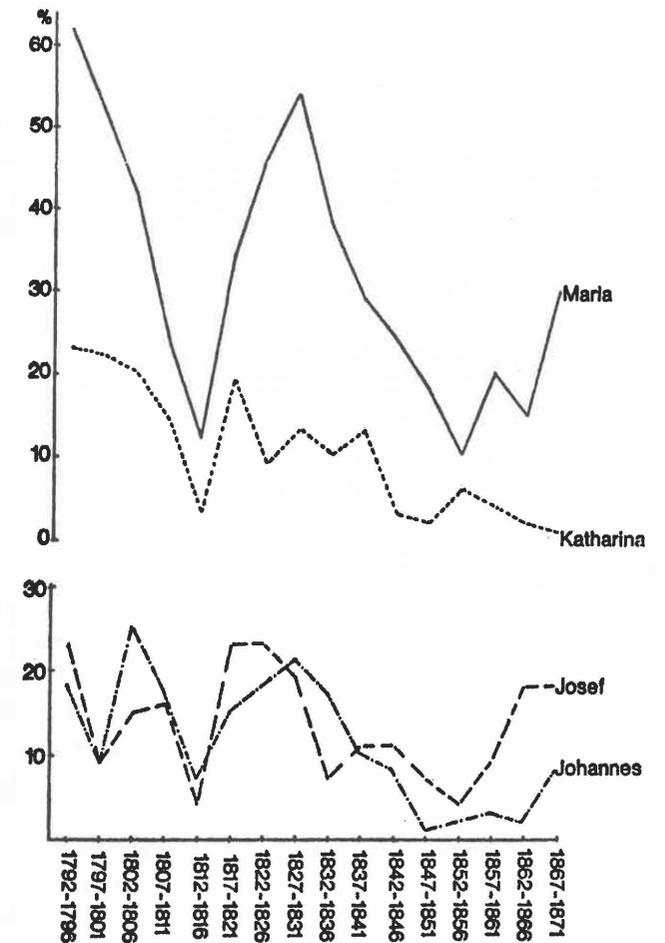


Fig. 6 Hochdorf/Brg. Relative Häufigkeit von Vornamen (jeweils die zwei häufigsten Mädchen- und Jungennamen).

»Bis daß der Tod euch scheidet« mag früher fünf bis fünfzehn Jahre bedeutet haben, heute kann es heißen, ein halbes Jahrhundert an einen Menschen gebunden zu sein. Mit dem Blick auf hohe Scheidungsquoten unserer Tage haben Demographen zu bedenken gegeben, daß die Menschen vielleicht noch gar nicht die Zeit hatten, sich auf eine lange Ehedauer einzustellen. Abschätzige Einträge in den Heiratsregistern provozieren die Frage: Wie verfahren politische und kirchliche Obrigkeiten mit ledigen Müttern, wie mit schwangeren Bräuten? Diese durften in Straßburg – um ein Beispiel zu nennen – nur mit einem Witwenschleier zum Traualtar treten.³⁶ Mußte das Brautpaar vielleicht Wochen vor der Trauung im Büßergewand am Kircheneingang stehen, wenn die »guten Christen« zum

³⁶ J.-P. Kintz (s. A 9), S. 213.

Hauptgottesdienst schritten? Zur Beantwortung auch solcher Fragen ist ergänzendes Quellenmaterial zu erschließen.

Die Sterberegister geben Einblick in die alters-, monats- und geschlechtsspezifische Sterblichkeit, in das Spektrum bekannter Todesursachen, in charakteristische Unterschiede hinsichtlich sozialer Schicht, Beruf, Vermögen, Ortsgröße, Stadtteil (vgl. Fig. 2), Land, Zeit usw. Wer profitierte zunächst von der Zurückdrängung der Sterblichkeit, unterschieden nach Geschlecht, Lebensalter, sozialer Schicht usw.? Wann kehrte sich die geschlechtsspezifische Übersterblichkeit der Frauen in ihr Gegenteil um? Trotz Mehrfachbelastung durch Beruf und Haushalt haben Frauen heute eine erheblich höhere Lebenserwartung als Männer! Wie kam früher die Übersterblichkeit der Frauen zustande? Spielte das Kindbettfieber wirklich die Rolle, die man ihm häufig zuweist?

Wie überlagerten sich die verhängnisvollen Auswirkungen der drei »klassischen« Übel: Hunger, Pest, Krieg? Wie wirkten sich diese einerseits, Herdkrankheiten, schleichende Todesursachen (z. B. Mangel an Spurenelementen, Vitaminen) andererseits auf die Lebenserwartung aus?

Mögliche Ursachen hoher Säuglingssterblichkeit: Arbeitsüberlastung der Mutter in Haus, Hof und Feld; hoher Anteil von unehelich geborenen, ausgesetzten oder Waisenkindern (Fehlen eines männlichen Versorgers; in Findelhäusern unzureichende Betreuung von Kindern und günstiger Nährboden für Infektionskrankheiten); kurze Geburtenintervalle; hoher Anteil sehr junger bzw. alter Mütter. Statistische Mittelwerte können die wahren Verhältnisse verschleiern – eine Einsicht, die man leicht vergißt, wenn man »Durchschnittszahlen vor sich hat. In Schweden schwankte die Säuglingssterblichkeit im 18. Jahrhundert zeitweise zwischen 0 und 866 Promille,³⁷ d. h. von zehn Kindern erreichten alle oder nur ein bis zwei das Erwachsenenalter!

Zur geschlechtsspezifischen Kindersterblichkeit: Wurden Mädchen und Jungen gleich ernährt und umsorgt? Waren männliche Nachkommen als künftige Arbeitskräfte vielleicht willkommener als Töchter, bei denen zudem Ausgaben für die spätere Aussteuer drohten? Wie reagierten – und auch diese Fragen führen weit über die Aussagen der Sterbebücher hinaus – die Eltern auf den Verlust eines Kindes: Schmerz, Leid, Verzweiflung, Aufbäumen gegen das Schicksal, Apathie – oder vielleicht Aufatmen darüber, daß ein »unnützer Esser« weniger am Tisch saß?³⁸ Wer konnte überhaupt seine Gefühle der Nachwelt hinterlassen, und wer nicht? Muß man davon ausgehen, daß Wertvorstellungen sich schichtenspezifisch unterschieden? Wie reagierten Eltern, Verwandte, Behörden auf hohe Kindersterblichkeit? Wer sorgte für Abhilfe, wer leistete Widerstand, z. B. gegen die Einführung der Pockenschutzimpfung? Griffen die Behörden in Städten früher und wirksamer zugunsten der Kleinkinder ein als auf dem Lande? Wann und unter welchen Begleitumständen kehrte sich die jahrhundertelange Übersterblichkeit der Stadtbewohner um? Wann (Jahr, Monat) traten Krankheiten epidemisch auf (nach Gegend bzw. Stadtviertel und sozialer Schicht

³⁷ A. E. Imhof, Säuglingssterblichkeit (s. A 20), S. 14.

³⁸ Vgl. hierzu und zur Technik des »Himmels« A. E. Imhof, Die gewonnenen Jahre (s. A 12), S. 44.

differenziert)? Welche Rolle spielten bei der Ausbreitung von Seuchen Handel, Flüchtlinge, Krieg? Wer wurde zunächst, wer zuletzt befallen? Welche Vorkehrungen gelten nach den heutigen Kenntnissen der medizinischen Wissenschaft als wirksam, welche Maßnahmen neutralisierten sich? Menschenansammlungen konnten verboten, eine Universität geschlossen, aber gleichzeitig zu Bittprozessionen für die Abwendung der Seuche, zum Besuch von Gottesdiensten für das Seelenheil der Verstorbenen aufgerufen werden!

Mobilität

Die Auswertung von Angaben zu Herkunft bzw. Wohnort von Eltern, Brautleuten usw. gibt Einblick in die regionale und die soziale Mobilität einer Bevölkerung. Der Umzug in ein angeseheneres Stadtviertel kann im allgemeinen als Indiz sozialen Aufstiegs gedeutet werden (und umgekehrt). Die Kirchenbücher bilden damit wichtige Quellen für den Bereich »historische Mobilitätsforschung«.

Die Bücher verraten ferner, wer zur Entbindung, wer zum Sterben in die Stadt kam, wer in die Stadt oder aufs Land flüchtete (in die Stadt strömten politisch Verfolgte, religiöse Minderheiten, Landbevölkerung im Krieg; Städter flüchteten in Seuchenzeiten aufs Land – es sei an die klassische Schilderung in Boccaccios Decamerone erinnert). Was suchen oder erwarten die Menschen in der Stadt? Hilfe? Schutz, vielleicht den Schutz der Anonymität (man denke auch an die Stadtstreicher heute)? Welche Faktoren begünstigten, welche erschwerten die Integrierung Neuhinzugekommener? Welche Rolle spielten in diesem Prozeß Religion (etwa für die Assimilierung der Juden), Konfession, Vermögen, Bildung, besondere Fertigkeiten, soziale Schicht, Sprache usw.? Manche der von der historischen Demographie aufgeworfenen Fragen geben Problemen unserer Zeit oft unerwartete Tiefenschärfe (Integrierung muslimischer »Gastarbeiter«, Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt).

Vernetzung der Gesellschaft

Bei der Auswahl von Paten und Trauzeugen wurden (und werden) bestimmte Personengruppen bevorzugt. Daher die Fragen: Wer wird gebeten, Trauzeuge zu sein oder eine Patenschaft zu übernehmen? Und wer nicht? Werden Verwandte, Nachbarn, Zunftgenossen oder Berufskollegen bevorzugt? Wer solchen Bindungen nachgeht, deckt ein Netz sozialer, vielleicht gar wirtschaftlicher Bindungen auf.³⁹ Diese Bindungen sind um so höher zu bewerten, als die Patenschaft sich auch als Einrichtung zur Entschärfung von Generationenkonflikten verstehen läßt. Darüber hinaus kann man Patenschaften als Indikatoren für die Integrierung Zugezogener deuten: Von wann an wurden im Ruhrge-

³⁹ Vgl. hierzu N. Ohler, Am Schicksal Einzelner die großen Linien historischer Strömungen erfassen. Anregungen eines Historikers für den Genealogen, in: Genealogie 33 (1984), S. 232–247, hier S. 243 ff. (Leben in Gemeinschaften).

biet zugezogene polnische Bergarbeiter von Einheimischen gebeten, die Patenschaft eines Kindes zu übernehmen?

Alphabetisierung

Brautleute, Eltern von Täuflingen, Leichenschauer wurden oft veranlaßt, den betreffenden Eintrag im Kirchenbuch mit eigener Hand zu bestätigen. Dieses kann auch Einblick in den Prozeß der Alphabetisierung einer Gesellschaft gewähren. Man kann daher fragen: Wer kann seinen Namen schreiben – und wer (noch) nicht? Konkret: Ist der Bräutigam häufiger in der Lage, mit vollem Namen zu unterschreiben als die Braut? Muß die Hand noch (oder: schon wieder) geführt werden? Sind aufstiegswillige Arme früher in der Lage zu schreiben als etablierte Wohlhabende?⁴⁰

Wer mit vollem Namen unterzeichnet, kann im allgemeinen auch lesen. Er ist damit nachhaltig ansprechbar für aufklärerisches Gedankengut, aufklärerisch in religiöser, politischer *und* im weitesten Sinne pädagogischer Hinsicht: Lesekundige Frauen können sich breiter und tiefer informieren über Fragen der Säuglings-, Kranken- und Körperpflege, über Kindererziehung, gesunde Ernährung und gesundes Wohnen.⁴¹

Anregungen

Ansatzweise strebt die historische Demographie eine »histoire totale« an: Von Geburt, Heirat, Tod ausgehend, sucht sie weite Lebensbereiche zu erhellen, so weite, daß man ihr getrost imperiale Tendenzen unterstellen darf. Wer sich bei seinen eigenen Arbeiten von ihr anregen läßt, sieht sich auf das Gespräch mit Vertretern anderer Wissenschaften verwiesen; damit wird die unguete Abschottung der eigenen Disziplin zumindest punktförmig aufgebrochen.

Die Erforschung einzelner Aspekte der historischen Demographie läßt sich mit der doppelten Aufgabe des Stadthistorikers verbinden. Er soll die Entwicklung der Gemeinde, die Bedeutung von Recht, Wirtschaft, Kirche, Parteien, Gewerkschaften, Schulen, Verbänden *und* der Bevölkerung angemessen darstellen und zu einem kohärenten Gesamtbild zusammenfügen. Darüber hinaus ist der Stadthistoriker berufen, wenigstens punktförmig Neuland zu betreten – auch durch Erschließung bislang ungehobener Quellen. Zu diesen zählen in Deutschland immer noch bevölkerungsgeschichtliche Quellen, obwohl sie mancherorts seit Jahrzehnten in Form von Ortssippenbüchern teilweise aufbereitet vorliegen. Vielleicht kann die hier versuchte Bündelung von Fragestellungen der historischen Demographie dem einen oder anderen Historiker Anregungen für die Erforschung »seiner« Stadt vermitteln.

⁴⁰ Vgl. F. Furet / J. Ozouf (Hrsg.), Lire et écrire, L'alphabétisation des Français de Calvin à Jules Ferry. 1.2., Paris 1977.

⁴¹ Vgl. A. E. Imhof, Säuglingssterblichkeit (s. A 20), S. 42ff.

Hans-Reinhard Rief

Altstadtsanierung: zum Beispiel Ravensburg

Stadtgeschichte – Sanierung Gänsbühl – Sanierung Unterstadt – Sanierung Oberstadt – Sanierung von öffentlichen Gebäuden – Verkehrsberuhigung Innenstadt – Organisation und Finanzierung – Sozialplan und Bürgerbeteiligung – Literatur

Stadtgeschichte

Die Stadt Ravensburg führt ihre Entstehung auf die im Jahre 1088 als Gründung von Welf IV. erstmals erwähnte Ravensburg zurück, der sie auch ihren Namen verdankt. Die Burg wurde später staufisch und war bis zu ihrer Zerstörung 1647 Sitz des Reichslandvogts von Schwaben. Sie wurde später nach dem Patron der Burgkapelle Veitsburg genannt, besteht heute nur noch aus wenigen alten Gebäudeteilen, bietet aber nach wie vor einen ausgezeichneten Rundblick über die Stadt und das Schussental.

Am Ortsrand des von einem Ausläufer des Rheingletschers geformten Schusstales haben außerhalb der sumpfigen und unwegsamen Talsohle schon viel früher Ansiedlungen bestanden. Am Fuße des Burgberges kreuzten sich außerdem die alte in Nord-Süd-Richtung verlaufende Römerstraße und eine wichtige Ost-West-Verbindung mit Furt durch die Schussen. Damit waren alle Voraussetzungen für die Entwicklung einer Stadt gegeben. Ravensburg erhielt 1152 Marktrecht und 1267 von Konradin, dem letzten

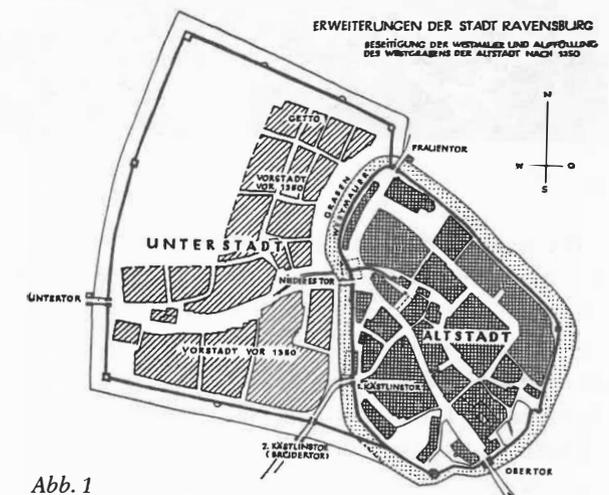


Abb. 1

Stauer, Siegel- und Münzrecht. Unter Ludwig von Habsburg wurde Ravensburg 1276 Freie Reichsstadt und entwickelte sich so vorteilhaft, daß nach 1350 eine planmäßige Erweiterung der Stadtbefestigung nach Westen notwendig wurde. So entstand der heute noch erhaltene Stadtgrundriß mit einem gekrümmten Achsenkreuz aus räumlich interessanten Straßenplätzen, einer stärker von der Topographie bestimmten und von reicheren Patrizierhäusern geprägten Oberstadt und einer vorwiegend im rechten Winkel geordneten Unterstadt der Handwerker und ärmeren Leute mit bescheideneren Häusern.

Die mittelalterlichen Verteidigungswerke treten mit 3 der ursprünglich 4 Tortürme, weiteren 9 Türmen und Rondellen sowie erhaltenen Teilen der Stadtmauer im Stadtbild in Erscheinung. Besonders auffällig sind der schlanke Rundturm des »Mehlsack« am Fuße der Burg, der auch als Wahrzeichen der Stadt gilt, und der 1986 in seiner ursprünglichen Farbigekeit wiederhergestellte »Gemalte Turm«.

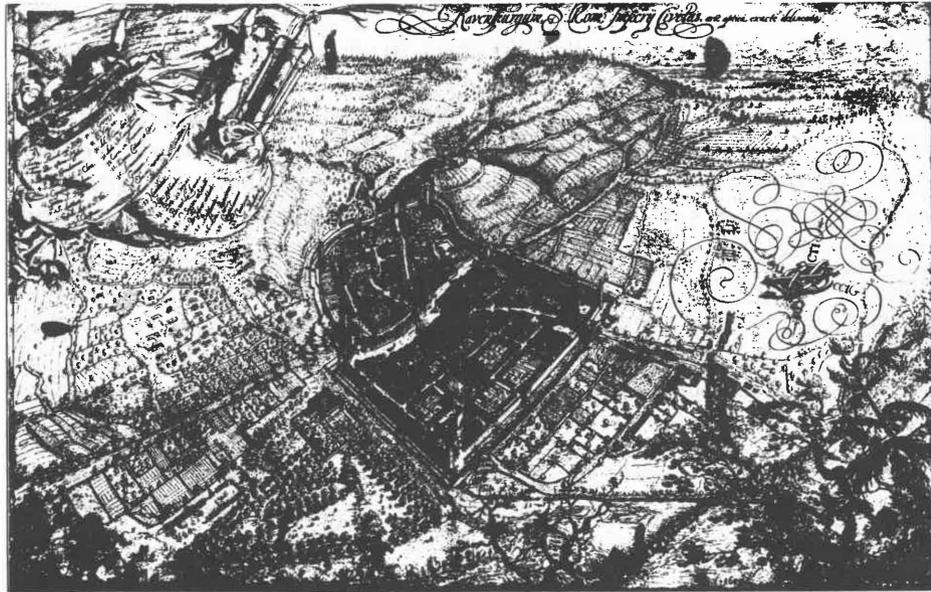


Abb. 2

Die Stadt erlebte ihre größte Blütezeit zwischen 1380 und 1530, als die Ravensburger Handelsgesellschaft, im 15. Jahrhundert bedeutendste deutsche private Gesellschaft, Handelsbeziehungen mit ganz Europa pflegte und zahlreiche Agenturen vor allem im Mittelmeerraum unterhielt. Gehandelt wurde vorwiegend mit den einheimischen Produkten Leinwand und Papier aber auch mit Waren aller Art. Danach verliert die Stadt ihre Bedeutung im Fernhandel, wird vom 30jährigen Krieg und von der Pest hart getroffen und schließlich im Rahmen der territorialen Neugliederung 1802 dem Kurfürstentum Bayern zugeschlagen. Damit hört Ravensburg auf Freie Reichsstadt zu sein.

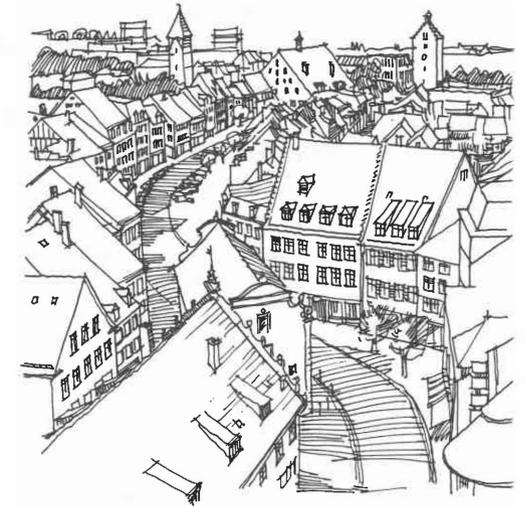


Abb. 3

Nach nur 8 Jahren, die der Stadt wirtschaftlich sehr geschadet haben, weil sie durch Zollgrenzen vom Umland abgeschnitten war, wurde Ravensburg 1810 dem Königreich Württemberg zugesprochen. Um 1500 war Ravensburg eine der vier größten Städte im Gebiet des späteren Königreichs Württemberg, im 19. und 20. Jahrhundert gehörte es nicht einmal mehr zu den zehn größten, obwohl die Einwohnerzahl von 3400 im Jahre 1802 auf 13500 im Jahre 1900 und auf 26000 im Jahre 1950 anwuchs. Heute hat Ravensburg mit den eingemeindeten Ortschaften 43000 Einwohner, ist zusammen mit der Nachbarschaft Weingarten Oberzentrum und Standort bedeutender zentraler Einrichtungen.

Übersichtsplan Sanierungsgebiete und Einzelbaumaßnahmen

- 1 Lederhaus
- 2 Waaghaus
- 3 Kornhaus
- 4 Bauhütte
- 5 Feuerwehr
- 6 Zehntscheuer
- 7 Heilig-Geist-Hospital
- 8 Altes Theater
- 9 Geplantes Museum

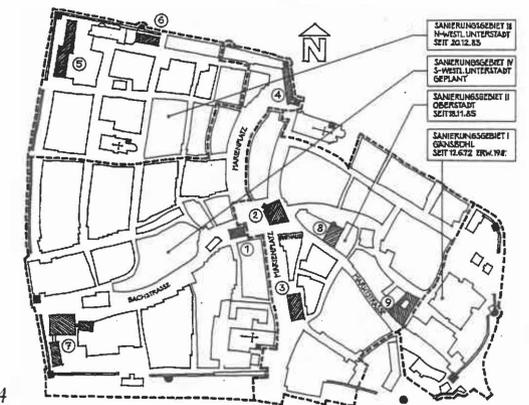


Abb. 4

Glücklicherweise ist Ravensburg von Kriegszerstörungen verschont geblieben, und »Bausünden« aus Zeiten der Hochkonjunktur blieben Einzelfälle, so daß sich der überkommene Baubestand der Altstadt in seltener Geschlossenheit erhalten hat. Innerhalb der Stadtmauern sind 135 Gebäude als Baudenkmale in der Liste des Landesdenkmalamtes aufgeführt. Es wird erwogen, die gesamte Altstadt oder größere zusammenhängende Teile als Gesamtanlage unter Schutz zu stellen. Der als baugeschichtliches Denkmal erhaltenswerte historische Stadtkern konnte mit seinen engen Straßen und mit überalterter Bausubstanz weder den heutigen Anforderungen von Handel und Verkehr noch den gestiegenen Ansprüchen an gesundes Wohnen genügen. Es zeigten sich, wie die vorbereitenden Untersuchungen bestätigt haben, alle typischen Merkmale von Sanierungsbedürftigkeit.

Sanierung Gänsbühl

Die Ansiedlung von größeren Kaufhäusern am westlichen Rand der Altstadt brachte in den sechziger Jahren nicht nur Einbrüche unmaßstäblicher Flachdacharchitektur in die kleinteilige Unterstadt, sondern führte auch zur Verlagerung der günstigen Einzelhandelsstandorte von der bis dahin dominierenden Oberstadt in die Unterstadt. Die Folge war ein wirtschaftlicher Niedergang der Quartiere beiderseits der Marktstraße, die durch die Topographie und ohne »Hinterland« altstadtnaher Wohngebiete zusätzlich benachteiligt waren. Im Jahre 1969 wurde daher zuerst im Bereich Gänsbühl ein Sanierungsgebiet ausgewiesen. Dieses Sanierungsgebiet umfaßt drei ganz unterschiedliche Bereiche: eine unter Denkmalschutz stehende Reihe historischer Bürgerhäuser an der Marktstraße, die inzwischen vollständig erneuert wurden, eine nördlich anschließende Fläche, die schon sehr früh durch Abbruch verfallender Bausubstanz für die Ansiedlung eines Warenhauses freigelegt wurde, und einen letzten Abschnitt, der nach einem Wettbewerbsentwurf mit Wohnungen und Tiefgarage bebaut werden soll, nachdem das alte Gefängnis abgebrochen wurde.

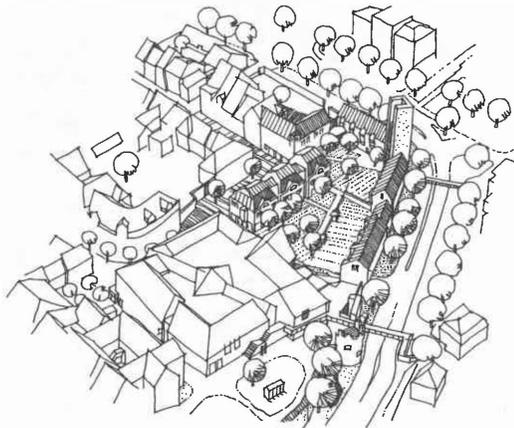


Abb. 4a
Neubebauung Gänsbühl-Nord
1. Preis des Wettbewerbs

Das ursprüngliche Ziel, ein großes namhaftes Warenhaus anzusiedeln, konnte nicht erreicht werden. Nach einem Verwaltungsgerichtsverfahren, bei dem schließlich durch den VGH Mannheim die Nichtigkeit des Bebauungsplanes festgestellt wurde, und nach einem erneuten Bebauungsplanverfahren war soviel Zeit vergangen, daß sich der Kaufhauskonzern veranlaßt sah, sein Bauvorhaben wegen der inzwischen wesentlich ungünstigeren wirtschaftlichen Situation aufzugeben. Erst im März 1984 konnte dann ein Gemeinschafts Kaufhaus mit ca. 9000 m² Verkaufsfläche in drei Geschossen und mit einer Tiefgarage (320 Plätze) eröffnet werden. Der aus einem Wettbewerb hervorgegangene Entwurf eines Ravensburger Architekturbüros gliedert die Baumasse so geschickt, daß sie sich gut in die Struktur der Altstadt einfügt.

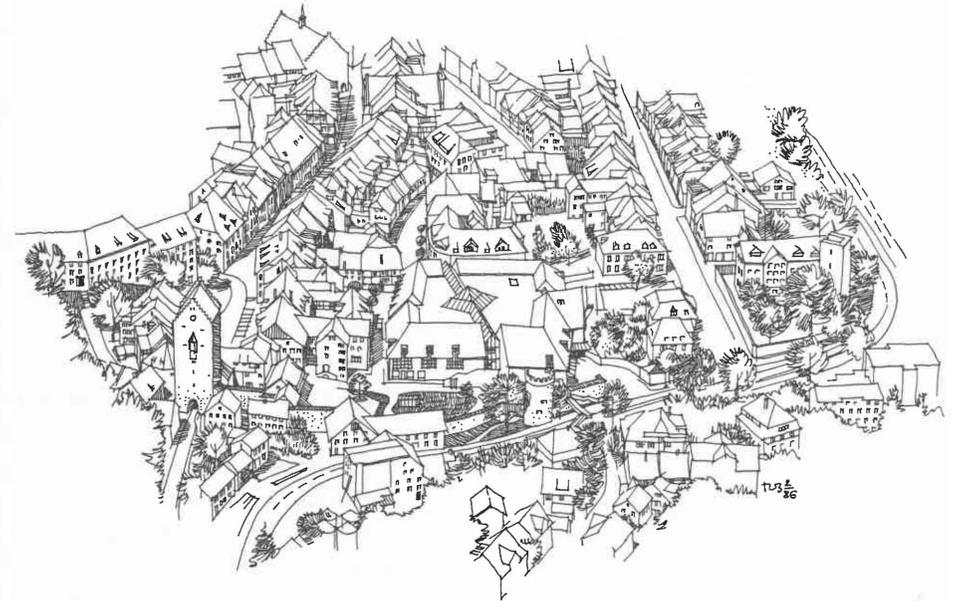


Abb. 5
Blick auf die Oberstadt mit Einkaufszentrum Gänsbühl

Das Verfahren Gänsbühl hat die Sanierungsbemühungen der Stadt für lange Zeit blockiert, da bereitgestellte Fördermittel nicht abgerufen werden konnten. Erst in den Jahren 1982 und 1984 wurde das Sanierungsgebiet beiderseits der Marktstraße erweitert. Es schließt an der Humpisstraße einen Gebäudekomplex ein, der sich um einen Innenhof gruppiert. Seine in großen Teilen gut erhaltene bauliche Substanz aus dem 15. und 16. Jahrhundert soll als städtisches Museum der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.



Sanierung Unterstadt

Als das Land Baden-Württemberg das Programm zur Verbesserung des Wohnumfeldes ausgeschrieben hat, bewarb sich die Stadt Ravensburg mit dem nordwestlichen Quartier der historischen Altstadt. Vorbe-

reitende Untersuchungen haben dann aber ergeben, daß solche Mängel vorlagen, daß alle Voraussetzungen für ein förmliches Sanierungsgebiet nach Städtebauförderungsgesetz erfüllt wurden. Mit Beschluß der Sanierungssatzung am 20. 12. 1983 wurden daraufhin die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen.

Das Gebiet der NW-Unterstadt ist gekennzeichnet durch eine sehr kleinteilige Parzellenstruktur, eine gegenüber der Oberstadt geringere Zahl von Baudenkmalern, größeren Anteil der Wohnnutzung, kleine Ladengeschäfte und zahlreiche Gaststätten. Die Sanierung möchte hier vor allem das innerstädtische Wohnen fördern durch Modernisierung, Aussiedlung störender Betriebe, Freilegung und Begrünung von Innenhöfen, Schaffung von Pkw-Stellplätzen für Bewohner und Verkehrsberuhigung.

Neuansiedlung und Vergrößerung von Gaststätten, deren Umwandlung in Vergnügungstätten oder die Einrichtung von Spielhallen versucht die Stadt übrigens dadurch zu verhindern, daß die tatsächliche Herstellung der erforderlichen Stellplätze gefordert wird und Ablöseverträge verweigert werden. Nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen sind Ausnahmen möglich, z. B. wenn es um die in der Fußgängerzone erwünschte Belebung durch Bewirtschaftung im Freien geht.

Im Sanierungsgebiet nordwestliche Unterstadt wurden erstmals Architektenteams mit weitergehenden Voruntersuchungen und mit der Vorentwurfsplanung von Konzeptionen für ganze Baublöcke beauftragt. Dadurch stehen für Gespräche mit den Bürgern und für Verhandlungen mit einzelnen Eigentümern Unterlagen zur Verfügung, anhand deren Möglichkeiten und Chancen einer Modernisierung aufgezeigt werden können. Wenn Bereitschaft zum Abschluß von Vereinbarungen oder zur Grenzregelung besteht, wird die Planung vom Architekten des Eigentümers ausgearbeitet. Die Vorplanung wird dann verrechnet. Bis Juni 1986 sind in diesem Gebiet 24 Maßnahmen abgeschlossen, Bauvorhaben begonnen oder Baugenehmigungen beantragt und in 39 Fällen Verhandlungen in Gang gekommen. Vereinzelt entstehen auch Neubauten, wenn die Erhaltung der Altsubstanz wirtschaftlich nicht mehr vertretbar erscheint.



Sanierung Oberstadt

Es ist erklärtes Ziel der Stadtentwicklung, nach und nach den gesamten historischen Stadtkern in die Sanierung einzubeziehen. Die Stadt Ravensburg folgt damit dem Beispiel anderer Städte:

- weg von der in sich abgeschlossenen, zeitlich und räumlich eng begrenzten Sanierungsmaßnahme, bei der Haus für Haus konsequent »durchsaniert« wird,
- hin zu punktuellen Einzelhausmodernisierungen innerhalb eines größeren zusammenhängenden Gebietes, dort wo die Sanierungsbedürftigkeit oder der strukturelle Effekt am größten ist, besondere Veränderungsanlässe bestehen oder entsprechende Sanierungsbereitschaft.

Diese Konzeption entspricht besser der in historischen Altstädten gewachsenen Struktur und Mischung von nicht nur stilistisch, sondern auch nach Erhaltungszustand unterschiedlicher Bebauung. Größere Sanierungsgebiete ermöglichen darüber hinaus auch einer größeren Zahl von Hauseigentümern Sonderabschreibungen nach § 82 g EStDVO.

Ein großer Schritt auf diesem Wege war die Aufnahme des Sanierungsgebietes Oberstadt, in das auch Teile des bisherigen erweiterten Sanierungsgebietes Gänsbühl aufgegangen sind. Das neue Gebiet umfaßt auch den südlichen Teil des zentralen Marienplatzes, unter dem eine Tiefgarage mit fast 400 Plätzen in vier Geschossen entstehen soll. Mit diesem zentralen Parkplatzangebot sollen vor allem Besucher der Altstadt aus Richtung Süden bedient werden. Dort besteht noch ein Defizit an Parkplätzen, während aus allen anderen Himmelsrichtungen unmittelbar am Rand der Altstadt Parkierungsbauwerke mit insgesamt 1150 Parkplätzen angefahren werden können.

Bedenken des Landesdenkmalamtes gegen dieses Projekt wurden zurückgestellt, da im Bereich des ehemaligen Stadtgrabens der mittelalterlichen Stadt vor 1350 noch die geringsten Störungen archäologischer Befunde zu erwarten sind. Dies wurde inzwischen durch Probegrabungen bestätigt. Die Zufahrtsrampe wurde so angeordnet, daß die Grundmauern des im vorigen Jahrhundert abgebrochenen Kästlinstors erhalten blieben, die Abluft wird in einem angrenzenden Gebäude über Dach abgeführt.

Sanierung von öffentlichen Gebäuden

Von erheblicher Bedeutung für die Stadterneuerung ist auch die – nicht über StBauFG finanzierte – Umnutzung und Modernisierung einzelner im Eigentum der Stadt befindlicher historischer Gebäude. Durch solche Maßnahmen werden öffentliche Dienstleistungen und kulturelle Einrichtungen aber auch für das Dienstleistungsangebot des Stadtkerns wichtige private Einrichtungen funktionstüchtig untergebracht. Gleichzeitig wird historische Bausubstanz durch geeignete Umnutzung in ihrem Bestand gesichert.

Nach Auszug des städtischen Bauhofes aus dem im Nordwesten an der Stadtmauer gelegenen Salzstadel wurde dieser frei für die Unterbringung der freiwilligen Feuerwehr, die bisher im Erdgeschoß zweier Gebäude untergebracht war, die zusammen mit dem Rathaus das Stadtbild im Zentrum beherrschen (Waaghaus von 1498 und Lederhaus von 1514). Im Lederhaus wurde das Postamt für die Innenstadt neu eingerichtet, im Waaghaus entsteht eine Filiale der Kreissparkasse, die in das Gebäude 6 Millionen DM investiert, im Obergeschoß wird der »Schwörsaal« des 17. Jh. als Versammlungsraum mit 450 Plätzen neu geschaffen. Dieses Geschoß hat bis 1985 die Stadtkämmerei beherbergt, die in die alte Bauhütte (1729) umziehen konnte, nachdem auch dieses Gebäude renoviert worden war. Die Stadtbücherei hat im Kornhaus (14. Jh.) eine sehr ansprechende endgültige Bleibe gefunden und entwickelte sich seither zu einem wichtigen kulturellen Schwerpunkt am Marienplatz.



Einem von Stadträten angeregten Förderverein ist es zu verdanken, daß eine alte Zehntscheuer (Fachwerkbau des 16./17. Jh.) vor dem Abbruch bewahrt und nach behutsamem Umbau einer neuen Nutzung zugeführt werden konnte. Sie bietet heute als Kleinkunstbühne ein sehr reichhaltiges und vielseitiges Programm. Unmittelbar neben dem Untertor gelegen, ist das Heilig-Geist-Hospital (1490) als städtisches Krankenhaus noch immer eine wichtige Einrichtung der Gesundheitspflege. Das soll auch künftig so bleiben. Das mächtige Hauptgebäude wird nach der Modernisierung nur noch als Bettenhaus dienen, während daneben nach Abbruch dreier unbedeutender kleiner Häuser ein Neubau für die Funktionsräume entsteht. Auf das bereits oben erwähnte Museum und die beabsichtigte Ergänzung der städt. Galerie im Alten Theater

nach Erwerb und Modernisierung des Nachbargebäudes sei nur der Vollständigkeit halber noch hingewiesen.

Auch die Sanierung der Stadttürme geschieht außerhalb der nach Städtebauförderungsgesetz geförderten Maßnahmen mit Zuschüssen des Landesdenkmalamtes, die nur einen geringen Prozentsatz der Kosten ausmachen.



Nach dem Frauentor, dessen Erneuerung nach einer Brandkatastrophe notwendig wurde, bekam der »Gemalte Turm« bei der Renovierung sein ursprüngliches farbiges Kleid von 1417 wieder, nachdem Farbe und Zeichnung nach Befunden eindeutig rekonstruiert werden konnten. Die Entscheidung für die ursprüngliche Farbigkeit war nicht unumstritten, ist aber ganz im Sinne der Denkmalpflege.

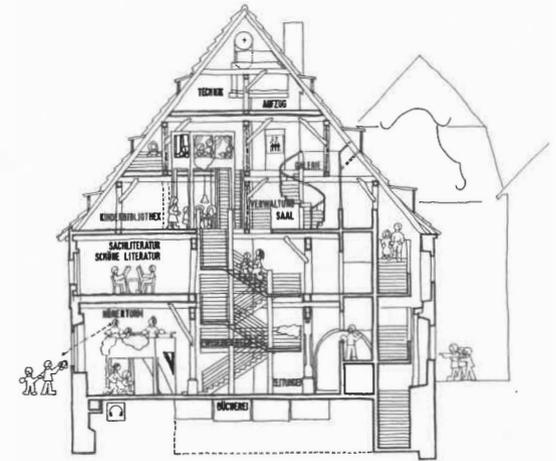
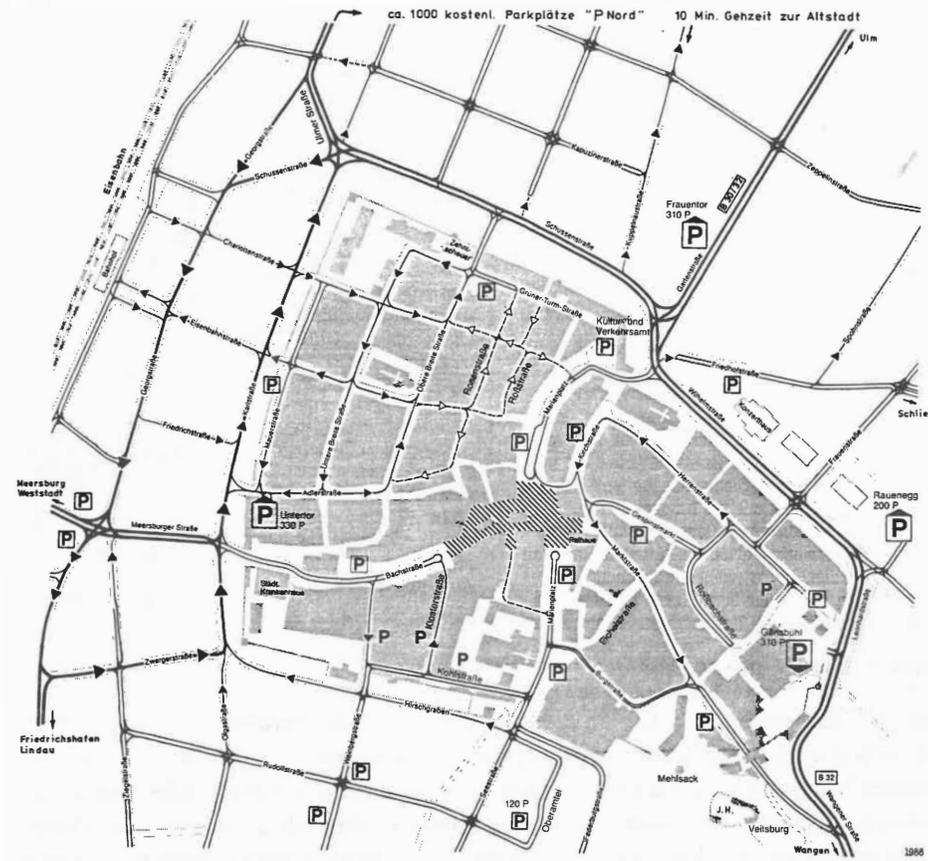


Abb. 6

Verkehrsberuhigung Innenstadt

Bis zur Umstufung am 1. 1. 1986 haben sich mitten im historischen Kern der Stadt die klassifizierten Ortsdurchfahrten zweier Bundesstraßen gekreuzt. Die Masse des besonders starken Nord-Süd-Verkehrs hatte sich zwar schon auf Hauptverkehrsstraßen westlich der Altstadt verlagert, aber zuletzt wurden noch 14 000 Fahrzeuge gezählt, die den Marienplatz passierten, bis dann am 5. Mai 1986 – ein denkwürdiges Datum für die Stadt Ravensburg – die Durchfahrt endgültig gesperrt wurde. Damit wurde die Voraussetzung geschaffen für die Umgestaltung des zentralen Bereichs zur Fußgängerzone und für die Schaffung weiterer verkehrsberuhigter Bereiche. Mit den Belagsarbeiten wurde inzwischen begonnen. Die Gestaltung des Marienplatzes mit Granitpflaster unterschiedlicher Art geht auf das Ergebnis eines Gutachterverfahrens zurück. Die »Möblierung« des Platzes soll sparsam bleiben, auch Baumpflanzungen sind nur vereinzelt vorgesehen. Ein willkommenes belebendes Element bildet der wieder freigelegte Stadtbach.

Mit der Entscheidung für die Verkehrsberuhigung nimmt die Stadt in Kauf, daß die Hauptverkehrsstraßen am Rande der Altstadt so lange bis an die Grenzen ihres Fassungsvermögens belastet werden, bis die Umgehung im Zuge der B 30 neu endlich zur Verfügung steht. Nachteilig wirkt sich dabei auch das Fehlen einer südöstlichen Umfahrung der Innenstadt aus. Daher muß die hierfür an sich nicht geeignete Burgstraße im Interesse der Erreichbarkeit bestimmter Altstadtquartiere unangemessen viel Verkehr aufnehmen.



Zeichenerklärung:

-  zentraler Fußgängerbereich (im Bau) Durchfahrt für Bus und Radfahrer
-  Parkierungsbauwerke (Information siehe Rückseite)
-  Parkplatz mit Parkscheinautomat, Parkuhren, blaue Zone
-  Kunden- oder Behördenparkplatz

0 100 200 300 400 m

-  Verkehrsführung mit Abbiegemöglichkeiten
-  Hauptverkehrsstraßen
-  Erschließungsstraßen
-  Erschließungsstraßen eingeschr. befahrbar
-  Einbahnstraße

Entwurf: Stadtplanungsamt - Herausgeber: Kultur- und Verkehrsamt - Druck: Stein EG

Abb. 7

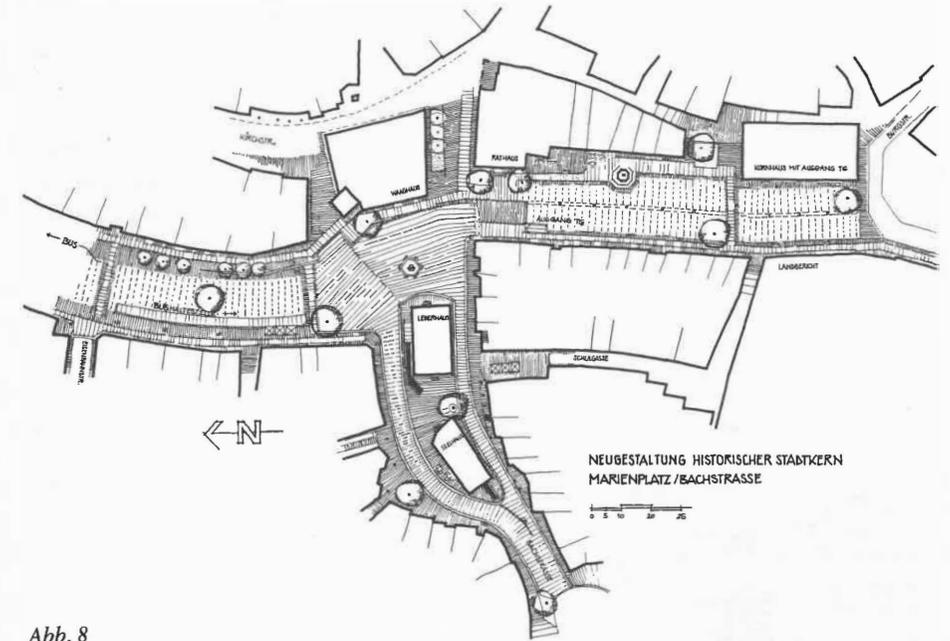


Abb. 8

Die Sperrung des zentralen Bereichs für den individuellen Kfz-Verkehr schafft nicht nur Raum für Fußgänger und Radfahrer, sondern auch für die Busse des öffentlichen Personennahverkehrs, die bisher so behindert wurden, daß Fahrzeitverkürzungen und Einhaltung des Fahrplans unmöglich waren. Das Durchfahren der Fußgängerzone über kurze Abschnitte wird hingenommen im Interesse der Erreichbarkeit des Stadtzentrums durch das öffentliche Nahverkehrsmittel.

Organisation und Finanzierung

Bei den Aufgaben nach StBFG wird das Amt für Stadtsanierung und Stadtentwicklung unterstützt durch zwei als Sanierungsbeauftragte im Werkvertrag verpflichtete Architekten, die die einzelnen Modernisierungsvorhaben betreuen. Für die Gestaltung der verkehrsberuhigten Straßen und Fußgängerzonen ist das Stadtplanungsamt zuständig, für die Durchführung der Tiefbaumaßnahmen das Tiefbauamt der Stadt.

Alle Vorhaben in der historischen Altstadt werden im Altstadtbeirat behandelt, der sich aus Stadträten und sachkundigen Bürgern zusammensetzt. Maßgeblich für die Beurteilung

sind einerseits die Gestaltungssatzung, die allerdings in vielen Punkten einer Überarbeitung bedarf, andererseits die besonderen gestalterischen Anforderungen in der Umgebung von Baudenkmalen. Dabei wird regelmäßig der Bestandsmodernisierung Vorzug gegeben vor Abbruch und Neubau. Wird ein Neubau unvermeidlich, ist bei maßstäblich guter Gestaltung und geeigneter Materialwahl moderne Architektur möglich. Rechtskräftige Bebauungspläne bestehen nur in kleineren Teilen der Altstadt, auch in den Sanierungsgebieten befinden sich – abgesehen vom Bereich Gänsbühl – Bebauungspläne erst im Entwurfsstadium. Über die Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen gibt die folgende Tabelle Auskunft.



Abb. 9

Sozialplan und Bürgerbeteiligung

Eine erste Bürgerversammlung wird regelmäßig nach dem Einleitungsbeschluß einberufen, eine zweite nach dem Satzungsbeschluß. Es folgen Gespräche mit den Bewohnern und Eigentümern in jedem einzelnen Baublock. Dazwischen liegen die Einzelgespräche im Rahmen der vorbereitenden Untersuchungen. Außerdem gibt es Bürgerversammlungen, die sich speziell mit Verkehrsproblemen in den einzelnen Quartieren befassen und schriftliche Informationen.

Die Stadt ist bemüht, in den Sanierungsgebieten ein möglichst differenziertes Wohnungsangebot sicherzustellen, 10–15% der Mietwohnungen auch im Neubau sollen Sozialwohnungen sein. Im Sanierungsgebiet Oberstadt bleiben ca. 20% der Wohnungen unverändert. Die Mietpreise werden in Abhängigkeit von der Zuschußhöhe gestaffelt. Der umfangreiche städtische Wohnungsbestand kann für Umsetzungen vorteilhaft eingesetzt

| Sanierungsgebiete | Förderrahmen* | nicht förderfähig |
|--|----------------|------------------------------|
| Gänsbühl | 14 500 000,- | + 800 000,- |
| Nordwestl. Unterstadt (Landesprogramm) | 17 100 000,- | + 400 000,- |
| Oberstadt | 38 100 000,-** | + 600 000,- |
| * einschließlich in Aussicht gestellter Mittel | | |
| ** davon 15 000 000,- Zuschüsse aus zusätzlichen Mitteln für schnell realisierbare Bauvorhaben | | |
| Stadtqualitätsprogramm | | Zuschuß |
| Marienplatz | 9 000 000,- | 3 600 000,- |
| Einzelbauvorhaben | | Gesamtkosten |
| Feuerwehr 1. BA | 4 900 000,- | Zuschüsse |
| 2. BA | 2 200 000,- | 1 012 000,- Land |
| Zehntscheuer | 1 353 000,- | 495 000,- Förderverein |
| Kleinkunstbühne | | 46 000,- Landesdenkmalamt |
| Bauhütte | 1 835 000,- | 25 000,- Landesdenkmalamt |
| Stadtkämmerei | | |
| Kornhaus | 6 250 000,- | 163 000,- Landesdenkmalamt |
| Stadtbücherei | | 203 000,- Land |
| | | 58 000,- Spenden |
| Lederhaus | 1 188 000,- | 349 000,- Post |
| Sozialamt und Post | | |
| Waaghaus | 10 000 000,- | 6 000 000,- Kreissparkasse |
| Kreissparkasse und Saal | | 1 500 000,- Landesdenkmalamt |
| Heilig-Geist-Hospital | 16 000 000,- | 7 000 000,- Land |
| Städt. Krankenhaus | | |
| Museum Humpisquartier* | 4 770 000,- | StBFG |
| Frauentor | 800 000,- | 90 000,- Landesdenkmalamt |
| Gemalter Turm | 1 100 000,- | 157 000,- Landesdenkmalamt |
| Untertor | 480 000,- | 128 000,- Landesdenkmalamt |
| * noch nicht begonnen | | |

werden. In begrenztem Umfang werden außerhalb der Altstadt Ersatzwohnungen zur Miete oder im Tausch für Eigentum im Sanierungsgebiet gebaut und angeboten.

Zur besseren Erreichbarkeit für die Bürger wurde im Sanierungsgebiet ein Büro eingerichtet, das mit den Sanierungsbeauftragten besetzt ist. Als Mittler zwischen Stadtverwaltung und Sanierungsbetroffenen konnten einige Vertrauenspersonen gewonnen werden, die in der Bürgerschaft Ansehen genießen.

Literatur:

A. Dreher, Geschichte der Reichsstadt Ravensburg, 2 Bde., Weissenhorn/Ravensburg 1972 – A. Dreher / A. Lackner, Die Türme und Tore der Reichsstadt Ravensburg, in: Schwäbische Heimat 15 (1964), S. 59–66 – Die Kunst und Altersdenkmale in Württemberg, Teilband Oberamt Ravensburg, bearb. von R. Schmidt und H. Buchheit, Stuttgart / Berlin 1931 – P. Eitel, Geschichte der Stadt Ravensburg im Überblick, in: Der Kreis Ravensburg, Stuttgart / Aalen 1976, S. 92–107; ders., Historischer Atlas von Baden-Württemberg, Beiwort zur Karte IV, 8, Grundrisse mittelalterlicher Städte III, 3 Ravensburg, Stuttgart 1976; ders., Ravensburg, Ein historischer Führer, Ravensburg 1986 – H. Ossenberg, Das Bürgerhaus in Oberschwaben (= Das deutsche Bürgerhaus XXVIII), Tübingen 1979 – Landesdenkmalamt Baden-Württemberg, 1. Landesdenkmaltag Baden-Württemberg 1984 in Ravensburg, in: Denkmalpflege in Baden-Württemberg, Nachrichtenblatt des Landesdenkmalamtes 14 (1985), Heft 1 (mit mehreren Beiträgen zur Denkmalpflege in Ravensburg) – K.–H. Schaechterle / G. Holdschuer, Generalverkehrsplan für das Mittlere Schussental, Neu-Ulm 1981 – D. Rädle / G. Groß in Verbindung mit der Stadtverwaltung Ravensburg, Vorbereitende Untersuchung Unterstadt 1982, Sanierung II, Vorbereitende Untersuchung Oberstadt 1985, Sanierung IV, Städtebauliche Voruntersuchung südwestliche Unterstadt 1985.

Die Autoren

WILHELM RIBHEGGE (1940) ist seit 1983 Professor für Geschichte, Zeitgeschichte und ihre Didaktik an der Universität Münster. In seiner umfassenden Studie über die »Systemfunktionen der Gemeinde« in der Kommunalgeschichte seit 1918 hat er sich einer auch in übrigen Forschungsbeiträgen traktierten Thematik angenommen. 1973 hat er die Biographie »August Winnig. Eine historische Persönlichkeitsanalyse« vorgelegt. Er habilitierte sich 1982 mit einer Studie »Frieden für Europa. Die Politik der deutschen Reichstagsmehrheit 1917/18«. 1985 erschien die »Geschichte der Universität Münster«, die erste Geschichte dieser Hochschule, zugleich eine Regional- und Ortsgeschichte, als Taschenbuch.

HARALD POHL, 1951 in Passau geboren, hat Betriebs- und Volkswirtschaftslehre an der Universität Regensburg studiert und dort 1978 mit dem Diplomvolkswirt abgeschlossen. Für seine Dissertation ist er 1985 mit dem Kulturpreis Ostbayern ausgezeichnet worden. Von 1979 bis 1980 war er Mitarbeiter an der Commerzbank AG in Frankfurt, danach bis 1984 wiss. Angestellter am Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte, seit 1985 ist er dort Akademischer Rat a. Z. Veröffentlichungen zur Wirtschaftsdemokratie in der Weimarer Republik und zur Bayerischen Wirtschafts- und Finanzpolitik in dieser Epoche. Seine Arbeit »Der technische Fortschritt der deutschen Industrialisierung von 1850 bis 1914« erscheint in Kürze.

Dipl.-Ing. Dipl.-Soz. Dr. rer. pol. DIRK SCHUBERT ist Akad. Oberrat an der Technischen Uni-

versität Hamburg-Harburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind Stadterneuerung und Werterhaltung, seine Arbeitsschwerpunkte Stadterneuerung, Stadtbaugeschichte und Wohnungswesen.

NORBERT OHLER (1935) hat das Studium der Geschichtswissenschaft und Romanistik in Frankfurt/M., Freiburg/B. und Grenoble mit dem 1. und 2. Staatsexamen sowie der Promotion abgeschlossen. Seit 1967 arbeitet er als Akademischer Oberrat am Historischen Seminar der Universität Freiburg/B. Er hat zahlreiche Beiträge in Sammelwerken und Zeitschriften veröffentlicht zur Sozial-, Bevölkerungs- und Finanzgeschichte sowie zur Historischen Kartographie. Buchveröffentlichungen: Deutschland und die deutsche Frage in der »Revue des deux Mondes« 1905–1940. Ein Beitrag zur Erhellung des französischen Deutschlandbildes. Frankfurt 1973. – Quantitative Methoden für Historiker. Eine Einführung. München 1980. – Elisabeth von Thüringen. Fürstin im Dienst der Niedrigsten. Göttingen 1984. Derzeit arbeitet er an der Edition der ältesten Urbare des Klosters Adelhausen bei Freiburg.

HANS-REINHARD RIESS, geboren 1939 in Weipert/Böhmen. 1957 Abitur in Erfurt, Architekturstudium in Hannover, Diplomprüfung 1965, Universitätsbauamt Göttingen, 1969 zweite Staatsprüfung in Städtebau, 1969–1978 Leiter des Stadtplanungsamtes in Lüneburg, Lehrauftrag an der PH Lüneburg, seit 1979 technischer Beigeordneter (Bürgermeister) bei der Stadt Ravensburg.

Notizen

Abschied von Geschichte

Der *Senatorenpalast* auf dem Kapitol in Rom – seit 843 Jahren Sitz der Stadtverwaltung – ist vom Zerfall bedroht. Eine Sonderkommission der Gemeinde ordnete unlängst eine sofortige statische Untersuchung des Gebäudes an und traf erste Vorkehrungen, um den Palast notfalls rasch räumen zu lassen. Außerdem wurde festgestellt, daß das Gebäude, in dem heute in einem Labyrinth von Gängen und Räumen viele Stadtangestellte arbeiten, keinerlei Feuerschutz besitzt. Sämtliche Brandschutzbestimmungen seien nicht eingehalten worden.

Entdeckung von Geschichte

Teile des in Vergessenheit geratenen spätmittelalterlichen Stadtgefängnisses von Naumburg (DDR-Bezirk Halle) sind jetzt bei Tiefbauarbeiten entdeckt worden. Nach einer Meldung der DDR-Nachrichtenagentur ADN vom September sind sogar wesentliche Bauteile des aus dem 16. Jahrhundert stammenden Gebäudes nahezu unversehrt erhalten geblieben. Besonders das Innere des Gemäuers habe für die Denkmalpflege großen Wert, da an den Wänden und an der im Original erhaltenen Holztür eine Vielzahl eingritzter Namen, Daten und Figuren entdeckt worden sei. Die Stadt Naumburg, der im Jahre 1028 durch Kaiser Konrad das Marktrecht verliehen worden war, ist vor allem wegen ihres Doms und seiner von einem unbekanntem Bildhauer im 13. Jahrhundert geschaffenen Stifterfiguren bekannt.

Verfälschung von Geschichte

Der historisierende Ausbau von Burgruinen »löscht Geschichte aus und ist zugleich Urkun-

denverfälschung«, kritisierte der Mainzer Kunsthistoriker Jan Meißner auf der Denkmalpfleger-Jahrestagung in Speyer. Burgenrestaurierungen und -ausbauten in den vergangenen 150 Jahren reichten zwar »vom pietätvollen Bewahren bis zum fast vollständigen Abbruch«, seien aber jeweils dem Stil ihrer Zeit verpflichtet und zumeist Ausdruck einer Burgenbegeisterung im Nationalgefühl des 19. Jahrhunderts gewesen. Der rheinland-pfälzische Landeskonservator Magnus Backes sprach von heute oftmals verfälschenden Restaurierungs- und Vervollständigungsmaßnahmen als Folge wirtschaftlicher Nutzungsinteressen oder von Repräsentationswünschen der Eigentümer. An der Jahrestagung der bundesdeutschen Landesdenkmalpfleger nahmen bis zum Abschluß rund 150 Konservatoren und Mitarbeiter von insgesamt 13 staatlichen Landesämtern für Denkmalpflege teil sowie etwa 50 Gäste aus der DDR, der Schweiz, Belgien, Österreich und den Niederlanden.

Nachdenkliches zum Thema Sanierung

Kafkas Alltagsleben spielte sich im engsten Bereich ab. Obwohl das zum Elendsquartier heruntergekommene Ghetto, der Kern der östlich der Moldau gelegenen Innenstadt, 1888 saniert worden war, verhielt er sich weiter so, als ob die Ghettomauern noch existierten. Gegenüber seinem jungen Freund und Bewunderer Gustav Janouch äußerte er: »In uns leben noch immer die dunklen Winkel, geheimnisvollen Gänge, blinden Fenster, schmutzigen Höfe, lärmenden Kneipen und verschlossenen Gasthäuser. (...) Die ungesunde Judenstadt ist uns viel wirklicher als die hygienische Stadt um uns. Wachend gehen wir durch einen Traum: selbst nur ein Spuk vergangener Zeiten.«

Kaputtsaniert

Unabsehbare Kosten in Millionenhöhe verursachen die Kirchen von Städten und Dörfern in Norddeutschland, weil winzige Kristalle die zum Teil meterdicken Mauern regelrecht sprengen. Teuerstes Beispiel ist der Turm der Lüneburger St. Johannis-Kirche aus dem frühen 14. Jahrhundert, der vor 15 Jahren aus Unwissenheit kaputtsaniert wurde.

Als Anfang der sechziger Jahre die altersschwachen Gemäuer repariert und saniert wurden, glaubten die Fachleute, den Stein der Weisen gefunden zu haben. Sie preßten als vollkommen ungefährlich und gipsresistent geltende Zemente in das zum Teil gelockerte Mauerwerk, um dessen Kern zu stabilisieren und die Mauer-schalen mit Stahllankern miteinander verbinden zu können. Das aber löste die Katastrophe aus, denn gipshaltiger Mörtel, Zemente und Feuchtigkeit wirken zusammen wie langsam explodierender Sprengstoff.

Europäische Konvention

Eine Europäische Konvention zur Erhaltung des architektonischen Kulturerbes ist in Granada in der spanischen Provinz Andalusien unterzeichnet worden. Die Konvention setzt den Schlußstein unter zwanzig Jahre juristischer Zusammenarbeit auf diesem Gebiet.

Folgende sechzehn Länder unterzeichneten in Anwesenheit von König Juan Carlos: Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Liechtenstein, Luxemburg, Großbritannien, Irland, Frankreich, Dänemark, Niederlande, Schweden, Norwegen, Spanien, Portugal, Italien, Griechenland, Türkei. Fünf weitere Mitgliedsländer des Europarats werden demnächst unterzeichnen. Die Konvention wird nach ihrer Ratifizierung durch die Parlamente Gesetzeskraft erhalten. Ein Expertenausschuß des Europarats wird die Anwendung der Konvention überwachen.

In den drei Schwerpunkten der Konvention ist vorgesehen, den Begriff Kulturerbe dahingehend zu erweitern, daß er als »gemeinsames Gedächtnis« eines Volkes und als »kulturelle Identität« aufgefaßt wird. Ferner soll der kulturelle Aspekt

des architektonischen Erbes mit einer wirtschaftlichen Realität in Verbindung gebracht werden. »Die Erhaltung des architektonischen Erbes und die dafür eingesetzten Aufwendungen sollten als produktive Investitionen gelten, insbesondere zur Entwicklung des Fremdenverkehrs und zur Schaffung von Arbeitsplätzen«, erklärte der Generalsekretär des Europarats, Marcelino Oreja, in der Eröffnungsrede. Der dritte Schwerpunkt ist eine gemeinsame Politik der Bekämpfung von Umweltverschmutzung und saurem Regen.

Weißenhofsiedlung dokumentiert

Gegenwärtig bereitet die Bundesregierung eine umfassende Dokumentation über die Stuttgarter Weißenhof-Siedlung vor, die aus Mitteln des Bundes und der Stadt restauriert und saniert wird. Diese unter Denkmalschutz stehenden Modellbauten des Deutschen Bergbundes, die vor 60 Jahren auch schon die Fußgängerzone vorwegnahmen, sollen nachfolgenden Architektengenerationen ein Vorbild vor allem für den gemeinnützigen Wohnungsbau sein.

Denkmalpreis der Hypo-Kulturstiftung

Die in München ansässige Hypo-Kulturstiftung hat einen Denkmalpreis eingerichtet. Er wird an private Eigentümer in Bayern vergeben, die aus eigenem Engagement zur Rettung von Baudenkmalern beitragen, die sonst verloren wären. Er ist mit 50 000 Mark dotiert und wird in diesem Jahr zum ersten Mal vergeben. Ausgezeichnet werden ein Ehepaar, das im Bayerischen Wald eines der nur noch in wenigen Exemplaren vorhandenen »Waldlerhäuser« sanierte, sowie ein Architekt, der eine alte Mühle des Aischgrundes vor dem Abbruch bewahrte.

Datenbank Baufachinformation

Der Internationale Verein für Dokumentation im Bauwesen (IVDB) hat seinen Sitz in Wien und befaßt sich mit der deutschsprachigen Baufachinformation. Seine Mitglieder kommen aus Österreich, der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Verein unterstützt den Auf-

bau und die Bereithaltung der zentralen deutschsprachigen Literaturdatenbank RSWB. Die vier Buchstaben RSWB stehen für Raumordnung, Städtebau, Wohnungswesen und Bauwesen. Diese Datenbank weist seit nunmehr zehn Jahren das deutsch- und fremdsprachige Fachschrifttum zu allen Bereichen der Architektur, des Städtebaus, des Bauingenieurwesens, der Bau- und Wohnungswirtschaft und der Raumordnung nach.

Auskünfte über die Nutzungsmöglichkeiten dieser Datenbank sind zu erhalten beim Informationszentrum RAUM und BAU der Fraunhofer-Gesellschaft (IRB), Nobelstraße 12, D-7000 Stuttgart 80.

Buchreihe »Stadt – Planung – Geschichte«

Im Hans Christians Verlag in Hamburg ist die Buchreihe »Stadt – Planung – Geschichte« erschienen. Herausgeber sind Prof. Dr. G. Fehl und Dr. Juan Rodriguez-Lores vom Lehrstuhl Planungstheorie der RWTH Aachen, die auch Leitung und Organisation der zu Beginn des Jahres eingerichteten »Studiengruppe für Planungsgeschichte« übertragen bekamen.

Bisher sind erschienen:

Bd. 2 der Reihe: Stadterweiterungen 1800 bis 1875: Von den Anfängen des modernen Städtebaus in Deutschland.

Bd. 5 der Reihe: Städtebaureform 1865 bis 1900: Von Licht, Luft und Ordnung in der Stadt der Gründerzeit.

Noch in diesem Jahr erscheint:

Bd. 8 der Reihe: Der Kleinwohnungsbau: Zum Dilemma des Städtebaus 1890 bis 1914. Zu Bd. 5 vgl. die in diesem Heft erscheinende Besprechung Gert Käblers.

Lehrfach Ortsbildpflege

Bei der Höheren Technischen Bundeslehranstalt in Krems/Österr. wurde eine neue Abteilung für Bautechnik – Restaurierung und Ortsbildpflege eingerichtet. Diese Abteilung ist bis jetzt einzigartig im westlichen Europa und hat als Ziel die Ausbildung eines Hochbautechnikers mit speziellen Fachkenntnissen auf dem Gebiet der Bau-

erhaltung. Dazu gehören u. a. Denkmalschutz und Denkmalpflege, Dorferneuerung und Ortsbildpflege sowie Historischer Städtebau. Die Ausbildung dauert fünf Jahre, schließt mit Abitur ab und befähigt zum Universitätsstudium.

Näheres: HTBLA-Krems, Alauntalstraße 29, A-3500 Krems

Baden-Württemberg vorne

Für Baden-Württemberg ist der Übergang von der Mangelsituation der Nachkriegszeit zum derzeitig ausgeglichenen Wohnungsmarkt förderpolitisch bereits bewältigt. Wie Innenminister Dietmar Schlee auf dem Verbandstag des Landesverbands württembergischer Haus- und Grundeigentümer in Ulm (19. April 1986) deutlich machte, werden in Baden-Württemberg weder zu viele Wohnungen gebaut, noch zu viele Wohnungen gefördert. Es sei zwar zur Zeit mehr oder weniger modern, alle Schwierigkeiten, die am Wohnungsmarkt bestehen, auf die staatliche Förderpolitik zurückzuführen, die vorliegenden Zahlen aber machten deutlich, daß die Förderung keinerlei schädlichen Mengeneffekt auslösen kann.

Baden-Württemberg Landeswettbewerbe

Das Innenministerium Baden-Württemberg hat in Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden die Landeswettbewerbe »Mit dem Fahrrad in die Stadt« und »Bürger, Deine Gemeinde, alle Bauen mit – Innenentwicklung unserer Städte und Gemeinden« ausgeschrieben. Beide Wettbewerbe werden organisatorisch miteinander verbunden, aber selbständig bewertet und die Teilnehmer gesondert ausgezeichnet. Der Abschluß der Wettbewerbe ist im Frühjahr 1987 vorgesehen.

Veranstaltung

Der 12. Tag für Hessische Denkmalpflege findet in diesem Jahr vom 11. bis zum 13. Dezember in Steinau an der Straße statt. Themenschwerpunkt sind die mit dem Denkmalschutz verbundenen Aspekte des biologischen Bauens.

Besprechungen

Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nürnberg, Band III, Vom Fall des Sozialistengesetzes bis zur Novemberrevolution 1890–1918, bearb. von ELFI MÜLLER, Nürnberg, im Selbstverlag des Stadtrats zu Nürnberg 1985 (= Quellen zur Geschichte und Kultur der Stadt Nürnberg, hrsg. i. A. des Stadtrats zu Nürnberg vom Stadtarchiv, 15. Band), 296 Seiten, Abb., 4 Tabellen (ISBN 3-925002-15-4), DM 14,80.

Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nürnberg, Band IV, Von der Novemberrevolution bis zur Errichtung der Diktatur 1918–1933, bearb. von JUDITH PÁKH, Nürnberg, im Selbstverlag des Stadtrats zu Nürnberg 1985 (= Quellen zur Geschichte und Kultur der Stadt Nürnberg vom Stadtarchiv, 16. Band), 303 Seiten, 31 Abb., 7 Tabellen (ISBN 3-925002-16-2), DM 14,80.

Beide Bände erscheinen zugleich als Dokumentation der Verwaltungsstelle Nürnberg der Industriegewerkschaft Metall, herausgegeben von Gerd Lobodda, Peter Scherer und Barbara Tilch.

»Leben und Arbeiten im Industriezeitalter« hieß das Thema einer Ausstellung zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns seit 1850, die im Sommer 1985 in Nürnberg gezeigt wurde. Im Vorwort zum gleichnamigen Katalog gelangten der Generaldirektor des Germanischen Nationalmuseums, Gerhard Bott, und der Projektleiter, Bernward Deneke, zu der Feststellung, daß »die Absicherung der Quellenbasis der Ausstellung sich als umwegig und schwierig« erwiesen habe, »weil durchgehend auf Materialien zu-

rückzugreifen war, die von der Forschung oder durch Veröffentlichungen, wenn überhaupt, nur ansatzweise erschlossen worden waren«. Ein wesentlicher Teil dieser eingeklagten Lücke soll gegenwärtig in Nürnberg aufgearbeitet werden: Die örtliche Verwaltungsstelle der Industriegewerkschaft Metall veröffentlicht gemeinsam mit dem Stadtarchiv Nürnberg eine auf sechs Bände berechnete Quellensammlung zur Geschichte der Nürnberger Arbeiterbewegung. Sie soll den Zeitraum von 1476 bis 1954 umfassen. Bereits erschienen sind die beiden hier anzuzeigenden Bände III und IV; die vorhergehenden Bände sind für die Jahre 1476–1848 sowie 1848–1890 vorgesehen, während die folgenden die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur und die Phase der Nachkriegsgeschichte bis zum »Bayernstreik« beleuchten sollen.

Es gehöre zu den demokratischen Rechten, Zugang zu den Quellen zu haben, es gehöre zu den Pflichten der damit befaßten Institutionen, diese frei von Voreingenommenheiten zu edieren, betonen Nürnbergs Kulturdezernent Hermann Glaser und der Metaller Gerd Lobodda in ihrem gemeinsamen Vorwort zum dritten Band. Dies ist durchaus als politischer Anspruch gemeint: breiten Kreisen soll Geschichte ohne Bevormundung zugänglich gemacht werden. An diesem selbstgesetzten Ziel muß sich diese Quellensammlung denn auch messen lassen. Editorisches Vorbild ist die von Peter Scherer und Peter Schaaf herausgegebene Quellensammlung »Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden« (Stuttgart 1984); durch textgetreue Wiedergabe zeitgenössischer Dokumente in chronologischer Reihenfolge soll dem Leser der unmittelbare Zugang zu den historischen Ereignissen und daraus abgeleiteten eigenen Schlußfolgerungen geboten werden.

Durch Serienbildung werden sachlich zusammengehörige Dokumente aufeinanderfolgend ediert. Quellen der Arbeiterorganisationen wird der Vorrang eingeräumt, während Dokumente von Unternehmerseite, Pressekommentare und Behördenschriftgut erst in zweiter Linie Berücksichtigung finden.

Band III der Dokumentation vereinigt 68 Dokumente bzw. Dokumentenserien, von denen die meisten gedruckten Quellen entstammen. 42 Quellen sind der »Deutschen Metallarbeiter-Zeitung« bzw. seit 1904 dem Nachfolgeorgan »Metallarbeiter-Zeitung« entnommen, in 18 Fällen wird auf Meldungen der »Fränkischen Tagespost« zurückgegriffen, 14mal werden Auszüge aus Parteitagsprotokollen der SPD geboten. Ergänzend treten u. a. Funde aus den Jahrbüchern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, den Jahresberichten des Arbeitersekretariats Nürnberg und aus Geschäftsberichten der Verwaltungsstelle Nürnberg des DMV hinzu. Bei der Auswahl finden solche Dokumente Berücksichtigung, die zum einen den großen politischen Zusammenhang verdeutlichen sollen – nicht von ungefähr beginnt der Band mit Dokumenten, die das Verhältnis von sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften betreffen –, zum anderen solche Quellen, die sich auf Nürnberger Tarif- und Streikbewegungen beziehen. Der Streik der Nürnberger Former gegen die Einführung der Akkordarbeit im Winter 1894, der Arbeitskampf derselben Berufsgruppe für die Einführung der 54-Stundenwoche und höhere Löhne im Frühjahr 1900 oder Streik und Aussperrung in der bayerischen Metallindustrie im Jahr 1905 werden gründlich dokumentiert. Bereits hier wird deutlich, daß sich diese Quellensammlung hauptsächlich auf die Geschichte der Metallarbeiter konzentriert. Dies hat natürlich dadurch eine gewisse Berechtigung, daß die Metallindustrie tatsächlich die das Nürnberger Gewerbeleben bestimmende Branche bildete. Doch wie aus den sehr gründlichen statistischen Tabellen im Anhang der Dokumentation hervorgeht, überschritt die Zahl der DMV-Mitglieder in Nürnberg nie die 50%-Marke aller am Ort gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten (1902: 5444 von 11931, 1913: 20587 von 55723). Die

Arbeiter von Post und Eisenbahn, die Buchdrucker und Bauarbeiter kommen als solche in dieser Dokumentensammlung zur Geschichte der Arbeiterbewegung nicht vor. Natürlich sind Frauen aus verschiedenen Branchen dabei, wenn 1910 auf einer Versammlung das Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten auch für Arbeiterinnen und weibliche Angestellte gefordert wird. Doch wenn es um höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen geht, so ist es selbstverständlich der DMV, der die Kämpfe führt.

In Band IV sind 65 Dokumente bzw. Dokumentenserien vereinigt. Sie sind in 4 Kapiteln zusammengefaßt. Das erste beleuchtet den Zeitraum von der Novemberrevolution bis zum Ende der Bayerischen Räterepublik, das zweite Kapitel dokumentiert das Geschehen bis zur Abschaffung des Achtstundentages, das dritte reicht bis zur Weltwirtschaftskrise, während dem letzten die Endphase der Weimarer Republik vorbehalten bleibt. Mehrfach wird Nürnberg selbst zum Schauplatz des überregionalen politischen Geschehens: hier findet im September 1922 der Vereinigungsparteitag der Mehrheitssozialdemokraten und der USPD zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands statt, und in den folgenden Jahren wird die Stadt zum regelmäßigen Tagungsort der erstarkenden NSDAP. »Die Hakenkreuzerschau« überschrieb 1929 die »Fränkische Tagespost« einen Kommentar zum IV. Reichsparteitag, in dem es hieß: »Den »Novemberverbrechern« und der Republik sollte das Zittern in die Knochen fahren ob des gewaltigen Treffens in Bayerns größter Industriestadt. Und was ist aus all dem Getöse und Gedonner geworden? Eine Katastrophe! Eine Riesenblamage! Ein Erkennen beim Bürgertum, daß die Leute, die in Nürnberg zur Schau gestellt wurden, nie und nimmer inmunde sind, Deutschland zu führen« (IV, S. 207).

Wie der vorhergehende Band schließt auch dieser mit einer ausführlichen Zeittafel, einem statistischen Anhang (Mitgliederentwicklung des DMV im Bezirk Nürnberg nach Verwaltungsstellen, Reichstagswahlergebnisse, Abstimmungsergebnisse bei Volksbegehren und Volksentscheid über die Enteignung der Fürstenver-

mögen, Arbeitslosenstatistik und Nürnberger Bevölkerungsentwicklung), Personen- und Firmenregistern sowie einem Geographie- und Sachregister. Dieser Anhang ist gründlich gearbeitet und erleichtert die Arbeit mit dieser Materialsammlung sehr. Dennoch möchte der Rezensent nach Durchsicht der beiden vorliegenden Bände ein gewisses Unbehagen an dieser Form des Umgangs mit Vergangenheit nicht verhehlen. Ebenso wie bei den Gewerkschaften die Organisationen der kleineren Branchen weitgehend ausgeblendet werden, registriert man im politischen Bereich nur die großen Organisationen: Band IV kennt nur SPD, USPD und KPD. Politische Splittergruppen wie die KPD-Opportunisten und die SAP, die sich durch relativ klare politische und theoretische Einschätzungen des heraufziehenden Nationalsozialismus auszeichneten, werden entweder gar nicht erwähnt (KPO), oder nur ein einziges Mal folgendermaßen in einem Bericht der »Fränkischen Tagespost« über die Generalversammlung des SPD-Ortsvereins Nürnberg vom 31. Januar 1933 (!) genannt: »Die Spaltungsversuche der KPD und der kläglichen Reste der SAP waren vollkommen ergebnislos, die Mitgliederzahl hat sich im Gegenteil um rund zehn Prozent erhöht« (IV, S. 244).

Spätestens an dieser Stelle wird das editorische Konzept, auf kommentierende Anmerkungen und Einleitungen zu verzichten, fragwürdig. Daß »SAP« für »Sozialistische Arbeiterpartei« steht, läßt sich ausschließlich dem Sachregister unter dem Stichwort »Partei und Gewerkschaft« entnehmen (IV, S. 301). Die Herausgeber setzen darauf, daß sich die Leser unmittelbar aus den Quellen eine Meinung bilden können, daß sich Erkenntnis einstellt. Worin soll diese bestehen? Daß angesichts der nationalsozialistischen Gewalt die SPD sich mit kläglichen Resten und Spaltungsversuchen herumplagen mußte? Wäre nicht spätestens hier ein Hinweis auf die unter Nummer 56 abgedruckten Dokumente zur Kontroverse um den Bau des Panzerkreuzers A im Jahr 1928 notwendig und sinnvoll gewesen, um zu verdeutlichen, aus welchen Konflikten heraus vor 1933 eine weitere Aufspaltung der Arbeiterbewegung stattfand?

Doch solche Querverweise unterbleiben

grundsätzlich; allein die Chronologie der Dokumente wird als Handreichung geboten: »Die zeitliche Reihenfolge der Ereignisse und der sie dokumentierenden Texte hat, gerade im Zusammentreffen scheinbar unzusammenhängender Gegenstände, einen oft überraschenden Informationswert« (III, S. 15). Statt Erläuterungen werden dem Leser allein im dritten Band 33 Verweise auf mehr oder weniger wichtige Quellen in den bereits oben erwähnten »Dokumenten zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden« geboten. Sollte sich diese Methode bei der weiteren Erschließung von historischem Material zur Geschichte der Arbeiterbewegung an anderen Orten fortsetzen, so wird man in Zukunft aus dem Blättern nicht mehr herauskommen. Teilweise wurde der historische Zusammenhang sogar dann gekappt, wenn er bereits aufbereitet vorliegt. Beispielsweise wird die Kontroverse zwischen Georg von Vollmar und Rosa Luxemburg auf dem Stuttgarter SPD-Parteitag (1898) wiedergegeben. R. Luxemburg bemerkte dabei u. a.: »Auf die neueste Rede des Kaisers muß die Antwort in der Debatte gegeben werden.« (III, S. 67) Nicht jeder Leser – und die Edition wendet sich ja an jeden Interessierten, nicht an den Fachhistoriker – wird die »neueste Rede« von Wilhelm II. aus dem Jahr 1898 parat haben. Man übernimmt die Luxemburg-Rede aus deren Gesammelten Werken (Bd. 1/1, Berlin 1972, S. 238 ff.), läßt aber ausgerechnet die dort gegebene Erläuterung weg (S. 241, Anm. 1: »Wilhelm II. hatte am 6. September 1898 in einer Rede in Oeynhausen neue Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterklasse angekündigt, wonach die Organisation und Durchführung von Streiks mit schweren Zuchthausstrafen geahndet werden sollte«). Genau diese Thematik – die »Zuchthausvorlage« – wird aber in der Nürnberger Edition unmittelbar im Anschluß an die Vollmar/Luxemburg-Kontroverse wiedergegeben, jedoch so, daß der Zusammenhang nicht erkennbar wird.

Es bleibt daher zu wünschen, daß sich die Herausgeber für die weiteren Bände doch dazu entschließen, durch Kommentierung und Erläuterung ein besseres Verstehen der gebotenen Texte zu ermöglichen. Auch ein Verzeichnis wei-

terführender Literatur zum Thema wäre kein Luxus.

Bedenklich scheint auch die Tatsache, daß diese Quellenedition ihr Material weitestgehend aus der politischen Publizistik schöpft. Gewiß ist die Geschichte der Arbeiterbewegung hierauf in besonderem Maße angewiesen, da eine Vielzahl anderer Quellen in Zeiten der Illegalität, der Verfolgung und des Kriegs, teilweise aber auch auf Grund des mangelnden historischen Bewußtseins mancher Funktionäre der Vernichtung anheimfiel. Die Geschichte der Arbeiterbewegung reduziert sich aber so auf die Ebene des Veröffentlichten, das scheinbar keinen weiteren Hintergrund hat. Jede Resolution ist jedoch auch das Ergebnis verdeckter politischer Flügelskämpfe, von heimlichen oder den Zeitgenossen gegenüber nicht geäußerten Hoffnungen und Befürchtungen, jedes Flugblatt entspringt der Absicht, daß andere einen ganz bestimmten Eindruck gewinnen, eine ganz bestimmte Handlung vollziehen sollen, obwohl die Autoren dabei noch viel weiterreichende oder andersgeartete Interessen haben können. Diese Dialektik von Öffentlichkeit und Nichtöffentlichkeit, die eigentlich erst die Basis eines kritischen Geschichtsbildes sein kann, kommt in vorliegender Edition jedoch nur höchst unzureichend zum Ausdruck. In besonders kritischen Phasen ihrer Geschichte haben sich die Arbeiterorganisationen zu dieser klärenden Offenheit durchgerungen, und es ist kein Zufall, daß in vorliegender Materialsammlung wichtige Dokumente aus der Zeit des 1. Weltkriegs dem Protokoll der Verhandlungen des 10. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands aus dem Jahr 1919 entnommen sind: unter dem Eindruck der Novemberrevolution wird die Mitgliedschaft über politische Handlungen der eigenen Führung unterrichtet, die zum Zeitpunkt des Geschehens einer breiten Öffentlichkeit nicht transparent waren.

Trotz dieser Bedenken möchte man dem Vorhaben weiterhin gute Fortschritte wünschen, um den bisher entstandenen Nachholbedarf zumindest teilweise aufzuholen.

Mannheim

Frieder Schmidt

Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nürnberg, Band V, Von der Errichtung der Diktatur bis zur Kapitulation des faschistischen Deutschland 1933–1945, bearb. von HARALD HAUPTMANN, Nürnberg, im Selbstverlag des Stadtrats zu Nürnberg 1986 (= Quellen zur Geschichte und Kultur der Stadt Nürnberg, hrsg. i. A. des Stadtrats zu Nürnberg vom Stadtarchiv, 17. Band), 283 S., 22 Abb., 2 Tabellen (ISBN 3-925002-17-0), DM 14,80.

Von der auf sechs Bände projektierten Quellenedition zur Geschichte der Nürnberger Arbeiterbewegung liegt nunmehr der fünfte Band vor, der sich mit dem Zeitabschnitt vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 befaßt. Nahezu die Hälfte der veröffentlichten Dokumente entstammt der Zeit bis zur Liquidierung der SA-Führung (30. Juni 1934), während sich die Phase bis zum Kriegsausbruch und die Zeit des Zweiten Weltkriegs mit je etwa einem Viertel des Umfangs begnügen müssen.

»Wir haben wieder ein Sozialistengesetz und wir wollen uns des Andenkens unserer Kämpfer vom Jahre 1880 würdig erweisen. Die kommenden Jahre müssen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine neue Heroenzeit heißen!«, schreibt die Fränkische Tagespost am 8. Februar 1933 (V, S. 17f.). Ein Volk stelle man nicht an die Wand, ein Millionenherr werfe man nicht in das Gefängnis, heißt es dort weiter. Die folgenden Dokumente belegen facettenartig, daß durch politische Unterdrückung, Denunziantentum und rassistische Verfolgung aus ganz Deutschland ein Gefängnis werden konnte, und daß die Kriegspolitik der nationalsozialistischen Machthaber auch im eigenen Volk millionenfachen Tod hervorbrachte. Aus dem »roten« Nürnberg, in dem am 12. Februar 1933 für die Freiheit 60 000 Menschen auf die Straße gingen, wird die »Stadt der Reichsparteitage«, dann eine riesige Trümmerlandschaft, in der die Menschen um das nackte Überleben kämpfen müssen.

Nicht ganz einsichtig ist es, warum die Herausgeber auf jegliche Einleitung verzichtet haben. Zumindest hätte man sich einige kurze Er-

läuterungen bezüglich der Gewichtung der einzelnen Zeitabschnitte und der Auswahl der wiedergegebenen Dokumente gewünscht. Es verdient lobend hervorgehoben zu werden, daß das Schicksal der Kriegsgefangenen und der Zwangsarbeiter durch die Wiedergabe mehrerer Quellen Berücksichtigung findet: diese Thematik sollte kritischer Prüfstein aller stadthistorischen Veröffentlichungen über diese Periode deutscher Vergangenheit sein.

Mannheim

Frieder Schmidt

TILMANN HARLANDER / GERHARD FEHL (Hrsg.), *Hitlers sozialer Wohnungsbau 1940–1945. Wohnungspolitik, Baugestaltung und Siedlungsplanung. Aufsätze und Rechtsgrundlagen zur Wohnungspolitik, Baugestaltung und Siedlungsplanung aus der Zeitschrift »Der soziale Wohnungsbau in Deutschland«, Bd. 6 der Reihe »Stadtplanung-Geschichte«, Hans Christians Verlag Hamburg 1986, ca. 440 S., 39,50 DM.*

Das vorliegende Buch beschäftigt sich mit dem sozialen Wohnungsbau im 3. Reich. Es unterteilt sich in zwei Bereiche. Den umfangreicheren Teil stellt der Reprint ausgewählter Aufsätze und Rechtsgrundlagen der Zeitschrift »Der soziale Wohnungsbau in Deutschland« dar, der von den Herausgebern historisch eingeordnet und kommentiert wird. Die Ausgangsthese der Autoren lautet: der schnelle Wiederaufbau nach dem Kriege in den 50er Jahren basierte auf der während des Faschismus vorbereiteten und durchgeführten Rationalisierung und Typisierung im Entwurf und der Produktion von Massenwohnungen und Siedlungsstruktur, auf die nach dem Krieg sowohl technisch wie rechtlich und administrativ, aber auch in den »städtebaulichen Leitbildern« der gegliederten und aufgelockerten Stadt zurückgegriffen werden konnte.

Die Zeitschrift »Der soziale Wohnungsbau in Deutschland« war das offizielle Organ des Reichskommissars (Robert Ley) für den sozialen Wohnungsbau, das von Januar 1941 bis Januar

1945 erschien. Über die Person Leys wird die enge Verknüpfung mit der DAF (Deutsche Arbeitsfront) und der NSDAP deutlich. Mit der Wiederveröffentlichung des Materials verfolgen die Herausgeber die Absicht, »die offizielle Hauptlinie deutscher Wohnungspolitik im Kriege, hinter der die mächtige Deutsche Arbeitsfront stand« (S. 6), aufzuzeigen.

Der Dokumentarteil unterscheidet zwei Bereiche. Im ersten Teil werden Dokumente aus dem ideologischen und rechtlichen Vor- und Umfeld wiedergegeben, die ein Licht auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zur Entstehung des sozialen Wohnungsbaus werfen. Hier handelt es sich im wesentlichen um Aufsätze und Denkschriften führender Vertreter der DAF und um Erlasse und Richtlinien des Führers oder zentraler Dienststellen. Der zweite Teil dokumentiert die Zeitschrift selbst, er umfaßt 40 Aufsätze und 27 ausgewählte Rechtsgrundlagen und zusätzlich eine chronologische Übersicht aller erschienenen Aufsätze von 1941–1945. Die Auswahl des reproduzierten Materials richtet sich aus an der These der Herausgeber von der Kontinuität des sozialen Wohnungsbaus, die, eingeleitet mit dem Führererlaß vom November 1940, auch die Weichen stellte für den sozialen Wohnungsbau der 50er Jahre und in dem Sinne als Bindeglied zum Wohnungsbau der Weimarer Republik gesehen wird. Fünf inhaltliche Stränge sollten herausgearbeitet werden. Genannt werden, (1.) die Hauptlinien des sozialen Wohnungsbaus in Deutschland, (2.) mit ihren Konkretisierungen in organisatorischer, technischer Hinsicht und ihren planerischen und baulichen Resultaten. Daneben werden (3.) die Konflikte und Konkurrenzen mit der Behörde von A. Speer dargestellt: um die Typisierung und Standardisierung des Wohnungs- und Siedlungsbaus, um die städtebaulichen Leitbilder – städtebaulicher Monumentalismus versus landschaftliche Einbindung und autogerechte Siedlungsplanung –, um die Lösung des Behelfswohnungsbaus ab 1943 und schließlich um die Führungsposition beim Wiederaufbau der kriegszerstörten Städte nach dem Kriege. In der historischen Veränderung werden noch (4.) die programmatische Entwicklung vom »Neuen deutschen Wohnungsbau« zur »totalen

Wohnungspolitik« der Behelfsheime für Bombengeschädigte und (5.) die resident vorhandenen Hoffnungen der Planer auf einen glänzenden Wiederaufbau der kriegszerstörten deutschen Städte dargestellt.

Die Auswahl der Texte ist gut dokumentiert und nachvollziehbar gehalten. Trotz der Trennung der Erlasse und Rechtsgrundlagen von den inhaltlichen Aussagen der Aufsätze bleibt die historische Authentizität der Quellen erhalten, und der chronologische Veränderungsprozeß der Inhalte, Themen usw. wird deutlich. Die Dokumentationssteile werden jeweils von den Herausgebern inhaltlich eingeleitet und kommentierend in den Gesamtkomplex nationalsozialistischer Wohnungspolitik eingeordnet. Die Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus wird in seiner wesentlichen Bestimmung als sozial integrierendes und egalisierendes Kontrollelement des totalitären Staates, als totale Subsummierung unter die Herrschaftsstruktur dargestellt. Dabei erwiesen sich die im Krieg gemachten Erfahrungen mit der technischen und organisatorischen Rationalisierung in der Kriegswirtschaft im Zusammenhang des technischen Fortschritts – was einherging mit der ideologischen Aufwertung und Faszination der Technik – als die entscheidenden Triebfedern der Weiterentwicklung des Massenwohnungsbaus. Die Wohnungspolitik wurde völlig kanalisiert auf billige Massenproduktion für die Volksgenossen.

Nicht ganz einsichtig ist die Dreiteilung der Kommentare durch die Autoren. Es treten Doppelungen auf, bzw. Fragestellungen, die im ersten Teil unzureichend behandelt, erst später, im zweiten Teil, in ihrer Komplexität deutlich werden. Insgesamt wird das historische Umfeld, die Entstehungsgeschichte und die kriegsbedingten Veränderungen auf der programmatischen Ebene deutlich herausgearbeitet. Die sachliche und detaillierte Darstellung, die immer eng am Thema bleibt, hebt sich wohltuend ab von der großen Menge teils nacherzählender biographischer Versuche anderer Veröffentlichungen der letzten Zeit. Aber auch hier fehlt eine historisch theoretische Auseinandersetzung mit dem Faschismus. Das verwundert um so mehr als gerade die These der Herausgeber von der Kontinuität technokra-

tischer Vorgehensweisen und Methoden von den 20er Jahren bis in den Wiederaufbau der 50er Jahre hier doch genau erklären müßte, was den Unterschied oder die jeweilige Spezifik dieser Wohnungsbaupolitiken und -ideologien ausmacht, und wie diese Form technischer Rationalität mit ihren »reinen Lösungen« sozial und gesellschaftlich funktionalisiert wurde. An der Stelle wäre das auch für das Selbstverständnis heutiger Planer/Planung eine wichtige Frage, die implizit immer mitgedacht werden muß. Das hätte vielleicht den Rahmen dieser Dokumentation gesprengt, aber um ein paar Andeutungen wäre der Leser dankbar. Ansonsten liest sich der Dokumentationsteil teilweise wie ein »who is who« des deutschen Nachkriegswohnungsbaus. Auch die siedlungs- und stadtplanerischen Vorstellungen waren durchaus auf dem Stand der 50er Jahre und der in der Frühphase noch so geschmähete Geschoßwohnungs- und Zeilenbau der 20er Jahre geriet mehr und mehr in den Vordergrund planerischer Überlegungen.

Mit der Dokumentation der Zeitschrift »Der Soziale Wohnungsbau in Deutschland« wird ein bisher wenig bekannter Strang nationalsozialistischer Wohnungs-, Bevölkerungs- und Siedlungspolitik zugänglich gemacht, die zwar weniger spektakulär war als die Planungen Speers für die Führerstädte (speziell Berlin) oder die Planungen Himmlers für das Ostreich. Gerade deshalb erwiesen sie sich für den Wiederaufbau so brauchbar, denn Sozialtechnokraten waren und sind schon immer »gut« einsetzbar gewesen.

Eine insgesamt sehr empfehlenswerte Lektüre, die das bisher hohe Niveau der Reihe Stadtplanung-Geschichte fortsetzt. Ein Buch, das man auch mal einfach nur durchblättern kann, eine Überraschungstüte oder besser Schatzkiste mit Benutzungsanleitung sozusagen.

Kassel

Dieter Hennicken

JUAN RODRIGUEZ-LORES / GERHARD FEHL (Hrsg.), *Städtebaureform 1865–1900. Von Licht, Luft und Ordnung in der Stadt der Gründerzeit, Hamburg 1985. 2 Bde., je 29,80 DM.*

Es ist eigenartig: zwar läßt der heutige Zustand der Städte noch einige Verbesserungen zu – vorsichtig ausgedrückt –, sofern ein Interesse an dem besteht, was ebenso ungenau wie zutreffend als »Urbanität« bezeichnet wird, nämlich dem Leben in einer Stadt, das im Sinne Georg Simmels das »Geistesleben« der Menschen beeinflußt (»Die psychologische Grundlage, auf der der Typus großstädtischer Individualitäten sich erhebt, ist die *Steigerung des Nervenlebens*, die aus dem raschen und ununterbrochenen Wechsel äußerer und innerer Eindrücke hervorgeht«). Die Mittel aber, näher an diesen Zustand (wieder?) heranzukommen, werden hartnäckig ignoriert: ersatzweise wurden in den sechziger Jahren Fußgängerstraßen gebaut, heute mittelalterliche Marktplätze in einem nie existierenden Reinheitszustand rekonstruiert.

Das naheliegendste Mittel jedoch: eine genaue Kenntnis historischer Prozesse, die auch Auskunft darüber geben könnten, warum man wann näher am urbanen Ideal war, als es heute der Fall ist – so das denn richtig wäre und nicht wieder einer der beliebten Mythen unserer Städteplaner –, dieses Mittel wird nicht akzeptiert, da man offenbar eher an Mythen denn an Fakten interessiert ist. So gibt es immer noch keine zusammenhängende Geschichte des modernen Städtebaus seit dem 19. Jahrhundert, also seit dem Entstehen der Großstadt im heutigen Sinne, die die Entwicklungen unter Berücksichtigung der geistesgeschichtlichen Prozesse und unter Einbeziehung von Nachbardisziplinen reflektierte. Das ist, wie gesagt, bedauerlich, weil eine solche Geschichte Erkenntnisse für die heutige Situation zutage fördern könnte, die über die Feststellung sattem bekannter wirtschaftlicher Mechanismen (von der Fußgängerstraße zur Glaspassage) hinausginge. Eine solche Untersuchung könnte zeigen, warum die Passagen des 19. Jahrhunderts (um beim Beispiel zu bleiben) mehr »Urbanität« vermitteln, obwohl diese ja auch nicht gerade aus Philanthropie gebaut wurden, sondern um, genau wie heute, privaten Unternehmern möglichst hohe Gewinne zu verschaffen.

Nun ist es sicher unfair, eine Rezension über ein zweibändiges Buch mit der Klage über ein fehlendes drittes zu beginnen. Denn die von Juan

Rodriguez-Lores und Gerhard Fehl herausgegebene Sammlung von Aufsätzen über städtebauliche Aspekte der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stellt ja gar nicht den Anspruch, jenes zu ersetzen. Andererseits ist der Hinweis auf das grundsätzliche Manko unerlässlich, weil es den Punkt bezeichnet, an dem die hier vorgelegte Addition von Einzelaspekten und Fallstudien unbefriedigend wird: es fehlt der zusammenhängende Hintergrund, vor dem der Einzelfall vertieft werden kann. Für den Historiker und Städteplaner, der mit der Geschichte der Stadtentwicklung des 19. Jahrhunderts genau vertraut ist, mag das kein Nachteil sein; für andere jedoch ist die Lektüre der gesamten Aufsätze eher mühselig (was sich ausdrücklich nur auf den von mir kritisierten fehlenden Zusammenhang bezieht, nicht auf den einzelnen Beitrag): Die Alternative ist, sich nur auf einzelne, gezielt ausgewählte, weil besonders interessierende Teile in der Lektüre zu beschränken. Der Adressat der Sammlung wird also kaum ein Student sein, der breite Information sucht, sondern eher jemand, der die Sammlung als enzyklopädische Quelle betrachtet.

Das ist insofern schade, als die Autoren mit ihrem gesammelten Sachverstand durchaus in der Lage wären, den Zusammenhang der gesamten Entwicklung darzustellen. Leider leistet auch die sehr knappe Einleitung nicht diese notwendige Einbindung; das Nachwort der Herausgeber dagegen stellt sehr präzise die entscheidenden Thesen über die Städtebau-Reform jener Zeit heraus: auf ihrer Grundlage wäre die Geschichte jener Zeit zu schreiben.

Die Sammlung ist in zwei Teile gegliedert, die der Banderteilung entsprechen; im ersten Teil sind »Allgemeine Beiträge und Fluchtlinienplanung« erfaßt, im zweiten »Bauordnungen, Zonenplanung, Enteignung«. Die Überschriften spiegeln die Unsicherheit der Aufteilung schon sprachlich wieder – »Obst und Birnen« –; wieso die Fluchtlinienplanung kein Teil der Bauordnung ist, wird mir nicht klar. Im übrigen sind die Beiträge auch nicht sonderlich schlüssig nach den Teilen sortiert. Dabei wird das schon genannte Grundproblem von Sammlungen wie diesen deutlich: es werden viele Aspekte angespro-

chen, vertieft, diskutiert, auf hohem Niveau reflektiert – aber der Auswahl haftet immer ein Hauch des Zufälligen an: Aspekte der Stadtplanung New Yorks und eine Diskussion der amerikanischen Rasterplanung, das belgische Enteignungsgesetz am Beispiel von Brüssel, die Stadterweiterung von Barcelona – aber nichts über Paris oder die Niederlande. Ich weiß, daß das bei einer aus einem Kolloquium hervorgegangenen Sammlung von Fallstudien unvermeidlich ist. Mein Einwand richtet sich aber gegen einen Buchtitel, der Umfassenderes verspricht.

So muß man die beiden Bände als eine Art Mosaik verstehen, das im Kopf des Lesers zusammengesetzt ist – ein Mosaik, von dem man weiß, daß es weiße Flecken enthält. Wenn man die Beiträge mit dieser Einschränkung liest, dann hat man den entsprechenden Gewinn davon: Vertiefung von Aspekten des Städtebaus des 19. Jahrhunderts – besonders des Einflusses von Bauordnungen, die mit reformerischem Anspruch entwickelt wurden, ohne diesen doch im Ernst verwirklichen zu können (und zu wollen). Das aber ist ein Thema, das auch die heutige Situation des Städtebaus und die Rolle gesetzgeberischer Maßnahmen beleuchten kann. Insofern eine Geschichtsschreibung, die »anwendbar« ist.

Hamburg

Gert Kähler

Historischer Atlas von Wien, hrsg. vom Wiener Stadt- und Landesarchiv und Ludwig-Boltzmann-Institut für Stadtgeschichtsforschung; wissenschaftl. Gesamtleitung: FELIX CZEILE / RENATE BANIK-SCHWEITZER; ständige wissenschaftl. Mitarbeit: GERHARD MEISSL; kartographische und technische Leitung: ERICH KOPECKY; 1. und 2. Lieferung, 11 und 13 mehrfarbige Karten, 2 Erläuterungsbände, Dokumentation und Kurzbeschreibung, Wien / München 1982 bis 1984.

In der kartographischen Aufarbeitung von stadtgeschichtlichen Problemen ist in Österreich in den Jahren nach der Fertigstellung des »Atlas der Republik Österreich« (1980) mit seinen 10 Siedlungskarten viel erreicht worden: In dem bereits genannten Atlas wie auch dem ab 1982 im Erscheinen begriffenen »Österreichischen Stadtatlas« sind wie selbstverständlich Karten zur Entwicklung der Hauptstadt Wien enthalten, im »Atlas der Republik Österreich« zur Verbauung und Wohnungsstruktur und im »Österreichischen Städteatlas« eine Kartenmappe (7 Karten) in einer dem Deutschen Stadtatlas und seinen regionalen Entsprechungen verwandten Form. Allein der Donaumetropole ist der dritte, hier zu behandelnde Atlas gewidmet, der wie der »Österreichische Städteatlas« vom Wiener Stadt- und Landesarchiv und dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Stadtgeschichtsforschung herausgegeben wird. Doch findet eine Überschneidung der Karten nur in wenigen Fällen, der Katasterkarte 1:2500, hier auf Grund des Franziszeischen Katasters von 1829 bearbeitet, sowie der Karte der »Wachstumsphasen«, statt.

Das in fünf Abteilungen: »Frühe Siedlungsentwicklung«, »Wirtschaftsstruktur«, »Sozialstruktur«, »Politik/Verwaltung« und »Historische Karten« gegliederte Atlaswerk läßt in den beiden bisher erschienenen Lieferungen einen deutlichen, doch keineswegs ausschließlichen Schwerpunkt in der sozialräumlichen Entwicklung der Stadt im späten 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – die Zeit des großen Bevölkerungswachstums und der Ausdehnung der Industrie – erkennen. Zu diesem Themenkomplex gehören auch die zahlreichen Wahlkarten (Ergebnisse der Gemeinderatswahlen 1900 bis 1932, Reichsratswahlen 1897 bis 1911, Nationalratswahlen bis 1930), für die neben dem eher entlegenen Bereich der »Erstnennung von Siedlungsnamen« von Ferdinand Oppl (Bd. 2) mit dem durch Maren Seliger und Karl Ucakar bearbeiteten Band »Wahlrecht und Wählerverhalten in Wien 1848 bis 1932, Privilegien, Partizipationsdruck und Sozialstruktur« (Bd. 3) der einzige bisher erschienene Band der »Kommentare zum Historischen Atlas von Wien« vorliegt. Die Atlasblätter zu den Problemkomplexen: »Betriebs-

stättenverteilung und betriebliche Sozialstrukturen« (1870/73, 1880 bis 1890, 1930), »Altersgliederung der Bevölkerung« (1869 bis 1939), »Konfessionelle Gliederung der Bevölkerung« (1869 bis 1939), »Berufsgliederung der Bevölkerung« (1869 bis 1934) sowie zur »Wohndichte« (1783 bis 1857) und »Haushaltsgröße« (1783 bis 1857) setzen Statistiken um und sind jeweils in Form von Kartogrammen dargestellt, die gegebenenfalls noch durch Diagramme, an denen die jeweils auf Bezirksebene gegebenen absoluten Werte ablesbar sind, illustriert werden. Mit den Kartogrammen, die jeweils das Stadtgebiet in grauem Fondton und die besiedelten Gebiete dem Karteninhalt entsprechend bezirkweise farbig hervorgehoben zeigen, ist Erich Kopecky hier – wie für den gesamten Atlas – eine kartographisch wie ästhetisch überzeugende Lösung gelungen: die unterschiedliche Siedlungsdichte der Innen- und Außenbezirke wird so besonders deutlich.

Der bewußte Verzicht auf synthetische Karten zugunsten der Darstellung in Karto- und Diagrammen, welche die den Darstellungen zugrundeliegenden Statistiken in absoluten Werten zeigen, sowie die entweder durch Rückgriff auf historische Karten (Wien 1770, 1829) oder auf der Grundlage von topographischen Karten erstellten Blätter zu Grenzen, Grundherrschaften, Siedlungsnamen und Betriebsstätten geben dem Benutzer die Hilfsmittel in die Hand, seine Schlüsse selbst zu ziehen.

Die gegebenen Kartenerläuterungen sind freilich dafür kaum ein Hilfsmittel. Zwischen der in einem schmalen Heft (deutscher Text 16 S.) meist halbseitig gegebenen Kurzbeschreibung der Einzelkarten und den eher schleppend erscheinenden Kommentarbänden klafft eine Lücke: hier könnten provisorische, etwa vierseitige Begleitblätter für den Benutzer dieses sowohl inhaltlich wie auch formal mit einem überzeugenden Konzept versehenen Atlas' eine große Hilfe sein.

Berlin

Felix Escher

Ortskernatlas Baden-Württemberg, Heft 1.1 Esslingen, bearb. von PETRA WICHMANN, hrsg. vom Landesdenkmalamt Baden-Württemberg und Landesvermessungsamt Baden-Württemberg, 44 Seiten, 15,- DM.

Papier und Druck sind besser geworden, vergleicht man die ersten Hefte des Ortskernatlases mit der »Nullnummer«, dem 1981 erschienenen Musterheft Ludwigsburg. Die historischen Karten sind nicht mehr Rücken an Rücken gedruckt, was den Vergleich erschwerte; auf die großformatige Senkrecht-Luftaufnahme wurde jedoch verzichtet. Aufgabe der Publikation ist die »sachlich fundierte und geschichtlich begründete Darstellung unserer historischen Siedlungskerne«. Ziel ist »die von einheitlichen Maßstäben getragene Erfassung und Darstellung aller historischen Siedlungen bzw. Siedlungskerne Baden-Württembergs, die als Gesamtanlage im Sinne des § 19 DSchG anzusprechen sind«. Das ist gut zu wissen, denn die Konzeption dieses aufwendigen Unternehmens ist nicht ohne weiteres plausibel. Sicher ist nicht nur im Falle der ehemaligen Reichsstadt Esslingen die Orts- und Architekturgeschichte weitaus fundierter erforscht und publiziert, als dies der Ortskernatlas mit seinen Kapiteln »Geographische Lage und Verkehrseinbindung«, »Städtebauliche Entwicklung« sowie »Stadtanlage und Stadtgestalt heute« auf 17 Seiten leisten kann.

Wirklich neu ist nur der Abschnitt »Zusammenhängende historische Bebauung nach Straßen und Plätzen (mit ausgewählten Abbildungen)«, wobei die »Auswahl«, was die Qualität der Fotos betrifft, ruhig hätte strenger sein können. In einer trockenen Inventardiktion werden die einzelnen Straßenzüge beschrieben, auch dies eine fruchtlose Übung, da sich die Texte jeglicher wertenden Aussage versagen. So bleibt als substanzialer Inhalt des Heftes die thematisch bearbeitete Stadtkarte 1:2500 (verkl. auf 1:5000) mit der Eintragung der Kulturdenkmale, den »Bereichen von denkmalpflegerischem Interesse« und der »vom Landesdenkmalamt vorgeschlagenen Umgrenzung einer Schutzzone gemäß § 19 DSchG«. Sie faßt alle im Heft zusammengetragene

nen Erkenntnisse zusammen. Freilich stellt sich die Frage, ob die angewandte Methode der Straßenbeschreibung geeignet ist, die auf der Karte getroffenen Festlegung argumentativ abzuschern. Zu grob ist das Raster, zu wenig kann auf spezifische, auch heikle Situationen eingegangen werden.

Es handelt sich beim Ortskernatlas also um ein Mittelding aus Informationsbroschüre, Vermittlung von Denkmalschutzbestimmungen (nicht per Gesetzestext, sondern »nachrichtlich«, wie die Juristen sagen) und einer Art kommentierter Novelle der in Aussicht genommenen örtlichen Festsetzungen. Sicherlich ist der historische Vorlauf zum Verständnis des Ganzen von Vorteil. Im nachrichtlichen Teil hätte man sich vielleicht noch die Denkmalliste gewünscht, zur weiteren Information einen Baualterplan. Ein solcher Plan, wie ihn etwa die Österreichische Akademie der Wissenschaften für alle Österreichische Städte herausgibt, wäre weit besser in der Lage, die Schutzzonen zu begründen, als dies viele Seiten Beschreibungstexte tun können.

Eine Bemerkung sei noch erlaubt. Daß der

Name des Rez. im Literaturnachweis falsch geschrieben ist, ist nicht nur von diesem leicht zu verschmerzen. Ärgerlicher sind sachliche Fehler, die sich unvermeidlich einschleichen, wenn ortsfremde Inventarisatoren eine solche Aufgabe angehen. Da wird aus einer Stahlbrücke eine »Betonspange«; auch die angegebene Zahl der Brückenbogen stimmt nicht. Aus einer Grundschule wird ein Lehrerseminar, dünn vorgebrettertes Zierfachwerk des 19. Jhd. wird als freigelegtes Renaissancefachwerk ausgegeben, die vierspürige Ringstraße durchschneidet die Beutau (was sie nicht tut) usw. Diese Fehler ließen sich sicher vermeiden, wenn es das Amt mit seinem Selbstverständnis vereinbaren könnte, das Manuskript vor Drucklegung einem Ortskenner zum Gegenlesen in die Hand zu drücken.

Es gibt also doch noch etwas zu verbessern am Ortskernatlas Baden-Württemberg und den künftigen Heften. Der Rezensent wird derweil noch ein wenig über Inhalt, Sinn und Zielgruppe des Unterfangens nachsinnen.

Stuttgart

Falk Jaeger

INHALTSVERZEICHNIS

ABHANDLUNGEN

- WILHELM RIBHEGGE, Eine preußische Stadt in Westfalen: Hamm, Historische Aspekte einer modernen Großstadt 165
 HARALD POHL, Weimarer Reichsverfassung und kommunale Ebene. Der Ansatz von Hugo Preuß als Bestandsgarantie der gemeindlichen Selbstverwaltung? 184
 DIRK SCHUBERT, Gottfried Feder und sein Beitrag zur Stadtplanungstheorie – technokratische Richtwertplanung oder nationalsozialistische Stadtplanungsideologie? 192
 NORBERT OHLER, Anregungen der historischen Demographie zur Erforschung der Stadtgeschichte 212
 HANS-REINHARD RIESS, Altstadtensanierung: zum Beispiel Ravensburg 233

DIE AUTOREN 247

NOTIZEN 248

BESPRECHUNGEN 251

Stadtgeschichtliche Quellenedition

- Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nürnberg, hrsg. vom Stadtarchiv Nürnberg:
 ELFI MÜLLER (Bearb.), Bd. III, Vom Fall des Sozialistengesetzes bis zur Novemberrevolution 1890–1918; JUDITH PÁKH (Bearb.), Bd. IV, Von der Novemberrevolution bis zur Errichtung der Diktatur 1918–1933 (F. Schmidt) 251
 HARALD HAUPTMANN (Bearb.), Bd. VI, Von der Errichtung der Diktatur bis zur Kapitulation des faschistischen Deutschland (F. Schmidt) 254

Stadtzeitgeschichte

- TILMAN HARLANDER / GERHARD FEHL (Hrsg.), Hitlers sozialer Wohnungsbau 1940–1945 (D. Hennicken) 255

Geschichte des Städtebaus

- JUAN RODRIGUEZ-LORES / GERHARD FEHL (Hrsg.), Städtebaureform 1865–1900 (G. Kähler) ... 256

Stadttopographie

- Historischer Atlas von Wien, hrsg. vom Wiener Stadt- und Landesarchiv und Ludwig-Boltzmann-Institut für Stadtgeschichtsforschung (F. Escher) 258
 Ortskernatlas Baden-Württemberg, Heft 1.1. Esslingen, PETRA WICHMANN (Bearb.), hrsg. vom Landesdenkmalamt Baden-Württemberg und Landesvermessungsamt Baden-Württemberg (F. Jaeger) 259

vw (1) Sch